BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMERUNFREUNDLICH

telegraph

Ostberlin

4 DM

2/3

Ende März 1996

Inhalt

Demonstrationen gegen den Castor-Transport in Dresden 3
"Wir haben gemerkt, wie viele wir sind" 4
Wissen um die Folgen der Reaktor-Katastrophe zur Ware geworden 7
Durchsuchung der Offenen Arbeit Jena 8
Kommentar: Zu den Ereignissen in Jena 9
Aufruf zum Einmischen für die FREIe HEIDe 10
Auswertung der LeserInnenumfrage 12
Zensur im Internet 14
Interview zu Risiken und Chancen der modernen Datentechnik 16
Walpurgisnacht 1996 im Prenzlauer Berg 22
Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30. Mai bis 2. Juni 1996 in Berlin 26
Kommentar: Sind Soldaten Tiermörder? 28
Hausbesetzerbewegung in Ostberlin 29
Ein Porträt des DDR-Anwalts und Spitzels Wolfgang Schnur 35
Der Anarchosyndikalismus in Polen 42
Mediales 44
Meldungen 44

Editorial

Hochverehrte Lesergemeinde!

Nach einer zweimonatigen Kunstpause, sind wir also wieder da. Und wie Ihr sehen könnt, mit neuem Format, neuem Layout und, ausgestattet mit Geld für mindestens zwei Ausgaben, mit neuem Tatendrang,Schreibwut und den üblichen Schreibfehlern. Und, wenn die erstaunliche Reaktion auf unsere Notausgabe nicht eine Eintagsfliege war, können wir mit gutem Mute in die „telegraph"-Zukunft schauen. Näheres zur Leserumfrage könnt ihr bereits in diesem Heft erfahren. Dank der wochenlangen Tag und Nachtarbeit unser Statistikabteilung (Dietmar) konnten die eingetroffenen Datenmassen aufbereitet, ausgewertet und grafisch wiedergegeben werden.

Zum weiteren Inhalt ist zu sagen daß wir uns auch diesmal schwerpuktmäßig mit der verschärften staatlichen Repression gegen linke Zentren beschäftigen, dem Thema Computerund Repression und der Anti-AKW-Bewegung. Interessant ist hier die Beobachtung des Unterschieds in der Wahrnehmung zwischen Dreden und Greifswald. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Stasi-IM Schnur gegen den ja gerade ein Prozeß lief. Und die Artikelserie über die Hausbesetzerbewegung Anfang 1990 findet mit einem verspäteten vierten Teil ihr Ende.

Also wir hoffen, daß für alle etwas dabei ist. Ansonsten bleibt schön gesund und zahlt brav und pünktlich Eure Rechnung, wenigstens die für den „telegraph".

Ein frohes Osterfest wünschen Euch

die „telegraph"en-Vorsteher

PS: Aus der Aboabteilung (Wolfgang) kommt die Forderung, die LeserInnen möchten doch bitte sehr und in ihrem eigenen Interesse auf Überweisungen ihren Namen und die Kundennummer, oder doch wenigstens das Letztere eintragen und das bittesehr in Blockschrift.. Sonst wissen wir einfach nicht, wer die Einzahlung gemacht hat und es gibt wieder Beschwerden von Leuten, die sagen, sie hätten ja gezahlt. (Muß man denn jeden Scheiß zwanzig mal wiederkäuen, bis auch der letzte das schnallt? „Hallo Wand hier spricht Tapete! oder was?" Man bekommen ja langsam Blasen auf den Lippen.; d. Eddi Red. (Dietmar)

Bildnachweis: Titelseite, Frank Gaudlitz, Thomas Kumlehn, Die Russen gehen, Berlin 1993 S.131; S. 3: Aus der Siemens-Hauszeitschrift "Standpunkt"; S. 4, 8, 9, 10, 11, 12, 22, 26, 29, 32, 34, 35, 37, 39, 40: Redaktionsarchiv; S. 18 Grafik von Paul Winternitz; S. 19: Unbekannt; S. 21: Karrikatur von Freimut Wössner

Ich habe den Castor gesehen

Demonstrationen gegen den Castor-Transport in Dresden

Gerüchte gingen um, daß ein Castor aus Greifswald genau am 13. Februar auf dem Weg nach Ungarn durch Dresden rollen sollte. Ein etwas makabrer Termin für einen solchen Transport. (Red.: Am 13. Februar 1945 wurde Dresden vollständig zerstört. Seit 1982 wurde gegen den Widerstand der DDR-Behörden unter Beteiligung von tausenden junger Leute aus der unabhängigen DDR-Friedensbewegung jährlich ein Gedenktag begangen).

Die Anti-AKW-Gruppe der Grünen Liga* hatte wohl einiges geplant anläßlich dieses Ereignisses und ein paar andere, die so nichts mit der Grünen Liga zu tun haben, setzten sich zusammen und überlegten, was zu tun sei. Unsere Erfahrungen mit Castortransporten belief sich bei Null und wir faßten erst mal die Informationen zusammen, die wir hatten. Es war ja auch nicht klar, ob der Termin 13.2.96 tatsächlich stand. Allerdings bietet sich der 13. Februar für Aktionen geradezu an.

Wir trafen uns also an diesem Tag auf dem Bahnhof - inszwischen war auch klar, daß an diesem Tag keine radioaktiven Güter per Zug durch Dresden rollen sollten. Die Grüne Liga hatte Transparente dabei, "Kein Castor durch Dresden", ihre weißen Strahlenanzügen und es wurden Flugblätter verteilt. Es war viel Presse anwesend und ein bißchen Polizei.

Als die Presseaktion beendet war, setzte sich ein kleiner Demonstrationszug in Richtung Frauenkirche in Bewegung zu der alljährlichen Trauerfeierlichkeit. An der Frauenkirche sollte ein Kreuz für bis-

Castor-Transporte unbedenklich

„Castor-Transporte zeichnen sich durch ein besonders hohes Sicherheitsniveau

Ein Castor in der Siemens-Hauszeitschrift "Standpunkt"

herige und künftige Strahlenopfer abgelegt werden. Allerdings wollten das Polizisten verhindern und so mußten einige noch ihre Personalien preisgeben... Es lagen ja auch schon andere Kränze da, nämlich von den Repubilkanern und einer Landsmannschaft, die dem deutschen Heldenmut huldigten. Damit freilich hatte unser Kranz wenig zu tun. Aber er wurde dennoch hinterlegt.

Am 19.2. war dann der tatsächliche Termin für den Castor aus Greifswald. Darüber wurden wir rechtzeitig durch die Greifswalder informiert. Es trafen sich ca. 100 Menschen am Hauptbahnhof und standen ein bißchen hilflos rum. Diesmal waren Unmassen von Ordnungskräften mit uns da.

Irgendwie wußte niemand so richtig, was nun passieren sollte. Die Grüne Liga entrollte wieder das Transparent und zog ihre weißen Anzüge an. Einige schauten sich auf den Gleisen um und stellten fest, daß überall viel Polizei war. Der Vorschlag, sich auf die Gleise zu setzen, fand wenig Anklang und so rannten wir ein bißchen rum. Es war übrigens herrliches Wetter.

Inzwischen wurden von den anwesenden Ordnungshütern die Eingänge in die Bahnhofshalle verstellt. Wir zogen mit Transparent von Eingang zu Eingang und wurden nicht eingelassen. Mit uns war immer die Presse.

Einzeln gab es noch die Chance, ins Bahnhofsgelände zu gelangen. Da entstand die Idee, sich einzeln an den Wachen vorbeizuschmuggeln und so vielleicht "Kein Castor" durch Dresden" im Bahnhof aufzuhängen. Diese Idee stieß ebenfalls auf taube Ohren und das Transparent wurde auch nicht herausgerückt.

Bei einer weiteren Runde der Kernkraftgegner um das Bahnhofsgebäude herum, wurde ein unbewachter Seiteneingang entdeckt und gestürmt. Das war lustig! Wir waren dann also drin, hängten kurz das Transparent auf und zogen nach einer Belehrung durch die Polizei friedlich wieder ab.

Danach wurde sich hinter dem Bahnhof, aber in Sichtweise des Gleises, über das der Castor rollten sollte, postiert, das Transparent endgültig aufgehangen und gepfiffen. Im Übrigen filmten nicht nur anwesende Fernsehstationen; auch die Polizei war fleißig dabei. Ja und der Zeitpunkt der Durchfahrt rückte immer näher.

Einige beschlossen, sich in Richtung Süden zur nächsten Bahn-

hofsstation zu begeben. Dort standen wir nun und überlegten erneut, was zu tun sei: selbst auf die Gleise setzen, irgenwas raufwerfen oder wie? Dann kamen immer mehr Einsatzwagen mit entsprechendem Inhalt, welcher sich ebenfalls auf dem Bahnsteig verteilte. Dabei kam es zu Rangeleien und einigen Beschimpfungen und was noch kam, war Castor und niemand von uns hatte Winkelemente** in der Hand. Ich schaffte es noch, voller Wut eine zusammengerollte Sächsische Zeitung gegen den gelben Waggon zu werfen, was mehr als traurig war.

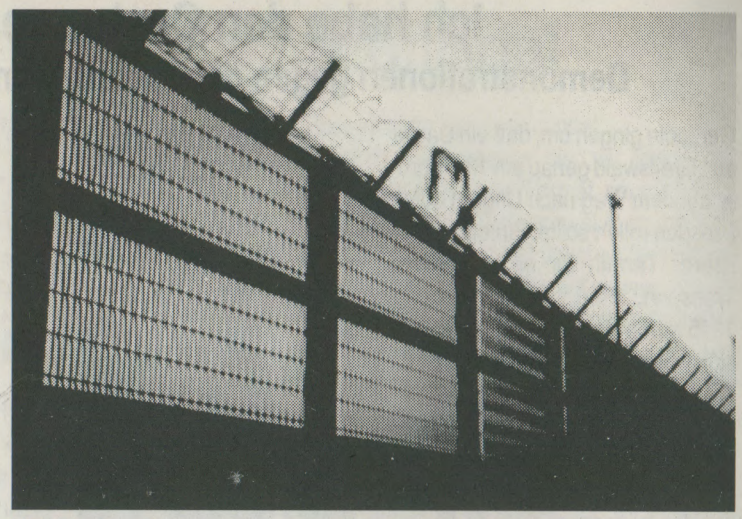
Wenigstens konnte das Begleitpersonal des Transportes im Vorbeifahren noch nette Erinnerungsfotos von uns machen, allerdings blieb mir das Lächeln im Halse stecken. Uns wurde per Handy mitgeteilt, daß entweder Sat1 oder RTL auf dem Weg zu uns waren, um ein Interview zu machen. Was das noch sollte, blieb mir verschlossen. Aber, so ist das Geschäft, wurde mir erklärt.

Ich hatte nur noch die leise Hoffnung, daß sich auf der Bahnstrecke Richtung Tschechien konspirative Säger betätigt hatten. Aber diese ausnahmsweise gute bayerische Tradition wurde nicht übernommen.

Ich denke, wir haben uns mit dieser Aktion insgeheim beworben, zu einer beliebten Hauptstrecke für Castortransporte zu werden. Und wenn sich diese symbolhaften Proteste durchsetzen, sollten wir ernsthaft erwägen, in Zukunft auch nur symbolisch zu leben. Catrin

* Red: Die Grüne Liga ist ein in der DDR zur Wendezeit gegründeter Bund von lokalen Umweltgruppen

** "Winkelemente" war in der DDR die offizielle Bezeichnung für die kleinen Papierfähnchen, die Schulkinder und andere zu offiziellen Feiern Herbeibefohlene zu schwenken hatten. Im Volksmund wurde das Wort grundsätzlich im ironischen Sinn verwendet



"Wir haben gemerkt, wieviele wir sind"

Der Castor fuhr.

Dennoch: Die Aktionswochen haben den Umweltfreunden an der Küste Mut gemacht

Aus der Umwelt- Zeitschrift des Kirchlichen Forschungsheims Wittenberg "BRIEFE"*

"Osteuropa - Müllkippe des Westens" - so stand es am 20. Februar auf einem Transparent slowakischer Umweltschützer. Sie hatten in Schutzanzügen und Gasmasken an der Bahnstation Nove Zamky gegen einen Atomtransport protestiert, der in Deutschland seit Wochen Schlagzeilen machte. Es gehört zu den Schattenseiten der Medienöffentlichkeit, daß die slowakischen und ungarischen Proteste nicht einmal wahrgenommen wurden.

Es war der Tag des Castortransportes, der von Lubmin am Greifswalder Bodden über Eberswalde, Frankfurt, Cottbus, Dresden und Bratislava nach Paks führte, 100 Kilometer südlich von Budapest. Dieser Transit von 235 radioaktiven Brennelementen (Verkaufswert: eine symbolische Mark) spart dem Atomkraftwerk Paks den Neukauf von Uran, der ihm umgerechnet 30 - 40 Millionen Mark kosten würde. Den gleichen Betrag spart die Energiewerke Nord GmbH in Lubmin für die Entsorgung vor Ort. Die ganze Geschichte - offiziell als "europäische Bruderhilfe" propagiert - reduziert sich auf einen Deal der beteiligten Firmen (auch die Tschechische Staatsbahn kassierte: 53.000 Mark Transitgebühr).

Daß einige Umweltgruppen den Transit zwar nicht verhindern konnten, dennoch aber kritisiert und blockiert haben, hat die Atombetreiber bitter gekränkt. Bis heute stehen die Anfragen unbeantwortet im Raum, sagte Dr. Helmut Hirsch, GREENPEACE- Atomexperte und Koordinator der drei Lubminer Blokkaden, Ende Februar im Gespräch mit den BRIEFEN in Hamburg. Die geplante Entsorgung des Lubminer Urans (es hat in den Paks-Reaktoren drei Jahre Brennzeit) in der russi-

schen Anlage RT-1 in Majak/Ural wurde nicht widerlegt. Majak ist Teil eines Militärkomplexes zur Plutoniumgewinnung. Seine Umgebung ist eine der am schwersten radioaktiv verseuchten Regionen der Welt.

Am auffälligsten sei jedoch, so Hirsch, daß nicht einmal den von GREENPEACE veröffentlichten Sicherheitsmängeln widersprochen wurde, die sich auf Paks selbst beziehen: Ende 1994 hat das ungarische Kernforschungszentrum (HSKI) eine Risikostudie vorgelegt, die der Anlage in Paks eine "hohe Unfallwahrscheinlichkeit" zuspricht.

Die Studie verlange ein Trainingszentrum, um die Belegschaft besser auszubilden, die auf Unfallszenarien vorbereitet sein muß. Dringend hätte nachgerüstet werden müssen, entsprechende EU- Gelder seien jedoch nicht angekommen. Probleme bei der Reaktorkontrolle eines der vier Paks-Blöcke konnten seit November 1995 immer noch nicht behoben werden. Einmütig wird auch von deutschen Atomfirmen bezeugt, daß Paks in Deutschland aus Sicherheitsgründen vom Netz gehen müßte - wie die baugleichen Meiler von Lubmin.

Dies alles bekam Hirsch erst am 15. Februar von Laszlo Moroty bestätigt - einem Vorstandsmitglied der Paks- Betreibergesellschaft. Das Gespräch Hirsch-Moroty hatte das ungarische Fernsehen arrangiert und live gesendet. Drei Tage später rollte der Castor. Dennoch: Als größten Erfolg bezeichnet Hirsch im BRIEFE-Gespräch die Reaktion der ungarischen Öffentlichkeit: Erstmals habe die Bevölkerung erfahren, daß es offenbar Probleme gebe, von denen die Atombetreiber nie etwas gesagt haben.

Für die Greifswalder Anti-Atom- und Umweltgruppen ist nach vielen Wochen voller Aktionen (vor dem Atomkraftwerk, ringsum auf den Dörfern und in Greifswald) der "Alltag" wiedergekehrt. Viele bereiten Veranstaltungen vor zum Gedenken an den Reaktorunfall von Tschernobyl - er jährt sich am 26. April zum 10. Mal.

Die 1989 entstandene Bürgerinitiative Kernenergie (BI) hat kurz vor Weihnachten in wenigen Wochen rund 15 000 Unterschriften für eine öffentliche Anhörung gesammelt. Diese befaßt sich mit dem fast fertiggestellten "Zwischenlager Nord für atomare Abfälle" (ZLN), das sechzehnmal größer als Gorleben ist. Die Anhörung, die für April geplant ist, muß gut vorbereitet werden, wenn sie Erfolg haben soll.

Mitglieder der Initiative und Anwohner des Kraftwerkes haben zudem seit eineinhalb Jahren Klage gegen mehrere Detailgenehmigungen des ZLN eingereicht. Der Grund: atomrechtliche Genehmigungen fehlen bislang ebenso wie eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Es bestehen zudem begründete Befürchtungen, daß hier nicht nur Atommüll aus Rheinsberg und Lubmin eingelagert wird, sondern auch aus anderen Atomanlagen Europas.

Im Februar verlangte die Klägergemeinschaft schließlich Baustopp vor Gericht. Dennoch wird weitergebaut. Wie der Prozeß ausgeht, ist ungewiß. Inzwischen müssen jedoch die Anwaltskosten überwiesen werden - bisher mehrere tau-

Presserklärung vom 26.2.96 der Geschäftsführung der Energiewerke Nord GmbH, der Eigentümern des Kernkraftwerkes Lubmin bei Greifswald

Bilanz nach Abtransport unverbrauchter Brennelemente aus der Energiewerke Nord GmbH nach Ungarn

Die EWN GmbH ist erleichtert, daß der Transport von 235 teilabgebrannten Brennelementen aus dem stillgelegten Kernkraftwerk Greifswald nach Paks in Ungarn gewaltfrei und planmäßig abgeschlossen werden konnte. Wie mehrfach betont wurde, handelte es sich dabei um eine Lieferung, die sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll war.

Die EWN GmbH erfüllt mit der Bereitstellung der weniger als 5 Prozent verbrauchten Brennelemente für eine weitere Verwendung ihre gesetzliche Verpflichtung zur ökonomischen Verwertung von Rohstoffen. Durch den Abtransport erspart sie dem Steuerzahler Deutschlands Aufwendungen von mehr als 30 Millionen Mark.

Die Ungarn sparen durch diese Lieferung die Kosten für die Beschaffung neuer Brennelemente in Rußland. Durch den Einsatz unserer Brennelemente in den modernen Druckwasserreaktoren des Kernkraftwerkes Paks (Typ WWER 440/213) können ca. 40 Millionen Mark erwirtschaftet und zur Erhöhung des Sicherheitsstandards in diesen Anlagen werden (So steht es wirklich da - t. jeut.).

Die EWN GmbH hat entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen alle mit der Lieferung zusammenhängenden Aufgaben in Zusammenarbeit mit den dafür zuständigen Behörden erfüllt. Die Öffentlichkeit wurde von Anfang an durch die Geschäftsführung informiert. Für die EWN GmbH ist der Vorgang abgeschlossen. Der Rücktransport der entleerten Behälter soll bereits im Monat März erfolgen.

gez. Dr. Manfred Meurer (Abteilung Öffentlichkeitsarbeit Energiewerke Nord GmbH.)

Pommersche Landeskirche will zum Tschernobyl-Gedenktag die Glocken läuten lassen

Greifswald (epd). In der pommerschen Kirche soll mit Glockenläuten und Gedenkandachten am 26. April an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor zehn Jahren erinnert werden. Die Frage nach dem Umgang mit der Schöpfung sei seit dem Unfall nicht zur Ruhe gekommen, heißt es in einem am 27. Februar in Greifswald veröffentlichten Aufruf kirchlicher Mitarbeiter, den die Kirchenleitung auf ihrer jüngsten Sitzung zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

So bleibe die Bewahrung der Schöpfung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend eine wichtige Herausforderung für die Kirche, heißt es darin. Die Katastrophe habe bei vielen Menschen zu einem neuen Nachdenken über die behutsame Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft geführt.

Als der vierte Reaktorblock des sowjetischen Atomkraftwerkes zerbarst, seien radioaktive Wolken von der Ukraine bis weit nach Weißrußland gezogen, heißt es in dem Aufruf. Sie hätten Menschen, Tiere und Landschaften verstrahlt. Am stärksten seien die Arbeiter im Atomkraftwerk, die 90.000 Bewohner umliegender Ortschaften, die 200.000 Katastrophenhelfer und die Kinder betroffen gewesen. Die strahlenden Wolken seien sechsmal um die Erde gezogen und hätten jeden Kontinent gestreift.

send Mark. Das Geld immer wieder zu beschaffen, ist nicht leicht für die Initiative, die nur aus einem Dutzend Engagierter besteht.

Eine zweite Anti-Atom-Initiative, die 1995 gegründete Bürgergruppe "Maikäfer flieg", hat sich vor allem die Aufklärung der Bevölkerung über das Strahlenrisiko in der Region Vorpommern zum Ziel gesetzt. Die Auswertung des jetzt als Buch erschienenen DDR-Krebsregisters wird ebenso versucht wie Befragungen in den Dörfern, etwa nach Leukämiefällen.

Reinhold Garbe, Superintendent des Kirchenkreises Greifswald-Land, versucht seit Jahren mit den Menschen in seinem und den anderen Dörfern um Lubmin in persönlichen Gesprächen über die Gefahren des nahen Atomkraftwerks zu reden. Er zeigte Videos in seinem Pfarrhaus - die Resonanz jedoch war gering. Die meisten Leute seien über Risiken der Kernenergie nicht sehr informiert, und sie wollten es auch nicht sein, bedauert Garbe. Viele haben noch Arbeit im Kraftwerk, das 1990 abgeschaltet wurde.

In seinem 26jährigen Pfarrdienst in Wusterhusen habe er mehrere Menschen beerdigt, die an Leukämie gestorben waren, erzählt Garbe. Besonders der Tod zweier mißgebildeter Neugeborener habe in ihm Zweifel an der Ungefährlichkeit radioaktiver Strahlung aufkommen lassen. Auch wenn Erfolg bislang weitgehend ausbleibe - sein Engagement gegen die Kernenergie werde er im bevorstehenden Ruhestand nicht aufgeben, bekräftigt er. Wahrhaftig vom Evangelium zu reden heiße für ihn in der Region um Lubmin, das Wissen über Strahlenrisiken nicht länger zu verschweigen.

Eine dritte Gruppe von Atom-Gegnern stellen die jungen Leute der Greifswalder Umwelt-Szene dar, zu der - wenn das Semester läuft - auch Studenten der Ernst-Moritz-Arndt-Universität gehören.

Die zurückliegenden sechs Aktionswochen, die vor dem Hintergrund des Paks-Transportes auf das globale Problem der Kernenergie aufmerksam machen sollten, haben den Umweltfreunden an der Küste nichts destotrotz Mut gemacht: Sie haben gemerkt, wieviele sie sind. Wochenlang, Sonntag für Sonntag, standen sie vereint auf dem Anschlußgleis vor dem Tor 19 des Lubminer Kraftwerks. In eisiger Kälte, von Polizei und Werkskameras gut bewacht führten sie ihre "Anti-Atom-Picknicks" durch. Bei Tee, Grog, Schmalzbrötchen und Kuchen sangen sie stundenlang ihren Protest in den rauhen Wind.

Daß sich das Atommüllager so klein wie möglich halten läßt und daß der vorgesehene Abriß der 20 Jahre lang verstrahlten Reaktoren mit der geringstmöglichen Gefahr für Arbeiter und Bevölkerung verbunden ist - dafür setzen sie sich weiter ein. Außerdem haben sie eine Hoffnung, die alle Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen bestimmt: daß es einen grundsätzlichen Ausstieg aus der Atomkraft geben wird.

Thomas Jeutner

Kontakt: BI Kernenergie e.V. zur Förderung alternativer Energiekonzepte; c/o Dr. Rosmarie Poldrack, Fleischerstraße 22, 17489 Greifswald; Tel/Fax 03834-89 21 50.

Spendenkonto für Klagen: Kto-Nr. 528 999 8; BLZ 120 96 597, bei der Sparda Bank Berlin e.G.

*** Red:** Die vom Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg vierteljährig herausgegeben "Briefe" erscheinen seit 1979 und sind für eine eigenständige DDR-Umweltbewegung ein wichtiger Ausgangspunkt gewesen.

Bei "Liquidatoren" von Tschernobyl hohe Selbstmordrate registriert

Wissen um die Folgen der Reaktor-Katastrophe zur Ware geworden

Berlin (epd). Eine ungewöhnlich hohe Selbstmordrate haben Fachleute unter den sogenannten Liquidatoren von Tschernobyl verzeichnet. Rund 30.000 der insgesamt etwa 180.000 Menschen, die nach der Reaktor-Katastrophe in dem belorussischen Kernkraftwerk im April 1986 an den Aufräumarbeiten beteiligt waren, hätten sich seither das Leben genommen, berichtete der Berliner Physiker Sebastian Pflugbeil am 20. Februar in einem epd-Gespräch in der Bundeshauptstadt.

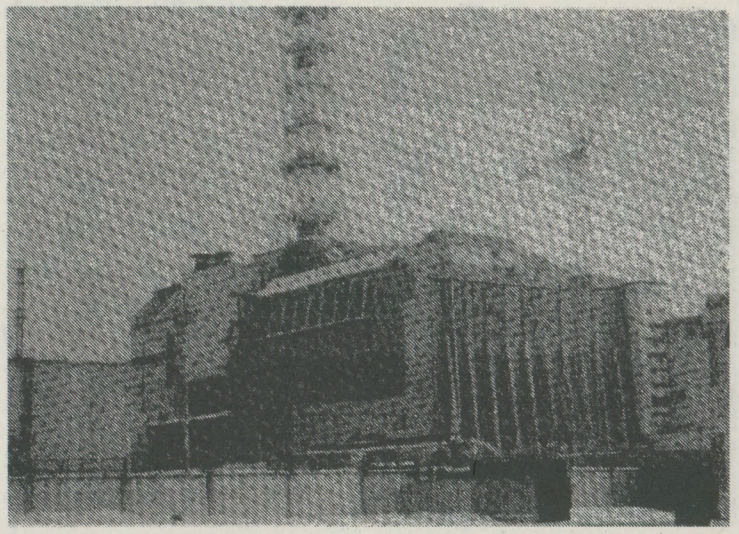
Zur Begründung verwies Pflugbeil darauf, daß Liquidatoren "wie Aussätzige" behandelt würden und meist keine Arbeit bekämen. Für viele seien zudem die Familien zerbrochen. Das Kiewer Gesundheitsministerium gebe insgesamt 156.000 Tote aus dem Kreis der Liquidatoren an. Genaue Register über die Todesfälle würden jedoch unter Verschluß gehalten, betonte der Physiker, der zu DDR- Zeiten zu den besonders aktiven Mitgliedern des Vereins "Kinder von Tschernobyl" gehörte und dieser Tage von einer Reise in die betroffene Region zurückgekehrt ist.

Wie Pflugbeil betonte, fordere die Bevölkerung Belorußlands von der russischen Regierung in Moskau Entschädigungszahlungen für die Folgen der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl. Dazu müsse sie von der belorussischen Regierung in Minsk gezwungen werden. Diese habe es allerdings bisher unterlassen, entsprechende Schritte beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag einzuleiten, erläuterte er. Nach dem Wiener Protokoll zum internationalen Abkommen über Atomkraftwerksunfälle muß das Ministerium für Atom und mittleren Maschinenbau in Moskau als Betreiber der Anlage in Tschernobyl für die Folgen aufkommen. Die Frist zur Anmeldung der Ansprüche von zehn Jahren laufe jedoch im April ab.

Das Wissen um die Folgen von Tschernobyl sei zur Ware geworden, beklagte Pflugbeil, der 1990 als Umweltminister in der einzigen freigewählten DDR-Regierung die Abschaltung des Kernkraftwerkes Nord bei Greifswald durchsetzte. Diejenigen, die über Zahlenmaterial, Wissen und Beweise verfügen, versuchten damit Geld zu verdienen. Sie nutzten ihr Wissen, um zu Kongressen ins westliche Ausland zu reisen und dort Kooperationsbeziehungen zu knüpfen. Die internationale Atomlobby sei aber nicht an der Veröffentlichung und kritischen Analyse der Fakten interessiert.

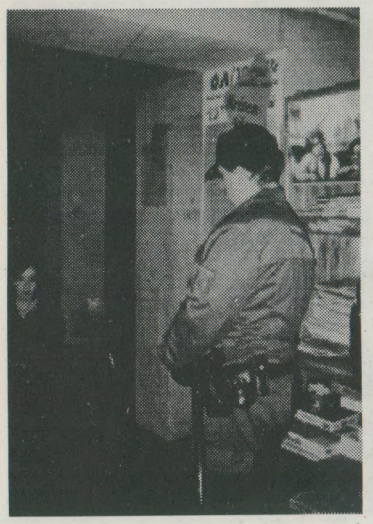
In Belorußland gebe es etwa 450 Kinder mit Tschernobyl- Krankheitsfolgen, berichtete Pflugbeil weiter. Ihre Zahl steige aber stark an. In der Ukraine sei die Bevölkerung in den nördlichen Bezirken bei Tschernobyl genauer untersucht worden. Daher könnten dort Angaben über Veränderungen des durchschnittlichen Gesundheitszustandes gemacht werden. Bei allen Bevölkerungsgruppen - den Liquidatoren, Evakuierten und weiterhin dort Ansässigen - könne beobachtet werden, daß die Krankheitsraten steil in die Höhe gehen. Die Kinder wiesen alle Symptome einer oder mehrerer Krankheiten auf.

Die ersten Daten der Katastrophe wurden noch zentral im Moskauer Institut für Biophysik beim Ministerium für Gesundheitswesen gesammelt. Dort seien alle Unterlagen über Atomkatastrophen in der Geschichte der Sowjetunion zusammengetragen, betonte Pflugbeil. Mit dem Zerfall der Sowjetunion habe Moskau allerdings den Zugang zu den Tschernobyl-Daten verloren. Danach seien die Daten in Minsk und Kiew gesammelt worden. Alle weigerten sich aber, miteinander zu kooperieren, kritisierte Pflugbeil. Niemand verfüge daher gegenwärtig über umfassende Fakten.



Durchsuchung der Offenen Arbeit Jena

Zu einem direkten polizeilichen Übergriff auf die Räume der Jenenser "Offenen Arbeit", einer zu DDR-Zeit häufig behördlich attackierten evangelischen Jugendarbeit, kam es jetzt zum ersten Mal seit deren Gründung vor 26 Jahren. Am 27. Februar drangen etwa 50 Polizeibeamte mit und ohne Hunde in die Räume in der Johannisstraße 14 ein. Die anwesenden 100 bis 120 Jugendlichen wurden durchsucht und mußten sich zu diesem Zweck in "Fliegerstellung" (Beine und Arme breit) an die Wand stellen. Sie wurden gefilmt, zwei Leute ohne Grund gegen die Wand geschleudert. Zu einer Frau sagte ein Polizist: "Wenn du meine Tochter wärst, hätte ich dich schon lange einschläfern lassen!" Obwohl darauf hingewiesen wurde, daß die Räume nicht zur Jugendarbeit gehören, bohrte die Polizei die Schlösser der anliegenden Räume des Kirchenchores auf. Die Durchsuchung fand ohne neutrale Zeugen statt. Gefunden wurden, was in einer Presseerklärung des Stadtjugendpfarramtes angezweifelt wird, angeblich 10 bis 50 Gramm Haschisch.



Ein junger Mann wurde wegen des Verdachts, gegen das Waffen- und das Betäubungsmittelgesetz verstoßen zu haben, festgenommen und am nächsten Tag wieder entlassen. Beschlagnahmt wurde bei ihm nach Angaben der Polizei ein Tonfa (asiatischer Schlagstock, der überall käuflich ist). Die Durchsuchung war am 16. Februar vom Amtsgericht Jena angeordnet worden. Der Leiter der Geraer Staatsanwaltschaft wollte sich nicht zu laufenden Ermittlungen äußern, meinte aber, ihm sei berichtet worden, daß es sich bei dem durchsuchten Gebäude um ein "Alternativobjekt" handle, "daß sich äußerlich in einem absolut ungepflegten Zustand befindet."

Zu einer neuen Polizeiaktion führte dann ein Plakat, das in der Nacht vom 30. Februar zum 1. März an mehreren Stellen der Stadt an Litfaßsäulen geklebt wurde. Es hieß dort: *"Sehr geehrte Herren Richter, das Gesetz ist auf ihrer Seite und das Recht wird Ihnen zuteil, die Beschwerde rechtlos bleiben, ich weiß, ich weiß, ich weiß, sie werden wiederkommen, korrekt und pflichtgemäß das Gesetz zu erfüllen, bis sie nichts mehr finden..., nur Leere noch und Angst und Mißtrauen und und Wut und Verzweiflung zur Nachtzeit."* Nach DDR-Manier entfernte daraufhin die Polizei noch in der Nacht von sämtlichen Litfaßsäulen diese Plakate. Offenbar in diesem Zusammenhang wurde der Stadtjugendpfarrer Lothar König mit seinem Auto von ca. sieben Polizeiautos gestoppt und das Auto durchsucht. Ebenso wurden Jugendliche, die als Mitglieder der Offenen Arbeit bekannt sind, im Stadtgebiet und vor dem Eingang kontrolliert. Sofern sie das inkriminierte hochgefährliche Plakat bei sich trugen, wurde es ihnen abgenommen

Immerhin war die Reaktion der Öffentlichkeit einhellig. Sogar die meist regierungsnahen Ostthüringer Lokalblätter zeigten Unverständnis über das Vorgehen der Behörden. Das Jenenser Jugendzentrum "Casablance" kündigte in einem Offenen Brief dem Drogendezernat der Polizei die weitere Zusammenarbeit, die angesichts solchen elefantenhaften Vorgehens "jeder Sinnhaftigkeit entbehre". W. Rüddenklau

Aus Kreisen der Offen Arbeit erhielten wir folgenden Kommentar:

Zu den Ereignissen in Jena

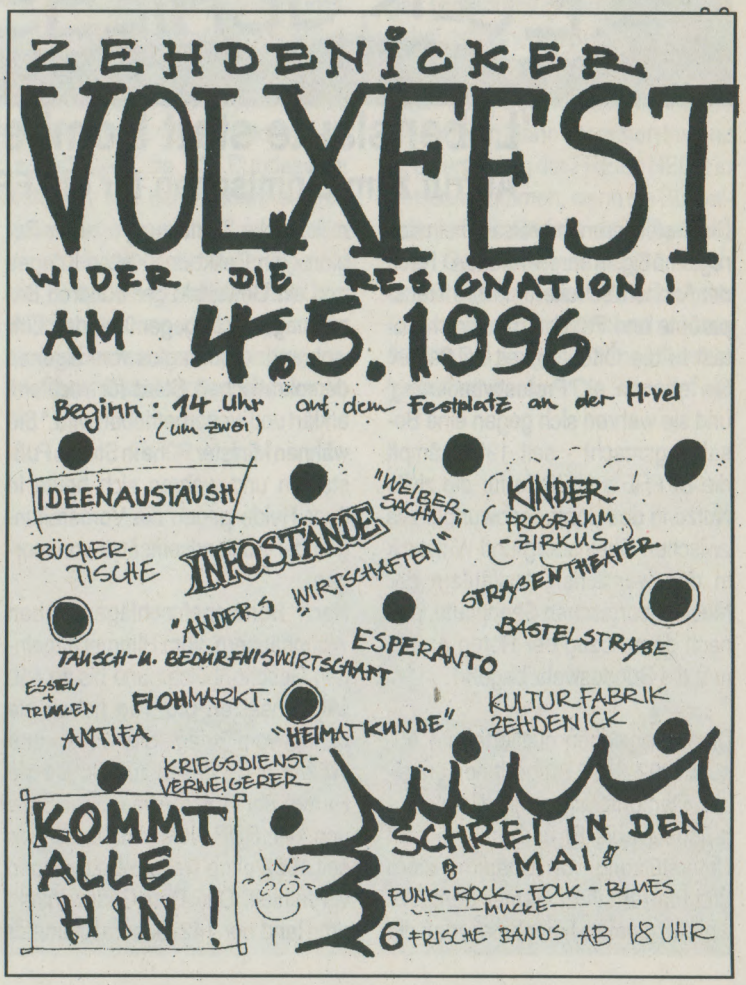
PS: Siehe auch die Presserklärung zur Leipziger Polizeiaktion, S. 45
Welcher Floh hat die Herren Polizisten wohl gezwickt, als sie am 27.2. den ahnungslosen Besuchern der JG Stadtmitte/Jena so eindringlich Staatsmacht und Polizeistaat vor Augen führten?

Der brave Bürger kommt nicht umhin, sich wieder einmal zu bewundern, wie genialisch - einfach die Gesetzgebung dieses Staates zu handhaben ist, erlaubt sie doch, jeden Vorwand zu ergreifen, um unliebsame Personen und Gruppen zu schikanieren und zu terrorisieren. Was sich heute mit dem Mäntelchen "Verdacht auf eine Straftat" oder "Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz" umgibt, kennen geschulte DDR-Bürger unter dem Namen "Hygiene" und "Brandschutz". Aber immerhin, jeder noch so kleinste Verstoß gegen jedes noch so bescheuerte Gesetz muß strengstens geahndet werden, sonst drohen Anarchie, Chaos und Drogentaumel im Staat. Und die Straftat ist mit dem Auffinden von 50 g Haschisch (das sind 0,42 g pro Person, andere Quellen sprechen von 10 g) und einem Schlagstock eindeutig belegt, das massive Vorgehen der Beamten somit gerechtfertigt und die Polizei (die Polizei) die hat immer recht und Genoss... äh.

Ein nur scheinbarer Widerspruch löst sich nach längerem Nachdenken von selbst: warum die geballte Polizeimacht gegen Einrichtungen vorgehen, die Aufgaben übernehmen, deren Ursachen 1. in den gesellschaftlichen Bedingungen selbst liegen und deren Konsequenzen 2. der Staat als Verursacher bitteschön selbst tragen sollte? Ich erkläre mir das so: Menschen, die sich nicht einpassen lassen oder wollen (Alte, Behinderte, Jugendliche und andere "Outsider") werden isoliert oder isolieren sich selbst. Deshalb fühlen sich staatliche oder kirchliche Sozialarbeiter berufen, den so Isolierten zu helfen, mit ihrer Isolation umzugehen ("Laß uns drüber reden!"). Werden jedoch diese Gruppen zu groß oder öffnen sich, stellen sie eine Bedrohung dar. Dann gibt es plötzlich keine "demokratischen Spielregeln" mehr, Integration ist nicht möglich, denn diese Menschen würden vielleicht das bestehende gesellschaftliche System verändern.

Anderswo reagiert man nicht mit blanker Gewalt, sondern sehr viel subtiler. In solchen Fällen reicht es aus - je nach Bedarf - den Geldhahn auf- und zuzudrehen.

Fazit: die alte Binsenweisheit trifft immer noch zu: Mit diesem Staat ist einfach kein Staat zu machen.



'Lebenslaute statt Bombengetöse'

Aufruf zum Einmischen für die FREIe HEIDe

Die Protestierenden versammeln sich regelmäßig in ihren Kirchen. Nach der Andacht schultern sie ihre Transparente und Fahnen, um ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie nennen es 'Protestwanderung' und sie wehren sich gegen eine Besatzungsmacht - seit 1992 kämpft die BI FREIe HEIDEe für die zivile Nutzung des Bombenabwurfplatzes zwischen Rheinsberg und Wittstock in den westlichen Ausläufern der Mecklenburgischen Seenplatte, den nach dem Abzug der Roten Armee nun die Bundeswehr begehrt.

Dieses Ansinnen quittierten im August 1992 4.500 BürgerInnen auf einer Demonstration mit 'Nein'. Sie gründeten die BI und erklärten mit Unterstützung von Bürgermeistern und Pfarrern ihrer Gemeinden: „Wir werden niemals hinnehmen, daß die militärische Zernutzung unserer Region - ein Relikt des Kalten Krieges und ein Gewaltakt der früheren Besatzungsmacht gegenüber den Einwohnern - nun fraglos vom eigenen demokratischen Staat für rechtens erklärt und weiterbetrieben wird." Sie wähnen Minister Rühe in Stalins Fußstapfen und wehren sich heute in ihrer Heide gegen die Vorbereitungen der Auslandseinsätze von morgen.

Nach Bombeneinschlägen neben Wohnhäusern, vom Himmel hagelnden Geschoßhülsen und bis zu 450 MiG-Einsätzen pro Tag haben sie genug vom Krieg. Sie wollen ihre Wälder und Wiesen zurück, die die Herren der Roten Armee, der Stasi und der DDR-Nomenklatura ihnen seit 1952 ohne weitere Erklärungen vorenthielt. Das Dorf Gadow direkt am Rand der 142 Quadratkilometer riesigen, zerbombten Heidelandschaft verlor so die meisten seiner BewohnerInnen.

Mit monatlichen Protestwanderungen und 20.000 Unterschriften betrieben die BürgerInnen rund um den Platz einen aktiven Widerstand, der heute, nach 34 Protestwanderungen, auf eine ansehnliche Geschichte zurückblickt.

Auf dem Platz stellten sie an der zerbombten Straße zwischen Wittstock und Neuruppin einen Gemarkungsstein auf und bekräftigten damit den Willen und die Notwendigkeit ziviler Nutzung. Regelmäßig verschlägt es Ministerpräsidenten, Landtagsabgeordnete und Bischöfe vor die Mikrophone der Kundgebungen an der Schießplatzgrenze. Ihnen hören dann neben einfachen BürgerInnen auch die letzten aktiven Bürgerbewegten der Ex-DDR zu. Sie

alle prägen dem Charakter der Kampagne: Mahnsäulen von KünstlerInnen und HandwerkerInnen der Gegend halten die kleine aber feine Bewegung im Alltagsbewußtsein. Chöre und Orchester geben den Kundgebungen festlichen Charakter, die auch von Familien mit Kindern besucht werden.

Die ersten Tornados flogen 1994 über die Dächer der Widerständigen. Unter diesem Druck legten sie sich noch mehr ins Zeug. Mit Unterstützung der Berliner Gruppe freuten sich 1994 nach dem Ostermarsch 5.000 Leute über 'Woodstock für Wittstock', in den Sommermonaten der letzten Jahre mobilisierte die Berlin/Potsdamer Gruppe junge Aktive von überall her zu den Sommeraktionstagen, zum Gedenken an die Opfer eines Angriffs auf einen Flüchtlingstreck 1945 errichteten Aktive eine Mahn- und Gedenkstätte, die Gruppe 'Lebenslaute' konzertierte zur Einweihung eines Klangspiels. Das Kunstwerk steht unter dem Motto: „Energie für die FREIe HEIDe"

Und die scheint den Aktiven nicht auszugehen: Mit 5.000 und 3.000 TeilnehmerInnen fanden 1995 und 1994 die größten Ostermärsche in Fretzdorf statt. Der Boden für eine starke Kampagne vieler Bevölkerungsgruppen ist also beackert. In diesem Sommer wird gesät: Im Juni wandert der 'Arbeitskreis Ökologie und Frieden Berlin/Brandenburg' aus der preußischen Metropole in die FREIe HEIDe. Die 'Friedensreiter' setzen ihre in der DDR-Tradition stehenden Sommerausflüge hoch zu Roß rund um den größten Bombenplatz der Bundesrepublik fort. In der letzten Juliwoche hält die Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen ihr Bundestreffen vom 1. bis 4. August ab und schließlich plant das Komitee für Grundrechte und Demokratie vom 3. bis 6.10. einen „out of area"-Kongreß in Wittstock. Interessierte sind zum Kongreß eingeladen. Dieser soll die argumentative Basis von BI und bundesweiter Friedensbewegung stärken. Denn nur wenn es gelingt, die Kritik der neuen Bundeswehrplanungen allgemeinverständlich zu fundieren und sie auf die Problematik des Bombodroms zu beziehen, wird eine langfristige Verbindung der lokalen BI und der bundesweiten Friedensorganisationen möglich.

Die Zusammenarbeit mit Auswärtigen ist notwendig, weil die Bundeswehr langfristig juristische Auseinandersetzungen um den Platz wahrscheinlich für sich entscheiden wird. (Man denke nur an das Tiefflug-Urteil, das Gemeinden jeglicher juristischer Widerstandsmöglichkeiten gegen die rasenden Bomber beraubte.) Aufgabe auswärtiger AktivistInnen ist es, die BI bei denjenigen Aktionen zu unterstützen, die die Bundeswehr weiterhin von der Wiederinbetriebnahme des sowjetischen Bombodroms abhält. Erste Teilerfolge hat die BI bereits geschafft: Trotz der Wiederaufnahme des Flugbetriebs blieben Bombeneinsätze bislang aus. Im Gerichtssaal wollen sie nun erstreiten, daß die Tornados wieder verschwinden. Vor dem Prozeß im Mai berichten die Aktiven von deutlich sinkenden Überflügen. Die Bundeswehr ist vorsichtig.

Die Schritte zu weiteren Erfolgen müssen erarbeitet werden. Sollen die UnterstützerInnen wochenends anreisen und die Grundstücke der Gemeinden auf dem Platz von Munition, Schrott und Altlasten säubern? Geld spenden für eine Schafherde in dem Gebiet, wo heute erst Büsche und Gras wachsen? Oder doch Blockaden?

An Ideen mangelt es nicht. Wichtiger wird es sein, diejenigen Aktionsformen zu finden, die die Bundeswehr weiter delegitimieren oder sogar Tornado-Flüge erschweren und dabei die bisherige Beteiligung vieler Menschen weiterführt.

Nach dem Ostermarsch könnte es am neunten Mai in der ersten Instanz zu einem Erfolg der FREIen HEIDe in Potsdam kommen, wenn die Bürgermeister vor Gericht das Eigentum ihrer Gemeinden einklagen. Doch danach muß mit einer Revision oder Berufung der Hardthöhe und auf über 80.000 DM steigende Prozeßkosten gerechnet werden. Die BI wartet auf

Spenden. (KtoNr s.u.) Und wer lieber arbeitet statt Geld auszugeben, wendet sich zwecks Plakatieren für den Ostermarsch an:

Jens Wittneben

FREIe HEIDe Berlin/Potsdam, c/o A-Laden, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin, Tel/Fax 030/394 61 67, Spenden-Kto. Nr. Verein Freunde der direkten Aktion 4897 67 107, Post Berlin BLZ 100 100 10.
BI FREIe HEIDe, c/o Helmut Schönberg, Tannenstr. 12, 16909 Schweinrich, Tel/Fax 033966/60246, Spenden-Kto. Nr. 168 00 00 167, Sparkasse Ostprignitz-Ruppin BLZ 160 502 02
7. April Ostermarsch um 14.00 in Fretzdorf
9. Mai Prozeß in Potsdam
7.-9. Juni Sommerlager der Evangelischen Jugend in Netzeband
Juni Wanderung Spandau - Wittstock des 'Arbeitskreis Ökologie und Frieden Berlin/Brandenburg'
Sommer Friedensreiter zur FREIen HEIDe
1. bis 4. August Bundestreffen Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
3. bis 6.10.96 „out of area"-Kongreß
sowie diverse Protestwanderungen

Termine für FREIe HEIDe 1996

Auswertung der LeserInnenumfrage

Die LeserInnenumfrage hat eine, an den sonstigen Reaktionen auf den „telegraph" gemessen, erstaunliche Fülle von Antworten gebracht, bis jetzt 82. Auch wir haben natürlich ein Problem mit Fragebögen, die heutzutage Hinz und Kunz verschickt. Aber wir dachten, daß die Beantwortung (und Auswertung) eines solchen Formulars relativ leicht ist. Und diejenigen, die solche Dinge nicht ausfüllen möchten, haben uns ja stattdessen Briefe geschickt.

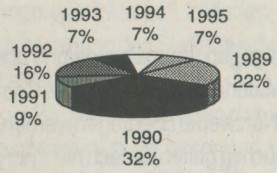
In den allermeisten Fällen sind diese Schriftstücke ziemlich schmeichelhaft. Am bösesten war vielleicht die Anmerkung unseres früheren Mitredakteurs Tom zum Fragebogen, der allerdings einen hohen Maßstab anlegt: *„Der Inhalt, die Gestaltung und Aussagen anderer Medien (Print, Funk, TV), können nur in seltenen Ausnahmen als positive Orientierung dienen. Das meiste ist unter aller Sau."* Viele meinten dann auch, daß die kleinen Blätter, und darunter der „telegraph", am ehesten noch farbige Flecken eigenständiger Meinungen im Einheitsbrei der bundesdeutschen Medienlandschaft sind. Barbara sagte es ziemlich lyrisch: *„Die Blätter, wo wir mit möglichst wenig Selbstzensur darüber reden, was wir wollen, das sind die wenigen Samen der Hoffnung, die wir gegenwärtig noch haben."* Über die Vorlieben für die unterschiedlichen AutorInnen gab es naturgemäß verschiedene Meinungen, Einigkeit aber darin, daß eines der wenigen undogmatischen und antiautoritären Blätter in der Landschaft der linken Zeitschriften fehlen würde, wenn der „telegraph" geht. Ob es so etwas wie eine ostdeutsche Erfahrung überhaupt gibt, fragte ein Leser, bezeichnete sich aber schließlich als *„deutschsprachigen Osteuropäer"* - ein Gefühl, das wir teilen würden.

Natürlich ist die Umfrage nicht repräsentativ, weil sich nur die aktivsten LeserInnen zu Wort meldeten. Genaueres darüber, sehr schön grafisch aufgegliedert, von Dietmar. Jedenfalls aber werden wir angesichts der auch ohne weitere Worte eingetroffenen rückständigen Zahlungen und einer großen Anzahl von Spenden natürlich weiter machen. Da wir für unsere Verhältnisse jetzt mal erstaunlich gut gesattelt sind, versuchen wir bis auf Weiteres mit dem selben Preis monatlich weiter zu machen. Aber wir behalten uns die Entscheidung über einen höheren Preis vor, da wir nicht wie die "taz" alle Jahre wieder eine Katastrophenaktion machen wollen, sobald viele Leute nicht mehr zahlen.

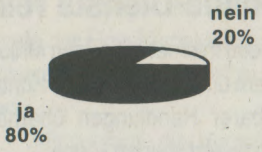
Redaktion "telegraph"

Wir gingen von 60 Zuschriften aus, die bis zum 15.03.1996 eingegangen waren:

Seit wann lesen Sie den telegraph?



Lesen Sie den telegraph noch durch?

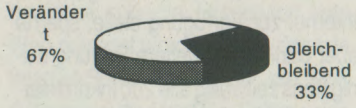


Wieviel Leute lesen Dein/Ihr Exemplar außer Dir/Ihnen?

60 Hefte werden von 86 Einzelpersonen und den Besucher von 2 Lesecafes gelesen

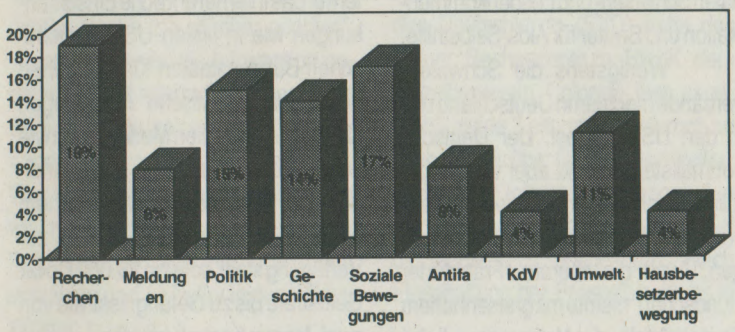
Aus welchen Gründen haben Sie Interesse am telegraph?

Welchen Inhalt wünschen Sie sich für den telegraph?

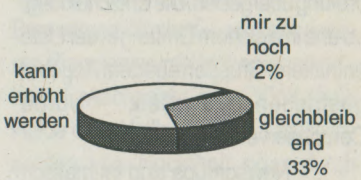


Wenn andere Themen, welche:
Antirassismus,/Rassismus, 3.Welt, Asyl, Polizei/BGS, Zukunftsdiskus-sionen in der alternativen Szene, innere Sicherheit/ Repression, Knast, Rechtstips, Interviews, krietische Diskussionen zu kontroversen Themen, Subkultur, Aktionen, Frauenthemen, Osteuropa, Anarchismus

Wenn verändert in welcher Richtung ?



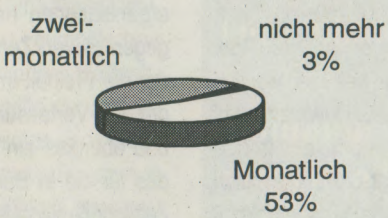
Preis pro Heft



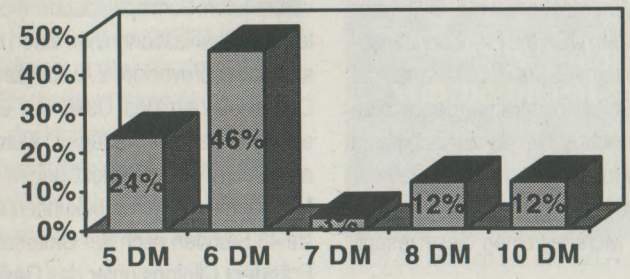
Welche anderen Zeitschriften liest Du/ lesen Sie?

(die meist genannten)
Spiegel, taz, jw, ND, Berliner Zeitung, Die Zeit, Interim, Graswurzelrevolution, Wochenpost, Freitag, Publik Forum, Antifa Info, Konkret, AK, tilt, SZ, Horch u. Guck,

Wie oft soll der telegraph in Zukunft erscheinen?



wenn Preiserhöhung, bis zu welcher Schwelle?



Hast Du Zugang zu einem Computer
ja 32 nein 28

Wilst Du eine Computerausgabe
ja 5 nein 55

Zensur im Internet

Eine weltweite Bewegung besorgter Konservativer möchte die Online-Dienste reinigen

In Erinnerung sind vielleicht noch die Vorgänge nach einer Durchsuchung der Geschäftsräume des US-Computernetzbetreibers Compuserve in Unterhaching am 16. November vorigen Jahres im Auftrag des Landgerichtes München. Die Firma Compuserve, hieß es seitens der Staatsanwaltschaft, trage eine Mitverantwortung für die Daten, die sie transportiere. Schon am 8. Dezember wurden - erstaunliches Tempo für ein deutsches Gericht - der Firma eine Liste von 200 sogenannten Newsgroups zur Überprüfung übergeben. Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang in der Liste enthaltene Gruppen aus dem Angebot gestrichen werden, wurde Compuserve überlassen.

Newsgroups sind thematisch gegliederte Fächer, über die Privatpersonen weltweit Informationen austauschen oder auch nur schwatzen. Der Sprecher des Bundesjustizminister Böhm hatte darauf verwiesen, daß in den Newsgroups sowohl Kinderpornographie als auch Nazipropaganda zu finden sei. In Deutschland sei selbst der Besitz von Kinderpornographie verboten. Die deutschen Behörden könnten eine Sperre des Zugangs zu solchen Texten oder Darstellungen aber nur für die Bundesrepublik verlangen und durchsetzen. In den USA sei etwa die Leugnung des Holocaust durch die verfassungsmässig garantierte Meinungsfreiheit erlaubt. Der Sprecher des Justizministeriums räumte ein, daß bei der elektronischen Kommunikation, wo "die gesamten rechtlichen Regelungen erst am Anfang stehen". fraglich sei, ob, wie beim Internet mit seinen Millionen Nutzern und Anbietern, eine Kontrolle strafbarer Handlungen überhaupt durchgesetzt werden könne.

Die Firma Compuserve hatte darauf verwiesen, daß ihr eigenes Netz rein sei und nur Verbindungen zum Internet zur Verfügung stelle, sperrte aber dann ohne weitere Prüfung wenigstens zeitweilig alle 200 inkriminierten Newsgrops, darunter auch das Fach, in dem das Christnet Fragen der Sexualiät erörtert, Bretter internationalen Schwulen- und Lesbenkommunikation und Bretter für Aids-Selbsthilfe.

Wenigstens die Schwulenverbände machten in Deutschland und in den USA Protest. Der Deutsche Journalistenverband aber warnte betulich davor, mit dem Hinweis auf Zensur jeden Internet-Inhalt zu rechtfertigen. Auch die liberale "Frankfurter Rundschau" meinte mit greisenhaftem Kopfschütteln, die Nutzerszene habe eine Entwicklung verschlafen, "die die alte Internet-Kultur mit ihren oft abstrusen Diskussionsforen an den Rand drängen wird... nur wer über Möglichkeiten nachdenkt, die Netiquette auch durchzusetzen - notfalls mit dem Staatsanwalt -, hat die Legitimation, die noch herrschende Basisdemokratie im Internet zu verteidigen ausgekippt."

Inzwischen hatte sich aber auch in den USA die Front der Zensoren gesammelt. Die Republikaner, die zur Zeit mit dem Abfischen des rechten Wählerteiches bis hin zu den Nazis Konjunktur machen, brachten Februar in Senat und Kongreß mit überwältigender Mehrheit einen Gesetzesentwurf gegen unanständige und obszöne Materialien durch, die über Computer-Netzwerke übertragen werden. Als unzüchtig gelten danach nicht nur pornographische Bilder, sondern auch einfache Nacktfotos. Aber auch Worte wie "shit" und "fuck" fallen unter den Moralkodex der staatlichen Sittenwächter. Einzige, wenn auch charakteristische Änderung gegenüber der ursprünglichen Version: Nur die Anbieter der Inhalte sind haftbar, nicht jedoch die Netzbetreiber. Damit gelten für das Internet ähnliche Einschränkungen wie in vielen US-amerikanischen Bundesstaaten für Fernsehen und Radio. Nazistische Äußerungen sind dagegen in allen Medien nach wie vor erlaubt. Jemand, der unanständiges oder obszönes Material in einem öffentlichen Forum des Internet zur Verfügung stellt, soll von 25.000 Dollar Geldstrafe bis zu Gefängnisstrafe von zwei Jahren bestraft werden.

Zahlreiche US-Bürgerrechtsorganisationen haben zum Protest gegen diesen Zensurakt aufgerufen, der die Freiheit im Internet zerstöre, der US-Verfassung entgegenstehe und überdies ein Sondergesetz sei, das für die in Buchhandlungen und Zeitschriftenkiosken erhältlichen Publikationen nicht gelte. Mit absichtlich verbreiteten Schimpfkapaden möchten die Organisationen nun einen Musterprozeß provozieren. Ausländische Organisationen und User, die über eine Internetseite verfügen, wurden aufgerufen, ihren Protest gegen die Maßnahme dadurch zu bekunden, daß sie 48 Stunden nach der Unterschrift Präsident Clintons unter das Gesetz,

am 9. Februar, ihre Homepage schwarz machen. Es sollte nicht verschwiegen werden, daß sich unter den Gegnern des Gesetzes auch mächtige Elektronikfirmen wie Microsoft befinden, so daß der Ausgang des Streits durchaus nicht entschieden ist.

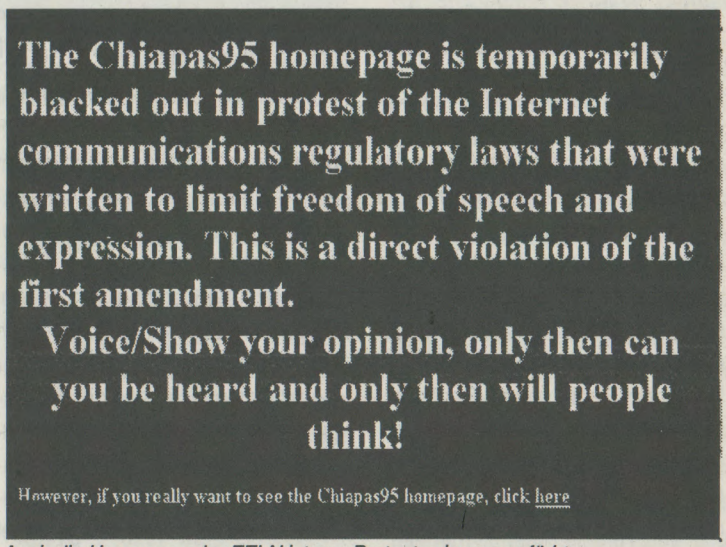
Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zensierten die besorgten Online-Dienste schon mal per Hand. In der Netzgemeinde ist die Meldung "Sorry. This article is no longer available." inzwischen verhaßt. Aber auch der Kommerz ist nicht untätig. Für einmalige 10 Dollar verspricht Alternative Access Help Service den Interessenten "lebenslang" Hilfe für den Zugang zu unterdrückten Newsgroups, das Verfassen von anonymen Nachrichten "and a ton of other goodies". Wenn der Server die Information gesperrt hat, will Alternative Access Help Service Wege zeigen, sie aus einer anderen Internet-Quelle zu beziehen.. Wer dem Dienst Glauben schenken will, mag selbst die Homepage unter "http://165.247.202.103/index.html" anwählen und 10 Dollar in den Wilden Westen schicken.

Inzwischen ist man auch in Europa nicht müßig. Eine Konsultativkommission der (west-) europäischen Staaten berät in Permanenz Maßnahmen gegen die Eingriffe der Online-Dienste in ihre Gesetze - natürlich werden nur die Themen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit genannt. Nach den Worten des Sprechers der Kommission, Ford, ist dabei die deutsche Regierung besonders kooperativ, vielleicht angesichts des furchtbaren Erscheinens ihres Lieblingsgegners, der kleinen Zeitschrift "Radikal", im Internet (http://www.xs4all.nl/~tank/radikal/index.htm). Die Deutschen, so Ford, hätten eine Summe von möglichen Maßnahmen gegen den Rassenhaß in Online-Diensten vorgeschlagen. Die volle Kraft des Apparats der europäischen Bürokratie, trumpfte Mister Ford auf, sowie der Gesetzesapparate der Einzelländer werde genutzt werden, um das Internet zu zensieren.

Mindestens die deutschen Schwulen haben schon einen Vorgeschmack künftiger Zensurzeiten gehabt. Am 8. Februar war der größte deutsche schwule Infoservice vom Web getrennt worden. Der verdutzte Internet-Surfer konnte nur die Meldung lesen, die MacMan-Seiten seien auf Betreiben der Kölner Universität ab sofort nicht mehr verfügbar. Nach Informationen des Schwulenverbandes Deutschlands (SVD) hatte das Kölner Rechenzentrum RRZK dem Betreiberverein Cologne Net angedroht, seine Leitung ins Internet zu kappen, falls über Cologne Net weiterhin schwule Informationen angeboten würden. Daraufhin hatte Cologne Net die MacMan-Seiten gesperrt. "Nach Einschaltung der Presse", heißt es in der Presserklärung des SVD, "erhielt der Leiter des RRZK am Montagmorgen vom SVD die ultimative Aufforderung, seine Maßnahme wieder zurückzunehmen. Vier Stunden später war der Spuk dann vorbei: MacMan war wieder am Netz." Vorerst.

Natürlich ist ihr angeblicher Widerwille gegen Rassenhaß oder Pornographie für die Regierungen nur ein Vorwand für die Zensur eines der wenigen basisdemokratischen und freien Medien der Welt. Und es war schon ein wenig peinlich, als sich die chinesische Regierung gleich der Bewegung anschloß, um mit allzu deutlichen Worten den Zugang zu unsensierten Informationen aus dem Ausland abzuschneiden. Im übrigen las ich in 'alt.censorship' folgende treffende Bemerkung: "In der Geschichte unseres Planeten wurde bisher niemand, kein Erwachsener oder Kind, kein Heide oder Heiliger, durch das Beobachten von Nacktheit oder durch Nacktsein verletzt (ausgenommen Sonnenbrand und Erfrierungen)."

Das kann man im Großen und



Auch die Homepage der EZLN ist aus Protest schwarz gefärbt

Ganzen bekräftigen. Jeder von uns hat sicher diese oder jene bizarre Vorlieben und wenn er damit niemand verletzt oder zur Last fällt, sollte er das Recht haben, sich mit seinesgleichen auszutauschen. Daß hin und wieder dieses oder jenes Schwein einen Dreckhaufen hinterläßt, ist nicht zu verhindern. Und die Erregung von Rassenhaß in einem weltweiten Netz hat an sich schon etwas Lächerliches. Etwas anderes ist es, glaube ich, wenn kommerzielle Dienste unsere schwachen Stellen zu erraten suchen und die Belieferung mit allerlei Schweinereien organisieren. Je mehr Geld dabei lockt, desto größer ist die Gefahr, daß dabei Menschen organisiert unterdrückt und verletzt werden. Wenn es also meiner Meinung nach eine Zensur im Internet geben sollte, dann die für kommerzielle Dienste. Aber genau für die soll ja auch nach Meinung der konservativen Zensoren das Netz sauber gemacht werden. Und das ist rein technisch wahrscheinlich nur dann möglich, wenn nicht die Zulieferer, sondern die Benutzer des Internets in Zukunft kontrolliert werden.

Soweit das noch nicht geschieht.

W. Rüddenklau

Computer und Demokratie?

Ein Interview zu Risiken und Chancen der moderner Datentechnik

In zwei Teilen

Im Gespräch sind drei Leute im Umkreis der Umwelt-Bibliothek. Martin gehörte ab 1987 zur Umwelt-Bibliothek und hat uns 1988 überredet, eine größere Spende der AL zum Kaufen und Einschmuggeln eines Computers zu verwenden, mit dem wir seitdem unsere "Umweltblätter" produzierten. Zur Zeit betreibt er einen Computerladen, dessen finanzieller Erfolg aber unter anderem wohl deshalb mäßig ist, weil er politischen Freunden immer gute Preise machen will. Roland war während der DDR-Zeit Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit, hat sich aber als wohl erster IM Anfang 1990 im "telegraph" geoutet. Er beschäftigt sich erst seit der Wende mit Computer, hatte aber beim Programmieren schon einige interessante Erfolge, die beispielsweise bei den Aktionen gegen die bombenwerfende französische Regierung eine gewisse Rolle spielten. Mario ist aus Westberlin, verhält sich aber ganz gegen die sonstigen Gewohnheiten dieser Landsleute meist schweigend und zurückhaltend, was allerdings nicht meint, daß er nichts zu sagen hat. Übrigens hat Mario für den "telegraph" ein endlich halbwegs laientaugliches Aboprogramm für Windows entwickelt, das auf Anfrage demnächst auch anderen kleinen Zeitschriften zur Verfügung steht.

telegraph: Wir sollten, wenn wir über Computer reden, zunächst mal klären, daß das nur zum wenigsten diese niedlichen Heimgeräte sind, die uns die Werbung für den Brief an die liebe Oma oder zur spielerischen Bewältigung des Atomkrieges anbietet. Computer sind Datenverarbeitungsmaschinen, die mit immer größerem Erfolg von Regierungen, Behörden, Polizei und Armee angewandt werden, um hocheffektiv und gezielt Gewalt gegen Leute auszuüben. Die Computertechnologie ist eigentlich nur für solche Zwecke entwickelt worden. Die Lochkartenmaschinen der deutschen IBM-Tochter Holerith beispielsweise wurden nach einem ersten Einsatz bei einer Volkszählung des 3. Reiches vom SS-Rasse- und Siedlungshauptamt zur Erfassung und Vernichtung von Juden, Oppositionellen und Menschen in den besetzten Ländern angewendet. Zur Debatte stand während des Naziregimes die Errichtung eines sogenannten "Deutschen Turms", wo in Etagen jahrgangsweise sämtliche Unterlagen der Untertanen eingeordnet sein sollten. Das gesamte Reich sollte erfaßt und kontrolliert werden. Dieses Projekt mußte aber damals noch wegen offensichtlicher Uneffektivität aufgegeben werden. Aber genau dieser Gedanke ist heute in jedem größeren Behördencomputer heute verwirklicht.

Martin: Noch ist es noch nicht so weit, sonst würde es uns sehr viel schlechter gehen.

Roland: Die DDR hatte immerhin recht gute Ansätze geschaffen. Es gab die Datenbank des Personenmeldesystems, wo über die Personenkennzahl eine Kompletterfassung

Reklametafel der deutschen IBM-Tochter Hollerith, die für die Nazis eine Volkszählung und die Auslese der künftigen Opfer besorgte

möglich war. Der Stasi ist diese Sammelwut dann später auf die eigenen Füße gefallen. Wer sich noch an die Veröffentlichung der Stasimitarbeiter in der Zeitschrift "Die Andere" erinnert - dem lag eine Komlettdatenbank sämtlicher hauptamtlicher Mitarbeiter für die Lohnzahlung zugrunde und die paßt auf eineinhalb Disketten.

telegraph: Ich möchte nicht wissen was auf den großen Wechselplatten gewesen ist, die mit Absegnung des Runden Tisches zerschreddert wurden.

Martin: Wir hatten schon 1987 oder 1988 Gerüchte, daß irgendwo in Hoppegarten unterirdisch ein großes Rechenzentrum der Sicherheit mit ESER-Technik existieren soll, wo diese ZPKR, die Zentrale Personenregisterdatenbank und einige andere gehalten wurden. Das ist vermutlich dieses Objekt in Biesdorf-Süd im Wald, das aussieht wie ein verkleinertes ICC und die Aufschrift "Ministerium für Kultur" trägt. Offenbar hat nur die fehlende Telekommunikationsinfrastruktur im Osten Schlimmeres verhütet. Die paar Oppositionellen, die Osteuropasperre hatten, konnten an der tschechischen Grenze noch bequem mit Papierlisten ausgesondert werden. Wenn das richtig viele geworden wären, hätte man mehr Rechner gebraucht. Die manchmal stundenlangen Wartereien, denen wir ausgesetzt waren, waren zwar teilweise zur Schikane und zum Weichklopfen, aber gut die Hälfte der Zeit werden sie gebraucht haben, um bei jemand anzurufen, der in Berlin an der Konsole gesessen hat. Heutzutage sieht das ja anders aus. Da haben auch die Polizisten ihre Handheld-Computer im Sixpack und haben über D-Netz oder ISDN in 20 bis 30 Sekunden die Informationen. Und das Schengen-Abkommen hat das möglich gemacht.

Roland: Der Bundesgrenzschutz hat so ein Gerät in der Hand, in das der Name eingetippt wird und dann kommt sofort die Rückmeldung, ob diejenigen erfaßt sind oder nicht. Ich habe einen Fall gehört, wo jemand in Zusammenhang mit einer Demonstration gegen Nazis wegen Besitz eines Taschenmessers angezählt wurde. Und deswegen war er erfaßt worden und bekam Ärger an der Grenze. Durch Versehen ist in meiner Stasiakte ein Papierchen der HA III, die Überwachung des Nachrichtenverkehrs erhalten geblieben...

telegraph: ... die sich mit Genehmigung des Zentralen Runden Tisches selbst und ohne jegliche Kontrolle auflösen durften...

Roland: Richtig. Nach diesem Papierchen wurde 1989 auf dem Flughafen München-Riem jemand mit meinen Namen, meinem Geburtsdatum und meinem Geburtsort von den

BRD-Sicherheitsorganen mit negativem Ergebnis überprüft. Zu diesem Zeitpunkt war ich in Rostock sehr, sehr beschäftigt. Offenbar war jemand mit meinen Personalien als Kurier in München. Dort wurde er wohl über den Funkweg überprüft und die Stasihacker haben das abgefangen und an meine aktenführende Kreisdienstelle geschickt.

Martin: Aber ich denke, daß gerade diese mangelhafte Datenübertragungssache die Ursache ist, daß vieles nicht so geklappt hat, wie sie sich das gedacht haben. Auf der einen Seite konnten die wenigen Dinge, wirklich effektiv gemacht werden. Ich kann mich noch erinnern, als ich damals in die C 64-Szene kam. So um 1986 gab es in Ostberlin vielleicht 50 oder 60 Leute, die diesen "Brotkasten" hatten oder den größeren Bruder, den 128er. Es wurden heftig Programme gekrackt und in der Szene gingen damals Ormig-kopierte Blättchen herum, auf denen man Programme ankreuzen konnte. Man war, wie es immer noch heißt, in einer Zirkulation. Irgendwann machte die Information die Runde, daß einer sich einen Akustikkoppler besorgt hatte, das sind die Vorgänger der Modems, die damals an den Telefonhörer angekoppelt wurden, um Datenfernübertragung zu machen. Das Gerücht besagte, daß er eine Viertel Stunde lang aus Westberlin Programme gesaugt hätte. Daraufhin hätte drei Sunden später vor der Tür die Stasi gestanden und sein Inventar mitgenommen und einen Tag später ihn selbst auch. Natürlich kann es auch sein, daß das ein Gerücht der Abteilung Desinformation war, aber der Vorgang ist nicht gerade unplausibel. Klar ist, daß im Zuge der Stasiauflösung herauskam, daß ir-

gendwo ein zweimal waschküchengroßer Apparat von Siemens stand, der in der Lage war, 64.000 Gespräche während der ersten Sekunden auszuwerten, die Interessanten nach Stichworten auszuwählen und gesondert aufzuzeichnen.

Roland: Das ist die Sache, die die NSA schon lange macht. Man kann davon ausgehen, daß in der Bundesrepublik alle, und zwar wirklich alle Auslandstelefongespräche per Computer abgehört werden. Die Computer wählen die Gespräche nach Stichworten aus wie beispielsweise "Terror", "Bombe", "RAF", "Gewaltlosigkeit", "Krieg", "Frieden", "CIA". Sobald der Computer fündig wird, schaltet sich ein anderer ein oder das Tonband läuft gleich an. Das System wäre natürlich an sich störanfällig, wenn alle Leute ihr Telefonat mit einer solchen Zeile von Stichworten beginnen würden. Aber letzten Endes funktioniert es leider.

telegraph: Was ist NSA?

Roland: Die National Security Agency.

Martin: Der Supergeheimdienst der USA, in der Öffentlichkeit wesentlich weniger bekannt als die CIA. Der CIA-Report sagt selbst, daß das weitaus größere Nachrichtenaufkommen und zwar von der Anzahl und der Wichtigkeit her von der NSA kommen.

telegraph: Macht der Bundesnachrichtendienst oder der Verfassungsschutz mittlerweile ähnliche Geschichten?

Martin: Das Einzige, was mir darüber bekannt ist, ist, daß ein Amt mit dem Namen BSI existiert, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie oder so ähnlich. Das ist ein Amt, das aus der Zentralstelle für Chiffrierwesen, ZfC, hervorgegangen ist, das seit den sechziger Jahren unter anderem Schiffriergeräte für den Diplomatenfunk gebaut hat. Das BSI ist vordergründig dazu eingerichtet worden, die Arbeit der Firmen zu überwachen, die die Datex-P-Vernetzung des Bundestages zu jedem Abgeordneten im Land und die Bundestagsmailbox einrichten. In zweiter Instanz hat die BSI einen Generalstab zur Verfügung, um technische Unterstützung für jede Art von Geheimdienstarbeit auf diesem Gebiet zu leisten. Die normalen

Geheimdienstler sind von der Methode her geschult, haben aber von der Technik nicht solche Ahnung. Sie brauchen technologische Unterstützung, wenn es um solche Herausforderungen geht wie den "Großen Lauschangriff"...

telegraph: ... das heißt allerdings jetzt nach einem Parlamentsbeschluß marktgerecht nur noch "Lauscheingriff"...

Martin: Sehr viel von der Zuarbeit, die in den Parlamentsausschüssen zur Aussprache kam, ist vom BSI ausgearbeitet worden. Die Geheimdienste haben Verbindungen; die Leute, die die eigentliche Arbeit machen, sitzen im BSI. Das BSI muß für den Großen Lauschangriff und den Clipperchip die Argumente liefern, die dann auch technischen Bestand haben.

Roland: Man müßte vielleicht erklären, was hinter Clipperchips steht. Der Staat hat das Problem, daß sehr viele Leute jetzt auf ihrem Schreibtisch Rechner haben, die früher ein ganzes Haus gefüllt hätten und ihre Informationen verschlüsseln können oder wollen, so daß nur diejenigen Zugang haben, für die diese Informationen bestimmt sind. Das bekannteste dieser Verschlüsselungsprogramme ist PGP (Pretty Good Privacy) und der Junge, der dieses Programm herausgebracht hat, hat in den USA ewig lang einen Prozeß wegen Geheimnisverrat gehabt...

telegraph: ... Nee, ich glaube wegen Waffenexport...

Roland: Ja, weil das ins Ausland gegangen ist und harte Verschlüsselungstechnik den US-Sicherheitsbestimmungen unterliegt. Die Regierungen kotzt es massiv an, wenn man so verschlüsseln kann, daß sie auf absehbare Zeit keine Chance haben, da heranzukommen. Man drückt also eigene Verschlüsselungsverfahren durch, die von solchen Spezialfirmen entwickelt worden sind. Bei den einen Verfahren weiß man, daß der Staat einen Schlüssel hat, bei den anderen kann man es vermuten. Anfangs wollte die US-Regierung sogar, daß die NSA komplett die Zweitschlüssel erhält.

Martin: Die NSA nicht, sie haben dafür eine offizielle Unterbehörde, die NCSA.

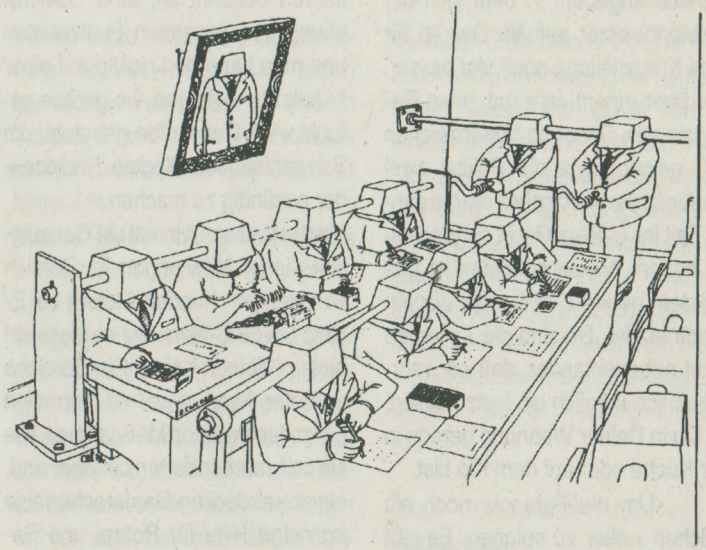
Roland: Fakt ist, daß das Staat den Zweitschlüssel zu dem eigentlich einfachen und billigen Verfahren des Clipperchips hat. Weil das zunächst über Verbot nicht möglich war, hat man das über die Preispolitik gemacht. In Frankreich ist seit ehedem das Verschlüsseln privater Nachrichten verboten.

Martin: Ja, das stimmt. Nach dem US-Verfahren gibt es dann Trustcenters, das sind Rechenzentren, die nichts weiter zu tun haben, als diese Unmengen Clipperchips zu verwalten, die dereinst in jedem Mobiltelefon und Faxgerät sein sollen. Diese Schlüssel sollen in diesen Rechenzentren bei Bedarf von jedem Geheimdienst abfragbar sein. In Deutschland gab es ähnliche Vorschläge dazu und man braucht nicht allzu viele Finger, um sich abzuzählen, daß das BSI dieses Trustcenter werden sollte. Und da ist, wenn ich das richtig verfolgt habe, sogar die FDP auf die Barrikaden gegangen.

telegraph: Ich will mal prophezeien, daß die FDP, wie beim Großen Lauschangriff, sehr schnell wieder von der Barrikade heruntersteigen wird.

Roland: Die Bestreben gehen dahin, daß man nur mit staatlich vorgegebenen Verfahren verschlüsseln darf und dort immer einen Zweitschlüssel hinterlegen muß. Offizielle Begründungen sind wie üblich wieder Kinderpornographie, organisierte Kriminalität und Terrorismus.

Martin: Was ich hinsichtlich der Repressionsmöglichkeit durch neue Technologien mindestens genauso spannend finde, ist das, was mit diesen Mobilfunknetzen und überhaupt dieser Funk- und Satellitentechnik



möglich ist. Diese Mobilfunktelefone werden über eine zentrale Stelle in dieses landes- oder kontinentweite Netz eingebucht.

Roland: Das Funktelefon hat eine geringe Reichweite und funkt den nächsten Turm an, der in mehreren hundert Metern oder Kilometern steht. Diese Funktürme, in die sich mehrere tausend Telefone einbuchen können, leiten die Informationen zu einem zentralen Funkturm und dem zentralen Steuerrechner weiter. Sobald man sein Gerät auch nur eingeschaltet hat, weiß der Zentralrechner jederzeit, wo man sich befindet. Und zwar auf wieviel Meter genau, Martin?

Martin: Naja, das ist ja das spannende. Umso dichter die Türme sind, umso genauer geht das. Es gibt in den Geräten auch eine feine Einstellung für die Entfernung zum nächsten Turm. Die Geräte können die Entfernung durch die Leistung des Turms messen und stellen die Sendeleistung darauf ein, damit die Batterie länger reicht. Genau diese Daten sind verwendbar und Du kannst, weil es immer mehrere Türme gibt, den Bereich angeben, in dem sich der Telefonbesitzer aufhält. Das ist für eine Kreuzpeilung noch viel besser. Vor über einem Jahr hat diese Denunzianten-Sendung "Aktenzeichen XY" gezeigt, wie die Polizei zwei Raubmörder verfolgt hat, die die ganze Zeit ihr C-Netz-Gerät angeschaltet hatten. Am schlimmsten ist das bei dem neuen E-Netz, das nur ein Stadtnetz ist. Da sind die Zellen so dicht nebeneinander, daß es wahrscheinlich möglich ist, festzustellen, ob Du in Deiner Wohnung gerade in der Küche oder auf dem Klo bist.

Um die Paranoia noch ein bißchen weiter zu spinnen: Es gibt ein ursprünglich für das Militär entwickeltes System, das von Reagan zivilisiert wurde und inzwischen auch schon von Sportfliegern verwendet wird, das GPS, Global Positioning System. Du hast ein Gerät, das Daten von Satelliten empfängt und Dir auf 300 Meter genau erzählen kann, wo Du bist. Das mit einem Comuter gekoppelt, ermöglicht natürlich für Flugzeuge und Schiffe genaue Kartensichten. Das ist natürlich sehr sinnvoll. Inzwischen gibt es Firmen, die Sicherheitsgeräte anbieten, die Du in Dein Auto einbaust. Die Geräte sind kleiner als das Handschuhfach und lassen sich in der Tür oder sonstwo einbauen. Und diese Geräte beinhalten eine Wegfahrsperre mit den GPS-Empfängern gekoppelt. Das Gerät leitet ständig Daten an die Zentrale dieser Firma zurück und Du kannst für DM X anordnen, daß das Auto in Deutschland bleibt und nicht beispielsweise über die polnische Grenze geht. Wenn das schon Private anbieten, ist es naheliegend, daß Geheimdienste diese Dinge schon länger machen.

Roland: In Hamburg gibt es, wie seit Jahren bekannt ist, eine Überwachung des gesamten Funkraumes und man kann dort richtig auf einer Landkarte verfolgen, wo gerade gefunkt wird. Das wurde gemacht, um Schwarzsender, illegale Radiosender ausfindig zu machen.

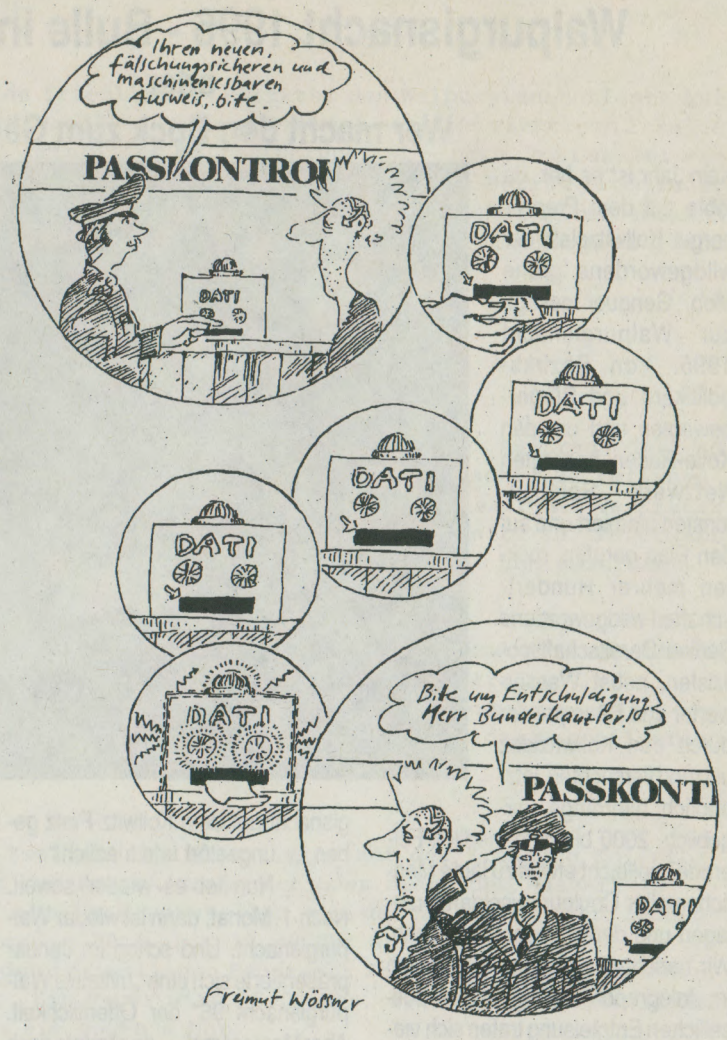
Martin: Lassen wir mal die Genauigkeit dieser Messungen im Bereich von wenigen hundert Metern bei E-Netz bis zu C-Netz, wo es vielleicht einige Kilometer sind. Die Bereiche darunter kann man mit normalen polizeitechnischen Maßnahmen, wie sie seit Jahrhunderten bekannt sind, einfach abdecken. Das ist schon eine irrsinnige Hilfe für Polizei und Geheimdienste. Man darf auch nicht vergessen, daß das Ganze auch ganz heftige wirtschaftskriminelle Gesichtspunkte hat, bis hin zu Überlegungen, das große Firmen entsprechende Dienstleistungen anheuern oder Firmen gegründet werden, die solche Dienste anbieten.

telegraph: Hinzu kommt natürlich die gewissermaßen schon konventionelle Technik, die Datenspur, die Du überall über Plastikkarten hinterläßt, von der Krankenkassenkarte über die EC-Karte bis hin zur neuen Bahncard, die jetzt zugleich eine Visacard ist. Seitdem bekomme ich noch mehr Anteilscheine für mein ganz persönliches Haus oder den ganz persönlichen Goldklumpen, den ich kriegen kann, wenn ich vorher alle Produkte dieser Scheißfirma kaufe. Sicherlich werden diese Plastikkarten eines Tages praktischerweise zu einer Karte zusammengelegt werden, aber ich denke, technisch ist es auf jeden Fall schon möglich, diese Daten zusammenlaufen zu lassen. Wie weit geschieht das schon?

Martin: Diese Datenspuren, die man überall hinterläßt, werden wahrscheinlich auch geheimdienstlich ausgebeutet, das mag sein. Aber ich sehe eine Mißbrauchmöglichkeit zunächst in dem immer größeren Datenvolumen, das irgendwelche Leute halten. Irgendwelche schwachsinnige Daten, die irgendwo von Dir gespeichert werden, um zu einem neuen Design der Kaufhallen zu führen oder zu einer Neugestaltung der Postämter, weil sie herausgekriegt haben, daß 87% lieber an den rechten Schalter gehen. Oder daß demnächst aus dem Automatenschlitz noch eine Kamera herausguckt, die ein Bild mit dem Gesicht vergleicht. Irgendwann sagt Dir das Ding: "Sie

sollen Ihre Karte nicht so oft verborgen!" So etwas wird regulierend wirken. Ich glaube nicht so sehr, daß diese Dinge staatlich-repressive Wirkung haben, sondern daß sie sehr viel mehr durch die Wirtschaft benutzt werden. Es kann gut sein,, daß der Staat, sobald sich die Bürger daran gewöhnt haben, dann nachzieht, beispielsweise mit namentlichen Abstimmungen per Modem. Die Schweizer Versicherungskarte ist ein bißchen ausführlicher als unsere, sie erlaubt die Abspeicherung der Krankengeschichte. Zu deutsch: Es kann Dir passieren, daß, wenn Du Dich in der AOK einreihen mußt, der Sachbearbeiter, bevor Du richtig Platz genommen hast, weiß, daß Du mal HIV-infiziert warst. Und das ist gar nicht lustig. Zur Zeit ist aber die Erhebung des Datensatzes nur für den entsprechenden Zweck erlaubt. Es werden aber nach dem Beispiel der Bahncard Verbindungen zwischen verschiedenen Firmen entstehen, etwa daß Du, wenn Du bei Wienerwald essen gehst, bei einer speziellen Benzinfirma den Sprit 20% billiger bekommst.

Roland: Wenn man pausenlos Informationen hinterläßt, kann man die nach tausend Kriterien abscannen. Jetzt gab es die Diskussion mit der neuen Telefonbuch-CD-ROM. Sie haben einfach nur das ganze Telefonbuch anders herum sortiert, nach Telefonnummer. Man sieht, was man allein aus einer für die Leute vorher völlig harmlosen Sache wie dem Telefonbuch machen kann. Man nimmt vorhandene Daten, soviel wie möglich und sortiert die nach Stichpunkten. Man muß aufpassen, wo man seine Adresse, seine Daten hinterläßt. Die Bausteine werden zusammengesetzt und ergeben ein Bild.



Mario: Dazu kommt die Umgestaltung der Medienlandschaft, sprich interaktives Fernsehen. Du wirst in Zukunft über Fernsehen Produkte kaufen können, wenn Du Deine ID hinterläßt.

Martin: Deine Kulturgewohnheiten werden erfaßt. Du wirst immer formbarer.

telegraph: Ich merke schon, daß wir uns nicht darüber einig werden können, ob die Konsequenzen dieser Technik bei Fortsetzung des etatistischem Systems mehr auf dem staatlichen Repressionssektor liegen werden oder, bei einer stärker neoliberalen Entwicklung in einer vollkommenen Umformung der menschlichen Gesellschaft durch wild gewordene Konzerne. Immerhin läßt sich zusammenfassend sagen, daß das durchaus beunruhigende Fortschritte sind seit den Zeiten, als man eine KGB-Wanze daran erkennen konnte, daß ein zusätzlicher Schrank im Zimmer war, im Garten ein neues Transformatorenhäuschen stand und um das Haus ein Peilwagen herumfuhr.

(Das Gespräch führte W. Rüddenklau)

Walpurgisnacht 1996 - Bulle in Bürgerkutte

oder

Wer macht den Bock zum Gärtner?

Kein Jahr ist es her, da tobte auf dem Prenzl´berger Kollwitzplatz der wildgewordene grüne Mob. Genauer gesagt, zur Walpurgisnacht 1995. Von Bezirkspolitikern und Bürgerbewegten und um den Kolle-Rasen besorgten Netzwerk Spielkulturisten alamiert und auf den Plan gerufen, rockten mehrer Hundertschaften wildgewordene Berliner Bereitschaftspolizisten, nebst Wasserwerfer und Räumpanzer durch den Kollwitzkiez und und versuchten, letzendlich allerdings vergeblich, 2000 bis dato friedlich Feiernde, vielleicht etwas zu laute Menschen aller Couleur auseinanderzujagen und deren Feuer zu löschen. Wir berichteten darüber ausführlich im „telegraph". In Folge dieser polizeilichen Entgleisung trafen sich viele direkt betroffene Menschen und formulierten Empörung und Unmut gegen die Polizei in ein Flugblatt, das im gesamten Stattteil verteilt wurde. Auf einer Bürgerversammlung, die sehr gut besucht war, wurde die Polizei fast einmütig als Hauptschuldiger der Gewaltätigkeiten benannt. Es wurden Konsequenzen wie Strafanzeigen, Pressekampagnien angekündigt.

Aber die Zeit heilt bekanntlich schnell Wunden und die Trägheit der Menschen wirkt ein übriges. So kam es, daß schnell Gras über die Sache wuchs. Eins war jedoch klar: 1996 sollte es wieder eine Walpurgisnacht auf dem Kollwitz-Platz geben, „...ungestört und friedlich!"

Nun ist es wieder soweit. Noch 1 Monat, dann ist wieder Walpurgisnacht. Und schon im Januar präsentierte sich eine „Initiative Walpurgisnacht 96" der Öffentlichkeit. Aber Moment mal...., da stimmte doch irgend was nicht. Da hieß es in ihrem Aufruf „...Im Gespräch mit Einzelpersonen, Initiativen; Angehörigen verschiedener politischer Gruppierungen, der Feuerwehr,... „ (Na Hopla, was ist das?!) „...., der Polizei und den zuständigen Abteilungen des Bezirksamts Prenzlauer Berg wurde ein abgestimmtes Konzept entwickelt, um dieses Ziel (Walpurgisnacht 96; d. red) zu verwirklichen." Nachtigal ick hör dir trapsen - was läuft denn da. Heißt es doch schon in der ersten Zeile, gegen wen es gehen soll: „...Eine fröhliche Walpurgisnacht, und keiner der Bock auf eine Straßenschlacht hat, kommt auf seine Kosten!..." Ist damit etwa die Randalesüchtige Berliner Polizei gemeint, oder wer soll hier hinterher als Buhmann herhalten? Sollen nach einem Jahr die Tatsachen verdreht werden. Fakt war doch, daß die Polizei..., aber lassen wir das erst mal.

Durch Zufall kamen wir in den Besitz des Konzeptpapiers für die Wälpurgisnacht 96. Und das ist erst recht starker Tobak und spricht für sich. Aus diesem Grund drucken wir es nachfolgend ab. Somit kann sich jeder ein eigenen Eindruck machen.

D.Wolf

P.S.:
Gut informierten Kreisen zufolge, wird bereits zu einer Gegendemonstration mobilisiert, und zwar für 22 Uhr am Wasserturm.

Konzept Walpurgisnacht 1996

0.Vorspruch:
Ziel dieses Konzepts ist den friedlichen Charakter des Walpurgisnachtfests auf dem Kollwitzplatz wieder herzustellen. Dieses Fest ist eine der wichtigen lokalen Nachwendetraditionen. Ihre friedliche Weiterführung ist - nach dem Debakel von 1995 - ein Anliegen, dessen Gelingen oder Scheitern über den Bezirk Prenzlauer Berg hinaus von Interesse sein wird. Deshalb kommt dem harmonischen und effektiven Zusammenwirken von Bürgerinitiativen und Behörden bei der Vorbereitung und Durchführung des Fests entscheidene Bedeutung zu.

1. Termin
Nacht 30.4. / 1.5. von 18 Uhr bis 4 Uhr

2. Veranstalter:
Projekte am Kollwitzplatz und Netzwerk Spielkultur im Auftrag der AG Walpurgisnacht, der weiter angehören: Initiative Walpurgisnacht, Betroffenenvertretungen Kollwitz-, Helmholtz-, Teutoburger Platz und Winsstraße, Vertreter der BVV-Fraktionen Prenzlauer Berg (ohne PDS), Polizeiabschnitt 76, Feuerwehr Prenzlauer Berg, Kulturladen, Natur-, Grünflächen-, Tiefbau- und Umweltamt.

3. Festplatz:
Neben dem Kollwitzplatz die Knaakstraße zwischen Kolmarer und Wörther Straße sowie die Kollwitzstraße zwischen Knaakstraße und Wörther Straße.
Das Straßenland wird auf Antrag vom Tiefbauamt für den Autoverkehr gesperrt und mit einem befristeten Parkverbot belegt. Die dafür erforderliche Beschilderung wird vom Tiefbauamt übernommen.

4.Feuer:
Es wird vier Feuer geben: Zwei auf dem Platz, eins auf der Kreuzung Kollwitz-/Knaackstraße und eins auf der Knaackstraße vor oder neben dem Wasserturm.
Die Feuer befinden sich auf mobilen Feuerstellen, die das Natur-und Grünflächenamt zur Verfügung stellt und am 30.4. bis 17.30 Uhr anliefert.
Sie werden von Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Prenzlauer berg entzündet, beaufsichtigt und gelöscht. Ein Feuer wird 18.00 Uhr, die übrigen gegen 21 Uhr entzündet. Gelöscht werden sie gegen 4 Uhr.
Das brennbare Material stellt der Veranstalter in Zusammenarbeit mit dem Natur- und Grünflächenamt bis zum 30.4. um 17.30 Uhr an den Feuerstellen bereit.

5.Sicherheit:
Es wird ein Ordnungsdienst gebildet. Den Leiter benennt der Veranstalter. Seine Mitglieder sind junge Freiwillige, die in den Betroffenenvertretungen Kollwitz-, Helmholtz-, Teutoburger Platz und Winsstraße sowie bei den Jusos, Bündnis 90/ Die Grünen und anderen dafür offenen Organisationen bzw.Vereinen geworben werden.
Der Veranstalter benennt eine Veranstaltungsleitung aus drei Personen (Mitglied PAK bzw.Netzwerk Spielkultur, Leiter Ordnungsdienst, Mitglied Initiative Walpurgisnacht 96). Sie verfügt über die Möglichkeit zu Durchsagen auf dem Festplatz.
Mit der Polizei gibt es eine Sicherheitspartnerschaft. Ein Polzeibeamter nimmt an der - vor der Veranstaltung stattfindenden - Einweisung der Mitglieder des Ordnungsdienstes in ihre Tätigkeit teil.
Bis zu zwei Poäzeibeamte erhalten in den hinteren Räumen der Kollwitzstraße 66 (gelbes Fenster) für die Dauer der Veranstaltung eine Arbeitsmögchkeit mit

Telefon. Ca 50-100 Polizisten in Zivil mit Armbinde beteiligen sich an der Sicherung des Festplatzes.
Die Bereitstellung von Einheiten derBereitschaftspolizei erfolgt so, daß sie vom Festplatz aus nicht zu sehen sind, nach Möglichkeit aber überhaupt nicht auf angrenzenden Straßen und Plätzen.
Diese Einheiten oder Teile davon werden nur in Absprache zwischen Veranstaltungsleitung und den Polizeibeamten vor Ort auf den Festplatz geholt.

6. Getränkeverkauf:
Durch die Gaststätten am Festplatz und im Umfeld werden Getränke während des Fests nur in Papp- oder Plastebechern verkauft. Die Kosten für die Bereitstellung. der Becher übernehmen die Gaststätteninhaber.
Der Veranstalter sorgt in Absprache mit dem Natur- und Grünflächenamt für Müllcontainer auf dem Platz; und Tiefbau- sowie Natur- und Grünflächenamt ordnen die Reinigung des Festplatzes durch die BSR am Morgen des 1.Mai an.

7. Programm:
Es beginnt um 18 Uhr mit einem Kinderfest, das von Projekten am Kollwitzplatz verantwortet und gestaltet wird. Das endet gegen 21 Uhr mit einem Umzug, bei dem - beginnend am Wasserturm - die Feuer entzündet werden. Es wird angestrebt, daß sich an diesem Umzug der Bezirksbürgermeister, weitere Politprominenz (Bezirksamtsmitglieder, Abgeordnete des Bundestages, des Abgeordnetenhauses,der Bezirksverordnetenversammlung Prenzlauer Berg) sowie die Akteure des Kulturprogramms beteiligen.
Ein solches Programm gibt es im Anschluß bis gegen 2 Uhr. Es findet dezentral an den Feuern sowie - für stillere Bestandteile, - in der Kollwitzstraße 66, im Ausstellungszentrum am Wasserturm, im Theater o.N. sowie in der Kinderbibliothek am Kollwitzplatz statt. Das Programm wird nicht durchgehend gestaltet, sondern läßt durch seine Pausen Raum für Eigeninitiativen der Festteilnhehmer; die Wiederholung der Freilichtkomponenten des Programms an den verschiedenen Feuern wird vom Veranstalter erwünscht.
Das Management für die Programmgestaltung übernimmt der Kulturladen. Bekanntgemacht wird es einerseits durch Plakate, andererseits durch Megaphone in den Händen von Mitgliedern des Ordnungsdienstes.

8. Finanzierung:
Nach diesem Konzept entstehen dem Veranstalter an folgenden Punkten Kosten: Bereitstellung und Transport des Feuerholzes, Aufstellung von Müllcontainern, Versicherung des Veranstalters, Kinder- und Erwachsenenprogramm; Plakate, Anzeigen u.ä. (s. Anlage); Technik für Durchsagen und Walkie-Talkies; Verpflegung der Ordner und Sanitätsdienst.
Es ist zu klären, wieweit Ämter und Behörden bei der Kostenminimierung helfen können. Unabhängig davon muß einerseits ein Kostenplan (s.Anlage,) erstellt und zum anderen die Finanzierung gesichert werden. Für letzteres ist dreierlei nötig:
a. Aufgrund dieses Konzepts muß das Bezirksamt seine Mittelzusage konkretisieren. Die bisher von Dr.Dennert in Aussicht gestellten 2 500,-DM werden nicht reichen.
b. Es muß ein Antrag auf BVV-Sondermittel gestellt werden, dessen Summe nach der Klärung des Bezirksamtsbeitrags konkretisiert werden kann.
c. Es muß ein Spendenaufruf verfaßt werden, mit dem bei Gaststättenbetreibern, Politikern und Bürgem um Spenden geworben werden kann (s. Anlage)
Für die ordentliche Verwaltung der Mittel ernennt einer der veranstaltenden Vereine eine(n) Finanzverantwortliche(n), die/der ein Unter- bzw. Sonderkonto

Walpurgisnacht einrichtet.
Initiative Walpurgisnacht 96, *beschlossen am 8.Januar 1996)*
Stand der Überlegungen (28. Januar 1996)
Öffentlichkeitsarbeit - Walpurgispacht 1996

Durch die Öffentlichkeitsarbeit für die Walpurgisnacht 1996 soll folgendes erreicht werden :
- Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit in den Printmedien, in Funk und Fernsehen und in den Häusern am Kollwitzplatz und am Wasserturm (im gesamten Kietz) soll im Vorfeld mit öffentlicher Information und (vielleicht dadurch) Diskussion eine Athmosphäre geschaffen werden, die für die Bewohner des Kietzes eine friedliche Walpurgisnacht zu etwas-Besonderem macht - und nicht umgekehrt.
- Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit kann vielleicht erreichen, daß sich im Vorfeld der Walpurgisnacht die Besucher sortieren, Wenn klar und deutlich, und dabei nicht unfreundlich, angesagt wird : Wir wollen friedlich feiern, keine Gewalt, kein Streß bitte. - Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit kann vielleicht erreichen, daß auch in anderen Stadtteilen Walpurgisfeuer entzündet werden, also Entlastung für den Kollwitzplatz indirekt erreicht wird.

Umsetzung
* Monatliche Informationen über den Stand der Dinge in der VorOrt.
Redaktionsschluß immer zum 20. des Monats, für den Folgemonat, Erscheinung dann immer am Anfang des Folgemonats.
Termine: 20. Februar, 20. März
* vierzehntägig Informationen in den beiden bezirklichen Werbeblättern über den Stand der Dinge durch redaktionelle Beiträge (kostenlos)
- falls das nicht gelingt, zumindest in der 1. und 2. Aprilausgabe Anzeigen mit Kundgabe der Absicht für eine friedliche Walpurgis
- monatlich Informationen über den Stand der Dinge für die „Mittendrin", in der Aprilausgabe evtl. mit Anzeige (200.- DM)
* kleine Flugblätter A5 zur Information der AnwohnerInnen im Kietz
Termin : Mitte April Vorabinformation und am 25. April zur Erinnerung mit Hinweis
auf Ausweichparkmöglichkeiten (unbedingt angeben - bei der Polizei nachfragen
Plakate und kleine Flugblätter zur Information in den Kneipen, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen des Kietz zu hinterlegen (ab Mitte April)
Für die Zeit davor:
Pressekonferenz am Freitag, dem 26. April um 1 1.00 Uhr auf dem Kollwitzplatz
Für die Zeit danach :
Pressekonferenz am Mittwoch, dem 1. Mai um 1 1.00 Uhr (falls Krawalle) oder Donnerstag, dem 2. Mai um 1 1. Uhr (falls friedlich)

Auf alle Fälle : danach Beiträge in allen Printmedien mit Berichten über den friedlichen Verlauf der Walpurgisnacht 1996

Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30. Mai bis 2. Juni 1996 in Berlin

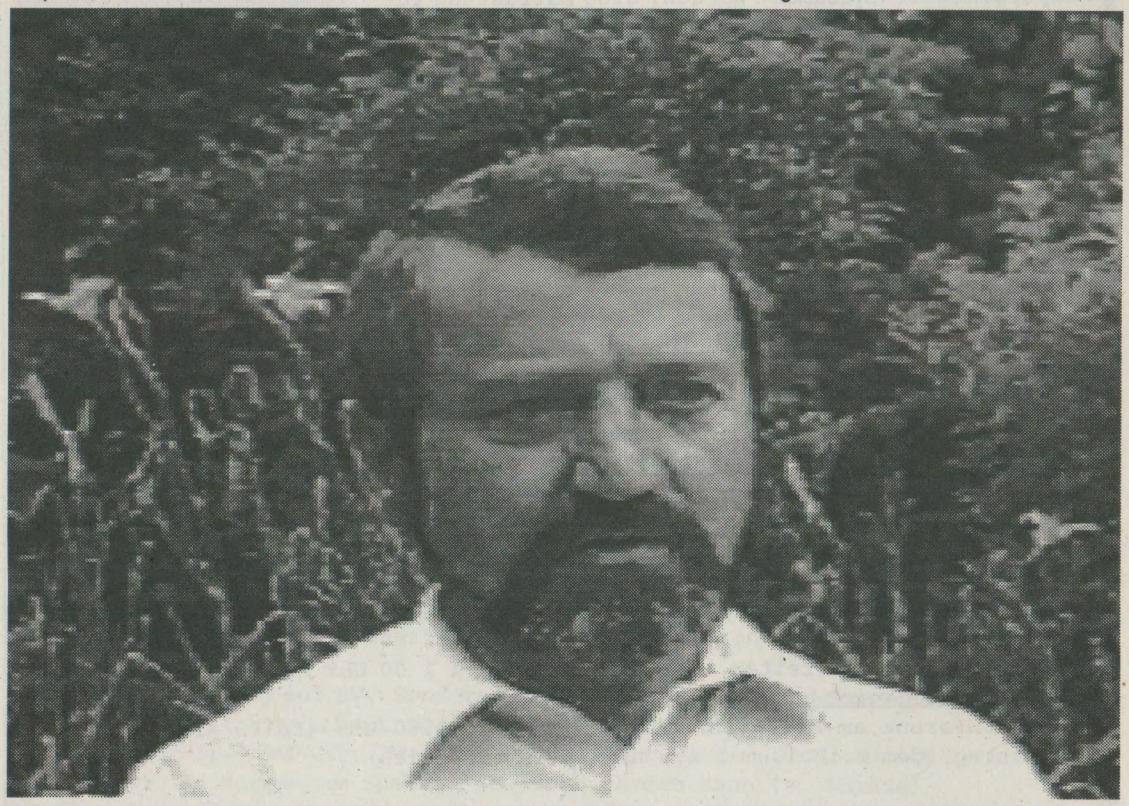
"Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern.
Es reicht, sie neu zu schaffen.
Durch uns heute."
(Subcomandante Marcos)

Im Januar 1999 gab die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Mexiko ihren Vorschlag zur Durchführung eines *Interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus vom 27.7.-3.8.97 in Chiapas* bekannt. Dieser wird unter weltweiter Beteiligung in den zapatistischen Gebieten stattfinden. Zur Vorbereitung schlug die EZLN kontinentale Treffen - auf denen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des Neoliberalismus in unseren jeweiligen Ländern diskutiert werden soll - in Amerika (La Realidad), Afrika (Ort ungewiß), Ozeanien (Sidney), Asien (Tokio) und Europa (Berlin) vor.

Wie alles anfing:

Am 1. Januar 1994 wurde Mexiko in die gemeinsame Freihandelszone mit den USA und Kanada, mit 370 Mio. VerbraucherInnen der größte zwischenstaatliche Binnenmarkt der Welt, integriert. Als ebenfalls am 1. Januar 94 indianische Aufständische im südöstlichen Bundesstaat Chiapas mehrere Städte besetzten und der mexikanischen Regierung den Krieg erklärten, ahnte noch niemand die Erschütterungen, die diese Rebellion auslösen würde.

Zwei Jahre später hat sich die Situation in Mexiko grundlegend verändert. Während die seit Dezember 94 von Präsident Zedillo geführte Regierung aufgrund wirtschaftlicher Rezession und interner Machtkämpfe in eine ernsthafte Krise geraten ist, hat die EZLN an politischem Einfluß gewonnen. Militärisch unterlegen und in den lacandonischen Urwald zurückgedrängt, haben die Zapatistas einen gesellschaftlichen Wandel eingeleitet, der die über 60 Jahre Herr-



Plakat an der Grenze des zapatistischen Gebiets: "Willkommen im lakandonischen Urwald, der Heimstätte der Gesetzesübertreter, der EZLN, dem Schlupfwinkel der Würde des Vaterlands!"

schaft der Staatspartei PRI ins Wanken bringt.

Der Aufstand der EZLN zielt nicht auf eine militärische Machtübernahme, sondern auf die Zerstörung der Machtzentren. Vielmehr stellen die Zapatistas ein politisches Gewissen dar, das auf der Suche nach einer neuen politischen Kultur ist. In der jetzigen Situation gehen von der EZLN Impulse zum Aufbau einer breiten und zivilen Oppositionsbewegung gegen die Einparteien-Diktatur aus. Das verbindende Element dieses neuen Bündnisses besteht in der gemeinsamen Ablehnung des auf alle Lebensbereiche wirkenden neoliberalen Modernisierungsprogramms der Herrschenden, das die bestehende Ungleichheit - nach Angaben der UNO leben 40 Mio. MexikanerInnen in Armut - zementiert und verschärft.

Was geht uns das eigentlich an?

DAS YA BASTA! der Zapatistas ist eine Kriegserklärung gegen das weltweite neoliberale Projekt, dessen Auswirkungen nicht überall einheitlich sind, jedoch einer Grundlage folgen: Menschen dienen ausschließlich den Verwertungsinteressen einiger weniger Konzerne - wer als Arbeitskraft oder Konsument/in nicht in den Vermarktungsprozeß integriert werden kann, wird ausgegrenzt. Ob in der Europäischen Union (EU) oder der Noramerikanischen Freihandelszone (NAFTA), die neoliberalen Programme hinterlassen weltweit - wenn auch unterschiedlich brutal - schmerzhafte Spuren. Durch Privatisierungen, Rationalisierungen, steigende Lebenshaltungskosten, Lohnsenkungen, Sozialabbau und Einschränkungen im Gesundheits- und Bildungsbereich ... werden immer mehr Menschen - durch patriarchalische Herrschaft insbesondere Frauen - an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Während transnationale Firmen „grenzenlos" agieren, wird die „Festung EU" hermetisch gegen alle Flüchtlinge abgeschottet.

Die Aufforderung der Zapatistas an alle Kontinente, sich über neue Projekte emanzipatorischer Politik zu verständigen, sehen wir als Chance an, internationale Solidarität mit der Suche nach neuen Perspektiven hier bei uns zu verbinden. Das *1. Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus* ist nicht nur als Unterstützungsveranstaltung für die EZLN in Mexiko gedacht. Vielmehr soll auf dem Forum eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen neoliberalen Politik geleistet, Erfahrungen über unsere jeweiligen Widerstandsformen ausgetauscht und sich über koordinierte politische Aktionen gegen die Neue Weltordnung verständigt werden.

Und so geht es weiter:

Die inhaltliche Vorbereitung des 1. Europäischen Treffens soll von den verschiedensten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen verantwortlich getragen werden. Dabei sollen die verschiedenen Themen unter den drei Aspekten *Analyse, Widerstandsformen* und *Perspektiven* diskutiert werden.

Organisatorisch ist es folgendermaßen gedacht:
Eine kurze Darstellung der eigenen politischen Arbeit und /oder ein konkreter Vorschlag zu einer Arbeitsgruppe auf dem Treffen wird zu einem Sammelpunkt in der Schweiz geschickt, da diese fünfsprachig arbeiten kann (spanisch, französisch, italienisch, englisch und deutsch). Dort werden die Inhalte sortiert und Kontakt zwischen den Gruppen hergestellt, die zu einem gleichen Thema arbeiten, sodaß ein Austausch und die inhaltliche Koordination der AG schon im Vorfeld des Treffens möglich ist; z.B. eine Gruppe in Dänemark und eine in Spanien, die zur Migration arbeiten. Wichtig ist, daß die Teilnehmenden nicht nur politische Stellungnahmen konsumieren, sondern ihre eigenen Ideen für das Treffen vorbereiten und einbringen. Die drei Aspekte *Analyse, Widerstand* und *Perspektiven* sollen wie ein roter Faden jede AG begleiten.

Selbstverständlich sind auch alle Frauen und Männer, die nicht politisch aktiv sind, herzlich zur Mitarbeit eingeladen.

Für Kinderbetreuung ist auch gesorgt.
Als Ergebnis des Treffens wünschen wir uns, daß sich aus den Arbeitsgruppen und Diskussionen heraus erste Ansätze einer dauerhaften europaweiten Vernetzung der derzeit noch vielfach isolierten Gruppen und Initiativen ergibt und so eine Basis für die weitere Zusammenarbeit in den Ländern Europas geschaffen wird.

Der Funke hat gezündet. Wir haben ihn aufgenommen. Lassen wir ihn nicht verlöschen. YA BASTA!

Sammelpunkt der Themen:
Solidaridad Directa und Mexiko-Gruppe im FDCL
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel. 6946101 (Mo 20 Uhr)

Solidaridad Directa
Postfach 8616
CH-8036 Schweiz
Fax 00-41-1-2719012

Wir benötigen dringend Spenden für das 1. Europäische Treffen:
Mexiko-Gruppe, B. Mulfinger,
Berliner Volksbank, Kto. 12017200,
BLZ 10090000

Kommentar: Sind Soldaten Tiermörder?

Durch den Mediendonner der letzten Wochen haben auch wir es mitbekommen: Das Ansehen der Bundeswehr ist gefährdet. Auch in der DDR waren die Herrschenden um das Prestige ihrer Vaterlandsverteidiger besorgt. Zur Erinnerung § 220, Abs. 1 des Strafgesetzbuches der DDR lautete: „Wer in der Öffentlichkeit die staatlichen Organe oder staatliche Ordnung, Einrichtungen oder gesellschaftliche Organisationen oder deren Tätigkeit oder Maßnahmen herabwürdigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft." Was für das Renommee der NVA gut war, erschien dem neuen Justizminister Schmidt-Jortzig für das Ansehen der Bundeswehr offenbar billig. Nicht nur den Tatbestand der „öffentlichen Herabwürdigung" sondern auch der Strafrahmen sind in den Gesetzesvorschlag seines Ministeriums übernommen worden. Nur die Aufnahme des „öffentlichen Tadels" erschien ihm wohl zu peinlich. Die Oberdemokraten der Unionsfraktion im Bundestag halten gar einen höheren Strafrahmen (bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe) für sinnvoll.

Doch, wie schade Bundeswehr, alle angestrengten Bemühungen, dein Ansehen in der Öffentlichkeit zu schützen, werden ausgerechnet von der Wehrbeauftragten des Bundestages, Claire Marienfeld, gnadenlos torpediert. Ihr Patentrezept heißt für die Oliv-Grünen rein in die Öffentlichkeit. Die „geräuschlose Bundeswehr ist nicht immer angebracht", meint Claire. Stattdessen sollen die Soldaten nicht nur auf ihren Truppenübungsplätzen sondern mehr im öffentlichen Gelände üben. Die Tieflugopfer werden es zu schätzen wissen. Oder die Menschen, die in den niedersächsischen Dörfern zwischen den Übungsplätzen Munster und Bergen wohnen, über deren Köpfe die Artillerie das Schießen von Munster nach Bergen oder umgekehrt übt. Unbestätigten Gerüchten zufolge soll dabei schon so manche Kirchturmspitze draufgegangen sein. Aber, Frau Claire, wie wäre es, wenn sich das in Storkow bei Berlin auf seinen Bosnien-Einsatz vorbereitende Pionier-Bataillon 801 passend zum Osterfest ein paar Minenfelder verlegt. Ein heiteres Eiersuchen im Minenfeld dürfte die Zeit der Geräuschlosigkeit beenden. Marine-Manöver im Strandbad Wannsee dürften für ein noch größeres Publikum sorgen. Vorausgesetzt das Wetter stimmt.

Noch besser aber ist Claires Feststellung, daß sich der Fraß beim Bund vervollkommnet hat. In ihrem kürzlich vorgelegten Jahresbericht 1995 glaubt sie, daß „die zur Verbesserung der Verpflegung bereits in vielen Truppenküchen angebotene Komponentenverpflegung mit Tauschmöglichkeiten einzelner Kostbestandteile" das Niveau des Wiener Schnitzel mit Standardbratensoße angehoben habe. (Red: In der DDR hieß das immer "RGW-Verbundsoße"). Also, Ihr Gourmets, auf zur Bundeswehr! Pech hat aber, wer Vegetarier und Gourmet zugleich ist. Die Hardthöhe hat nämlich bemerkt, daß das Vegetarier-Dasein ungesund ist. In einem vom Verteidigungsministerium 1990 herausgegebenen „Merkblatt für Wehrpflichtige mit besonderen Kostformen" heißt es, daß für den Vegetarier in Uniform „auf Anweisung des Truppenarztes für einen Zeitraum von bis zu 6 Wochen Schonkost verordnet werden" kann, um den Übergang vom Körnerfresser zum ordentlichen Soldaten zu erleichtern. Nicht nur diese Schonkost, nein auch die „allgemeine Verzehrgewohnheiten berücksichtigende Mischkost", die der gemeine fleischfressende Landser zu sich nimmt, ist nach „gesicherten(!) ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen zusammengesetzt". Derart gesichert ernährt, hat der nach Ansicht der Hardthöhe an Blutarmut leidende Vegetarier schnell seinen Vitamin B 12- und Eisenmangel überwunden. Dabei könnte doch eine aus blutlosen Vegetariern bestehende Kompanie die Storkower Blauhelme im bosnischen Einsatzgebiet beschützen, wenn aus dem benachbarten Transsylvanien einfallende Vampir-Horden die Lage auf dem Balkan noch unübersichtlicher machen wollen.

Übrigens, Ihr noch immer nicht pazifistischen Gourmets, seid Ihr einmal beim Bund, gibt´s kein zurück mehr. Nach § 18 des Soldatengesetzes ist die Teilnahme an der Komponentenverpflegung mit Tauschmöglichkeiten einzelner Kostbestandteile eine Dienstpflicht.

Es kommt aber noch schlimmer für die Bundeswehr. Bisher für Generationen von Bundeswehr-Landsern sinnstiftender Spruch über die 1955 wieder eingeführte allgemeine Wehrpflicht war das Zitat des früheren Bundespräsidenten Theodor Heuss: „Die allgemeine Wehrpflicht ist ein legitimes Kind der Demokratie und ihre Wiege liegt in Frankreich." Und nun schaffen ausgerechnet die Franzosen die Wehrpflicht ab, was Minister Rühe zu der Bemerkung veranlaßte, daß dadurch das Konzept der Wehrpflicht-Armee in Deutschland gestärkt werde. Schon 1993 bestritt der von der Hardthöhe hochbezahlte Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI), Prof. Fleckenstein, im Berliner Tagesspiegel eine „wesensgemäße Entsprechung von Demokratie und Wehrpflicht". Der „ideologische Qualm" (Fleckenstein) hat dem Rühe wohl das Gehirn vernebelt.

Tja, Bundeswehr, derart ansehensmäßig ungeschützt, bleibt nur noch ein Maulkorb für Frau Claire und Volker oder öffentlicher Tadel oder als harte Strafe eine Fünf-Gänge-Menü aus austauschbaren Komponenten einer Bundeswehr-Feldküche. mb

Fünf Jahre danach und fast vergessen

Über die Hausbesetzungsbewegung in Ostberlin

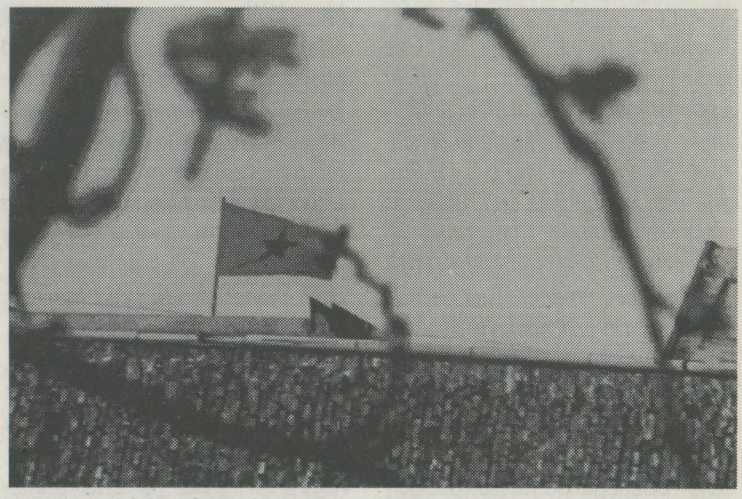
Letzter Teil

In diesem letzen Teil soll es nun hauptsächlich um einen Teil der Kunst-, Kultur- und Kneipenscene gehen, die durch die Besetzerbewegung in Ostberlin völlig neuen Antrieb bekam, aber sehr schnell in Dekadenz, Geldgier und Arroganz verfiel.

Kunst, Kultur und Suff! Eine Neue Szene entsteht aus dem (fast) nichts.

Wollte man zu DDR-Zeiten außerhalb der staatlich kontrollierten Klubs und Einrichtungen Kultur genießen, mußte man sich mit sehr faden Angeboten begnügen. Im Prinzip gab es, wenn man Berlin außer acht läßt, praktisch nichts. Hier und da versuchten zwar immer wieder Leute in Kellern, Hinterhöfen oder privaten Wohnungen Projekte zu starten, doch war die Ordnungsmacht sehr schnell dabei und unterband dies. Die Akteure wurden nicht selten bedroht und Hartnäckige kurzerhand eingesperrt oder in die BRD abgeschoben. Einziger sicherer Ort war auch hier die evangelische Kirche. Allerdings griff auch sie verstärkt in die Aktivitäten ein und versuchte zu reglementieren oder zumindestens gewisse, die Beziehungen der Kirche mit dem Staat zu schädigende Entwicklungen zum bremsen. Dies war von vornherein für viele Künstler Abschreckung genug um diese vermeintlich sichere Variante auszuschließen.

In Berlin war dies immer etwas anders. So boten hier verschiedene evangelische Kirchgemeinden vorbehaltlos Raum für Auftrittsmöglichkeiten, zum Proben usw. So wurden zum Beispiel die Bluesmessen in der Samariterkirche, zu denen die Menschen aus allen Teilen des Landes kamen, zum Symbol für alternative Musik außerhalb der Staatsräson. Ein anderes Beispiel waren die Punk-Festivals Ende der



Achtziger auf dem Gelände der Ostberliner Erlöserkirche zu denen auch Punkbands aus anderen osteuropäischen Ländern kamen. 1988 entstand dann das einzige unabhängige, selbstorganisierte und -verwaltete Jugendzentrum in der DDR, die Kirche von Unten (KvU). Hier konnten regelmäßig Künstler unzensiert auftreten. Außerdem gab es einen regelmäßigen Treffpunkt, der so auch in Ostberlin kaum exististierte.

Eine ganz andere Szene entwickelte sich besonders im Prenzlauer Berg. Ein Kreis von jungen Literaten traf sich hauptsächlich in privaten Wohnungen. Jedoch war ein öffentliches Auftreten praktisch nicht möglich. Leider blieb dadurch die öffentliche Resonanz sehr gering.

Die Wende bracht dann für die Untergrund-Kultur-Szene in Ostberlin einen völlig neuen Aufbruch. Die Künstler verließen mit viel Elan ihren Hinterzimmer und Kellerräume, gründeten Verlage, eröffneten Galerien, Theater, Konzertstätten.

Künstler werden Hausbesetzer

Für ihre Projekte benötigte die Künstlerszene geeigneter Räumlichkeiten. Die standen zu Hauf leer. Also ergriff ein Teil der Szene die Chance und besetzte. Zwei repräsentative Beispiele spiegeln hierbei das ganze Dilemma exemplarisch wieder.

Am 17. Januar 1990 besetzten die drei Rockbands „Ich-Funktion", „Firma" und „Freygang" zusammen mit Freunden das Haus Rosenthaler Str. 68. In einer Selbstdarstellung schrieb die „Kulturoperative `Eimer´": *„...Anliegen ist, eine eigenständige Kunst-, Kultur- u. Kommunikationszentrum zu errichten, das es ermöglicht, einen selbstbestimmten Austausch mit in- und*

ausländischen Gruppen und verschiedenen Kunstformen zu ermöglichen...". Weiter erklärt man, daß man das vom Abriß bedrohte Haus retten und schützen will. Als Zielstellung wird die Schaffung von eines Konzert- und Aufführungsraumes, eines Cafes, von Aufnahmestudios, Proberäumen, Büros und Übernachtungsmöglichkeiten für Künstler genannt. Weiter heißt es dann sehr pathetisch: *„...unser Lebensmodell ist es, in einer gefährdeten Welt die vorgefundene Zerstörung anzunehmen und uns im Prozeß unseres Lebens und Arbeitens unseren eigenen Kulturraum zu schaffen. (...) In der vom Regen in die Jauche gekommenen Gesellschaft bitten wir alle politischen Kräfte, unsere Kulturoperative und ähnliche Unternehmungen zu unterstützen. Wir fordern eine freie Jugendpolitik...".*

Doch bereits ihre ökonomischen Überlegungen lassen deutlich werden, daß von Anfang an ein wesentlicher Aspekt des Unternehmens „Eimer" die Erwirtschaftung von „Gewinnen" war und es um die schnellstmögliche Erlangung eines „legalen" Status durch Nutzungsrecht, Pacht oder Kauf ging: *„... das Haus, (...) wird sich nach Fertigstellung selbst finanzieren. die erwirtschafteten Gewinne fließen in die Finanzierung der Kulturoperative...".*

Sowie es möglich war, begann man im Eimer mit der Erwirtschaftung von Gewinnen. Hierbei wurde danach gestrebt, durch Einlasser/Rausschmeißer, sowie für damalige Verhältnisse überteuerte Einlaß- und Getränkepreise die Kundschaft zu regulieren, ganz nach Nachtclubmanier.

Dieses Juppi-Gebahren führte unter den meisten anderen Ostberliner Hausbesetzern zu Unmut. Zwei Besetzer aus dem Haus Köpenicker Str. 137 schilderten einen Konzertabend im Eimer am Abend der Volkskammerwahl am 18. März 1990: *„...Die Lederstrotzenden Einlaßbullen verlangten doch glatt 10 DM Eintritt pro Person. Auf den Hinweis, daß wir auch Besetzer und nicht Besitzer sind, wurde nicht eingegangen. Im Gegenteil, von den Westberlinern verlangte man/frau das Ganze in harter Währung. Dem wohl verständlichen Zorn (ein solcher Abend, ein besetztes Haus und dann diese Leute...) setzte einer der Herren das Angebot entgegen, daß wir mal kurz reingehen könnten und uns die Lichtshow ansehen dürften... Und schließlich hätte man/frau vier Bands (welche Band spielt an einem solchen Abend in einem besetzten Haus für Gage?).*

Es grenzt an Verarschung , wenn mir ein Typ im „Szene"-Look mit dem Hinweis auf die Lichtshow die Knete aus der Tasche ziehen will. Anders Sein, das nur anders aussieht, können wir getrost vergessen. Wenn die Leute aus dem Eimer eine kommerzielle Bude betreiben wollen, dann sollten sie doch lieber eine schicke Diskothek aufmachen..."

Ähnliche mündliche Bericht gibt es etliche. Da ist zum Beispiel davon die Rede, daß die Einlasser des Eimers Leute wegen ihrer jeweiligen Nase nicht hineinließen, oder sexistische Beleidigungen gegenüber weibliche Gäste äußerten, um nur einiges zu nennen. Die Bitte seitens anderer Besetzer, daß Vertreter des Eimers zum Besetzerrat kommen sollten um mal darüber zu diskutieren, entsprangen natürlich naiver Gutgläubigkeit. Die Eimer-Betreiber interessierten sich nur dann für die anderen Häuser, wenn es für sie von Nutzen war, so zum Beispiel um den 20. April 1990, als zu befürchten war, daß der Eimer von Nazis angegriffen wird, was dank rechtzeitig zusammengekommener Leute, auch aus anderen besetzten Häusern, verhindert werden konnte. Und natürlich war es für die Eimerleute anfänglich von Interesse, in Hinblick auf schnelle Verträge um jeden Preis, sich zumindestens pro forma im Verbund der besetzten Häuser zu bewegen. Als diese schnellen Verträge mit den anderen Häusern nicht zu machen waren, verlegte man sich sehr schnell auf separate Verhandlungen. Was sonst in den anderen Häusern und um sie herum passierte, politisch, sozial usw. interessierte die Eimer-Leute nie sonderlich.

Ein andres Beispiel für Hausbesetzung von Künstlern ist das Haus Schönhauser Allee 5. Diese Besetzung begann erst einmal mit einer Art hinterlistigem Ideenklau. Schon Wochen vor dem ursprünglichen Besetzungstermin, dem 13. 01. 1990, trafen sich in der Umwelt, Bibliothek, damals noch in den Räumen der Zionsgemeinde in der Griebenowstraße, Vertreter der UB, der grünen Liga, einer Gruppe Lesben und der Autonomen Antifa, bis dahin noch Teil der Kirche von Unten. Diese Gruppen planten die Besetzung des sehr großen mit Seitenflügeln und Quergebäuden versehenen Hauses Schönhauser Allee Nr. 5, um dort ein Politischen Zentrum für Ostberlin zu schaffen, ähnlich dem Mehringhof in Kreuzberg.

Alles war vorbereitet, Transparente gemalt, sogar eine Videokamera wurde aufgetrieben. Nun kam es zu dem unglücklichen Zufall, daß der damalige Sänger und Chef der Rockband Feeling B, Aljoscha, durch eine Indiskretion eines UB-Mitglieds von diesem Vorhaben erfuhr. Daraufhin ging dieser Aljoscha zu damaligen Kommunalen Wohnungsverwaltung Prenzlauer Berg und erklärte er hätte das Haus Schönhauser Allee 5 besetzt und erwirkte, wie auch immer, ein vorübergehendes Nutzungsrecht für sich und weitere vier Personen. Als

sich nun am 13. Januar etwa 50 Menschen der oben genannten Gruppen vor dem Haus Schönhauser 5 einfanden, war das Erstaunen groß, als Herr Aljoscha Feeling B mit seinem Schriftstück wedelnd vor dem Eingang stand und erklärte, er werde die Polizei holen wenn die Leute versuchen würden, an ihm vorbei die Räume der Schönhauser 5 neu zu besetzen. Während nun das Zentrum-Projekt aus Ermangelung eines ähnlich geeigneten Hauses auseinander fiel, verwalteten Aljoscha und Co. eifersüchtig ihren erworbenen leerstehenden Wohnraum. In der Folgezeit gründeten sie den Verein Widox, mit dem sie dann auch zu verschiedenen wahlen teilnahmen. Heute ist das Haus zu einer Art Stätte des alternativen Musik-Kommerz mit Probenräumen, Tonstudios, Musikanlagenverleih, Kneipe etc.

Ein drittes, für meine Begriffe negatives Beispiel, stellt das Tacheles dar, das besetzte ehemalige Studio-Kino Camera in der Oranienburger Straße in Berlin Mitte. Zwar entstanden auch hier ungeahnte Möglichkeiten für Künstler, doch war man auch hier sehr darauf bedacht gegenüber den sogenannten politischen Häusern Distanz zu wahren und das auch in der Öffentlichkeit. So distanzierten sich Tacheles-Bewohner in der SAT1-Talk-Show „Talk im Turm" vom militanten Widerstand in der Mainzer Straße. Schon im Sommer 1990 fiel das Tacheles negativ auf, als einige der Aktivisten des Künstlerhauses versuchten, eine Podiumsdiskusion mit Kadern der Faschistischen Nationalen Alternative zu initiieren die in der Akademie der Küste stattfinden sollte. Allerdings wurde dies durch eine Blockade von Hausbesetzern und Antifas, verhindert. Als dann im Herbst 1990 auch dem Tacheles ein Naziüberfall drohte, faßte die feige Künstlerschar vorübergehend den Entschluß, das Haus zu verlassen und aufs Land zu ziehen. In der Folge schlug auch das Tacheles sehr schnell in Richtung Kommerz ein und avancierte zu Hauptattraktion auf der Juppi-Touri-Meile Oranienburger Straße.

Parallel dazu entstanden in anderen besetzten Häuser ebenfalls Kunstprojekte, Gallerien, Probe- und Konzerträume. Der Unterschied war, daß diese sich auch politisch und aktiv in die Häuserbewegung einbrachten.

Keine Kneipen in der Zone

Auch die Kneipenstruktur in der DDR war mehr als dürftig. In den sogenannten gastronomischen Einrichtungen von HO und KONSUM, die bis auf wenige Ausnahmen bereits um 22 Uhr schlossen, waren alternative Formen von Zusammensein so gut wie nicht möglich. Kaum entwickelte sich etwas Derartiges, schon schritt die Staatsmacht ein.

In Ostberlin gab es so zum Beispiel die Kneipe Franken in Berlin Mitte, die sich etwa um 1987/88 zum beliebten Treff von Punks, Oppositionellen, Ausreisern und Künstlern entwickelte. Die Staatsmacht, der dies ein Dorn im Auge war, reagierte prompt. So wurde die Kneipe mehrmals für mehrere Wochen geschlossen oder das Personal ausgetauscht.. Man versuchte auch die Zahl der Gäste einzuschränken, indem angewiesen wurde, daß nur soviel Leute in der Kneipe sein dürfen, wie Sitzplätze vorhanden waren. Als dies alles nichts half, wurde der Franken 1988 unter dem Vorwand hygienischer Fragen endgültig geschlossen. Eine andere Kneipe die zum sogenannten „Szene-Treff" avancierte, war der „Spreewald". Die Kneipe im Prenzlauer Berg Duncker/Ecke Stargarder Straße, besaß die Sonderkonzession, Samstags bis 01.00 Uhr geöffnet zu haben. Samstag zwischen 20.00 und 01.00 Uhr tummelte sich ein buntes Gemisch von Leuten in der Kneipe und oftmals schmiß das Personal den letzten Kunden erst gegen zwei Uhr raus. Erstaunlicherweise griff hier die Staatsmacht nie ein.

Auf besetzte Häuser folgten besetzte Kneipen

Als die ersten Häuser besetzt wurden, entstand in einigen sogenannte Besetzer- und Info-Cafes. Neben dem Versuch, politische Informationen zu transportieren und über die Hausbesetzerbewegung zu informieren, fungierten sie als Treffpunkt und als Anlaufangebot für die umliegenden Bewohner. Nebenbei wurden diverse Getränke mit einem kleinen Aufpreis verkauft. der Gewinn floß in die Bau-Kasse für die Häuser oder ging an Soli-Konten für diverse Projekte.

Neben diesen Info-Cafes entstanden vor allem im Prenzlauer Berg Szene-Kneipen in besetzten Ladenräumen. So zum Beispiel das Cafe „Westphal" am Kollwitzplatz, das „Seifen und Kosmetik" in der Schliemannstraße, oder die „Kommandantur" am Wasserturm. Diese Kneipen, anfangs auch kollektiv geführt, unterschieden sich in einen Punkt sehr wesentlich von den Info-Cafes. Sie waren von vornherein kommerziell ausgerichtet. Bei einem Minimum an Investition (Möbel vom Sperrmüll, nur notdürftige oder gar keine Klos) wurde versucht, ein Maximum an Gewinn herauszubekommen. So wurden die Preise für ein 0,33-Liter-Bier allgemein auf 1, 50 M festgelegt später schnell auf 2, 00 DM und kurz vor der Währungsunion noch einmal auf 3,00 M angehoben. Hierbei konnte man schnell eine gewisse Kartellbildung beobachten., aus der jedoch auch kein Hehl gemacht wurde. In einer *„Presserklärung einiger Ostberliner Cafes"* wurde über ein gemeinsames Treffen dieser Cafes vom 15.5.90 informiert, auf dem es unter anderem im Tagesordnungspunkt vier um *„Verständigung über Preispolitik"* ging. Diese Preispolitik führte vorübergehend zu Verstimmungen unter der

geschätzten Kundschaft. Doch hatten die Wirte ihre Rechnung sehr wohl mit ihren Gästen gemacht, den die Verstimmung machte schnell dem Bedürfnis nach den lang vermißten Alternativen zu den Styropurtisch-Trinkhallen der HO Platz., für die man auch gern etwas drauf zahlt.

Dieser Zustand, veranlaßte damals einen Mitarbeiter des „telegraph" zu einem Kommentar:

Alternativer Kapitalismus (aus „telegraph" Nr.10 vom 31. Mai 1990)
In letzter Zeit mehrt sich der Unmut über einige Erscheinungsformen innerhalb der Haus- und Objektbesetzer-Innenbewegung in Ost-Berlin (und ebenso zumindestens auch in Dresden). Es geht um Geld, genauer darum, daß ein kleiner Teil den Anderen „das Geld aus den Taschen zieht „

Besetzungen sollten nicht nur Wohnraum, Lebensraum vor Abriß, Verfall und Spekulationen schützen, sondern sie sind Ausdruck von autonomen, selbstverwalteten Lebens. Und dazu gehören auch Kommunikationsräume, Kneipen, Cafes.

Aber immer mehr scheint es, daß es den Betreiberinnen von einigen Cafes, Kneipen um etwas völlig anderes geht.

Szene bleibt Szene, aus! Dies geht aber an der Realität vorbei. Denn es gab und gibt nicht die Szene. Der politische Teil ist der kleinste. Es klingt platt, ist aber doch wahr. der fehlende politische Idealismus bringt einige Leute dazu, im Besetzungsflair ein Exquisit-Cafe zu betreiben. Auf der einen Seite PDS-Fähnchen, Bündnis 90-Aufkleber bis „Heroin-Dealer raus"-Plakate am Tresen und auf der anderen Seite Flaschenbier (im Laden -,61 M) für 1,50 bis 2,00 M (Camera Kino [Tacheles, d.Aut]), Käse-Toast für 3,00 M... Es kristallisiert sich genauer heraus, welches Cafe für die Leute da sein will, oder wo vielmehr die Leute für die Geldkassetten der Cafes da sind. Und wo bei drohenden Faschisten-Aktionen freundlich weiter Alk ausgeschenkt wird. Ohne Kommentar!

Natürlich ist diese Entwicklung nichts DDR-Originelles. Im Kapitalismus wird eben, dort wo ein Engpass ist, entsprechend mehr Geld verlangt. Marktwirtschaft pur!

Schon vor Monaten und Jahren zeigte sich wer politisch solidarisch war und wer nicht.

Schon damals war zum Kotzen, wenn z.B. ein sogenannter oppositioneller Fotograf Harald Hauswald 100,00 M Miete pro Abend für „seinen" Videorekorder von politischen Gruppen nahm. Oder einige Musikanlagen-

Vermieter ihre Hand bei Soli-Konzerten aufhielten.

Angewiesen auf die Deli-Cafes ist mensch so lange, bis andere Räume geschaffen werden. Ansätze gibt es ja, z.B. in der ollen KvU halten sich die Preise auch konstant.

Verständlich wäre es, wenn die Cafes West-Touries (auch Szene-touries) ausnehmen und das erbeutete Geld an selbstverwaltete Projekte, für die Antifa-Kasse oder an „Waffen für El Salvador" geben würden... .

Aus radikalen BesetzerInnen-Bewegungen Westeuropas sind Entwickluingen bekannt, die für uns nachvollziehbar sind und die Aspekte der dargestellten Probleme im gesamtgesellschaftlichen Kontext setzen, wie in Halim 1975.

Die Bewegung „Autonomia creativa" z.B. propagierte die Politik der unmittelbaren Wiederaneignung des eigenen Lebens. In der Praxis wurden Supermärkte geplündert, Jugendclubs als kollektive Treffpunkte besetzt, die Zerstörung der eigenen sozialen Struktur durch Heroinkonsum bekämpft, indem Heroindealer überfallen und verprügelt wurden. Sie verschafften sich kostenlos Eintritt zu Musikveranstaltungen, fuhren schwarz und überrannten das Kinoeinlaßpersonal.

Aber auch in Ost-Berlin gilt, daß es einen Teil der BesetzerInnen darauf ankommt, ihr Leben anders zu organisieren, nicht aber gegen daß CDU-SPD regierende System und das zu befürchtende Großdeutschland zu kämpfen. Sie richten sich in ihren Nischen ein, wie schon in der Honecker-Ära und kriegen den Arsch nur hoch, wenn sie direkt bedroht werden.

Die Formen von Selbstorganisation sollten zum Selbstverständnis und zum politischen Ziel erklärt werden.

Freiräume sind nicht das Ziel, sondern Ausgangspunkte im „Kampf". Freiräume, Häuser, Cafes erobern, absichern - das ist klassischer Reformismus! Das bringt kein System ins Wanken, auch keins, das erst Wochen alt ist.

Der Staat, die Räte der Stadtbezirke, KWVs werden sehr flexibel darauf reagieren:
Freiräume können integriert, Widerstand kanalisiert werden, Ghettos ohne Sprengkraft - Spielwiesen! d.t.

Besetzerbewegung als Hort für neues kulturelles Leben in Ostberlin

So kann man sagen, daß man den Ursprung eines Teils der jetzigen kulturellen Struktur als auch der Kneipenlandschaft in der Ostberliner Besetzerbewegung von 1990 sehen muß. Das allerdings ist schon alles, was heute davon geblieben ist, denn die Inhalte konnten sich, bis vielleicht auf einige wenige Ausnahmen, nicht verpflanzen.

Die Kneipenszene gerät mittlerweile zu Katastrophe. In bestimmten Gebieten wie zum Beispiel rings um den Wasserturm im Prenzlauer Berg, oder der Oranienburger Straße in Mitte entstanden regelrechte Juppi/Touri-Kneipen-Ghettos, in denen sich immer mehr abgedrehte Gestalten selbst darstellen, sich immer mehr Juppis und Sonntagnachmittag-Revoluzzer ein Stelldichein geben. Hinter den Tresen stehen geldgeile Kneipenbesitzer, die noch immer untereinander Preisabsprachen machen und ihre mittlerweile vollkommen maßlos überteuerten Getränken und Speisen an den gut betuchten Szene-Konsumenten vertreiben. Für Normalsterbliche bleibt da wieder nur die Prolo-Pinte um die Ecke, wo der halbe Liter Schultheiß immerhin nur cirka 2,90 DM kostet.

Schlußakkord

An dieser Stelle nun ein abschließender Versuch zu resümieren und zu schauen, was nach fünf Jahren geblieben ist von alledem, was da mit viel Elan und großem Tamm-tamm begann.

Natürlich ist alles relativ. Was ich negativ sehe, würden andere vielleicht positiv herausstreichen und umgekehrt. Und natürlich ist auch diese Einschätzung subjektiv und besteht nicht darauf die absolute Wahrheit zu verkünden. Doch wurde ich durch einige Gespräche mit Lesern meiner Artikelserie darin bestärkt, daß ich nicht falsch liege mit meinen Einschätzungen.

Eins ist sicher. Die Hausbesetzerbewegung 1990 in Ostberlin verlieh der Hausbesetzerscene allgemein neue Impulse. Und zwar nicht nur in Westdeutschland. Was seit dem Niedergang der Hausbesetzungswelle 1980/81 nicht mehr möglich schien (in Westberlin beispielsweise waren Anfang 1990 gerade zwei Häuser und ein Dachboden besetzt), wurde im Osten plötzlich wieder möglich, schien ungehinderte, unbegrenzte Möglichkeiten zu haben. Man konnte auswählen zwischen unzähligen leerstehenden Häusern. Fast ein ganzes Jahr sah die verunsicherte, ihre Vorstellung von westlicher Demokratie übende Staatsmacht zu, wie ganze Häuserzeilen von bunten Gestalten okkupiert wurden. Die Welle schwappte in alle Teile des Ostens. Vor allem junge Leute, inspiriert durch die Vorgänge in Ostberlin, besetzten auch in anderen Städten Häuser. Jena, Weimar Dresden, Leipzig, Halle, Magdeburg, Potsdam, Frankfurt/Oder, Rathenow, Greifswald, Rostock um nur einige zu nennen. Zwar hatte dies lange nicht die Dimension wie in Berlin doch waren die Besetzungen dem Umfang der jeweiligen Szene angemessen.

War dies in den ersten Wochen und Monaten in Ostberlin ebenfalls so, bis etwa Februar/März 1990 waren die Ostbesetzer mit etwa fünf-

zehn besetzten Häusern unter sich, explodierte die Szene durch den Massenhaften „Ansturm" aus dem Westen der im März einsetzte und sich ab Mai voll entfaltete, sodaß im Sommer 1990 in Ostberlin 120 Häuser offiziell als besetzt galten. Was bis auf einige Ausnahmen im Westen seit Jahren nicht mehr möglich war, ein Haus zu besetzen und länger als einige Stunden durchzuhalten, ohne geräumt zu werden, war im Osten plötzlich kein Problem mehr.

Das änderte sich allerdings mit dem Anschluß der DDR an die BRD. Die bundesdeutsche Maschinerie griff nun auch im Osten und die repressive Politik des Rot/Grünen Senats unter Walter Momper rückte den Besetzern zu Leibe. Die Eskalation gipfelte in der gewaltsamen Räumung der Mainzer Straße. Dieses Ereignis hatte schockartige Auswirkungen auf die Häuserszene. Die Staatsmacht diktierte die Spielregeln. Die Häuserfront brach auseinander. Die zentrale Forderung „Verträge für alle" wurde über Bord geworfen und an ihre Stelle rückte „Verhandlungen auf Stadtbezirksebene, um herausholen was rauszuholen war. Und nur unter großen Anstrengungen und mit viel Glück gelang es bis März 1991 Verträge für die besetzten Häuser in Berlin-Mitte und Prenzlauer Berg zu erreichen. In Friedrichshain kam es zum völligen Zerfall. Einige Häuser unterschrieben diskussionslos alles, was sie von der Wohnungsbaugesellschaft vorgelegt bekamen. Das Gros jedoch lehnte Verträge kategorisch ab. Zu guter Letzt kam es zu Streitereien, Schuldzuweisungen und Verratsvorwürfen zwischen den Stadtbezirken. Die Bewegung versank in kleinkariertem Egoismus und Konsumdenken.

Das berlinweite Plenum hörte auf zu existieren. Die Bezirksplenen von Mitte und Prenzlauer Berg wurden nach dem Abschluß der Vertragsverhandlungen ebenfalls sehr schnell beerdigt, da es kein Bedarf seitens der meisten Besetzter gab. Es stellte sich Grabesruhe ein. Ein halbes Jahr nach der Räumung der Mainzer Straße war die Szene „befriedet". Erstaunlich schnell setzte eine umfassende Entpolitisierung ein. Viele Leute die noch November 1990 hinter den Barrikaden der Mainzer Straßen standen, waren November 1991 schon nicht mal mehr für Demonstrationen zu mobilisieren. Bewegungen wie die Mieterkampagne „Wir bleiben alle" oder die Anti-Olympia-Kampagne waren nur kurze Strohfeuer, die auch nur einen geringen Teil der ehemaligen Besetzer mobilisieren konnten.

In den folgenden Jahren wurde verschiedentlich Versuche gemacht, neue Besetzer-/Häuser-Räte zu installieren . Das Ergebnis war niederschmetternd. Weder auf berlinweiter noch auf Bezirksebene zeigten mehr als eine Handvoll Leute Interesse. In der Regel überstanden die Ansätze nicht mehr als zwei Treffen. Bei Besetzungsversuchen im Sommer 1995 erschienen gerade fünfzig Unterstützer, die jedoch fast alle nicht aus ehemalig besetzten Häusern kamen. Zur Demo zum fünften Jahrestag der Räumung der Mainzer Straße am 12. November 1995, erschienen gerade mal 300 Leute, mehrheitlich Kids, die die Hausbesetzerbewegung vor nun schon sechs Jahren bestenfalls als Zaungäste erlebt haben. In Ihren Augen war ein verklärtes Leuchten zu entdecken und in ihren Reden ein undifferenziertes Jonglieren mit einem vermeintlichem Mythos zu entdecken. Die Besetzer von damals bewegt man allenfalls noch zu einem verträumten „weißt du, noch damals...".

Hausbesetzungen sind heute wieder scheinbar unmöglich geworden. Von einer Bewegung zu reden wäre ein Hohn. Doch man soll bekanntlich niemals nie sagen. Denn vertraut man der Kontinuität und den immer wiederkehrenden Wellen, so ist die nächste Hausbesetzerbewegung im Jahr 2000 fällig. Vielleicht sollte man es ja mal vorerst mit einer Ostseeinsel probieren.

In diesem Sinne....

D. Wolf

Demo zum fünften Jahrestag der Räumung der Mainzer Straße

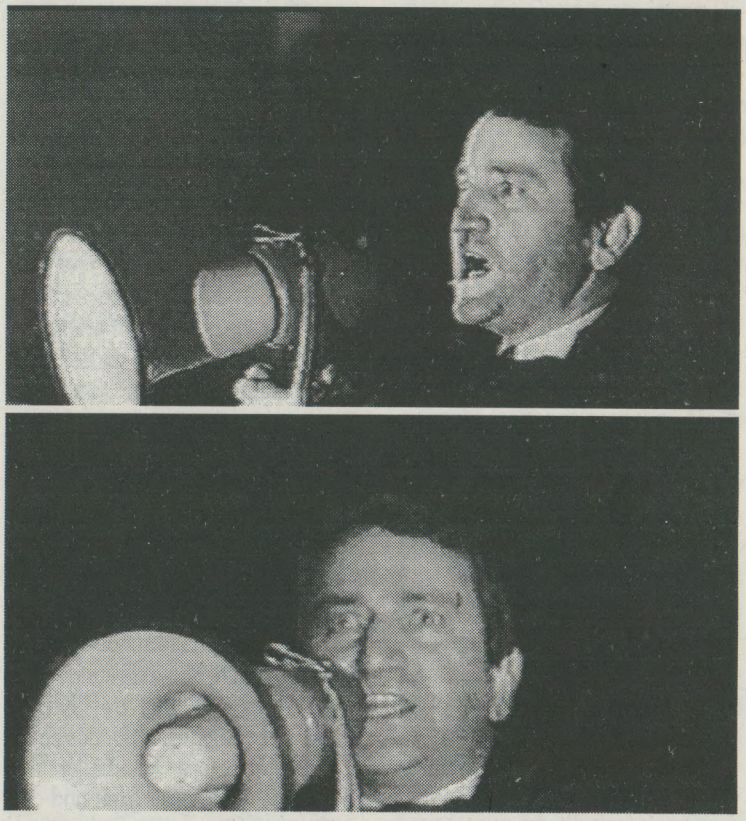
Heuchler

Ein Porträt des DDR-Anwalts und Spitzels Wolfgang Schnur

Vielleicht haben einige LeserInnen die Meldungen über den Prozeß gegen den DDR-Rechtsanwalt Schnur vor dem Berliner Landesgericht verfolgt. Ich selbst habe von einer direkten Teilnahme als Zuschauer abgesehen, weil ich mich nicht freiwillig Einlaßprozeduren unterwerfen wollten, wie ich sie mir seinerzeit in DDR-Gefängnissen wohl oder übel gefallen lassen mußte. Inzwischen ist Schnur, wie man hört, zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden. Bewährung, weil er mangels Anwaltslizenz künftig nicht mehr die Gelegenheit haben werde, Mandanten zu verraten. Nur, daß er nach bundesdeutschem Recht leicht und schnell seine Wiederzulassung erlangen kann. Und sebst wenn nicht: Stattdessen beschäftigt er sich jetzt mit dem Waschen von schmutzigen Geld und Waffen- und Grundstückspekulation, Arbeiten, die in der neuen Gesellschaftsordnung, ebenso wie seine Spitzeltätigkeit in der alten, offenbar als gesellschaftlich nützlich bewertet und entsprechend bezahlt werden.

Das letzte Mal sahen wir uns im März 1990. Schnur war gerade rechtzeitig vor der Wahl enttarnt worden - inzwischen möchte man meinen, damit die angliederungswilligen Wähler sich besser auf den übriggebliebenen Chef der Ost-CDU, den Rechtsanwalt de Maiziere, alias IM Czerny, konzentrieren konnten. Schnur war im Gefolge eines Herzanfalls in das St. Hedwigs-Krankenhaus in Berlin eingeliefert worden. Der Pförtner bezweifelte, daß Schnur mich empfangen wolle - derzeit werde niemand vorgelassen. Aber nein, der Mann, an dessen Integrität ich noch immer keinen Zweifel hatte, empfing mich.Völlig zusammengefallen und erschlafft schlurfte er im Bademantel auf mich zu und umarmte mich warm, wie es seit den Zeiten des Judas Ischariot bei Vertretern des Spitzelberufes Brauch ist. "Wolfgang", sagte ich nach einigem Hin und Her, "es wäre gut, wenn Du uns ein Interview gibst und Deinen Freunden und Mandanten mitteilst, daß die Vorwürfe gegen Dich nicht richtig sind." "Nein", sagte Schnur und in das zusammengebrochene Männchen kam wieder ein Hauch von Energie: "Ich habe einen Exklusivvertrag mit dem ´Stern´!" Da begann ich die höhnische Wahrheit zu ahnen, daß der Mann, dem im Laufe von einem Jahrzehnt hunderte von DDR-Oppositionellen und jungen Wehrdienstverweigerern ihre Freiheit und ihr Leben anvertraut hatten, einfach ein Verräter war.

Weil mir diese Angelegenheit wirklich ziemlich nahe geht, hatte ich vor, einen Arbeitskreis derer einzuberufen, die einstmals Schnurs Mandanten waren und mit ihren persönlichen Akten und Erinnerungen ein ziemlich genaues Bild von dem Menschen Wolfgang Schnur und seinen Tätigkeiten zusammentragen könnten. Leider ist das an einer Reihe von schwer erklärbaren Schwierigkeiten mit den Menschen und den Dingen gescheitert und so möchte ich wenigstens aus dem, was ich



Bei der Stürmung der Leipziger Stasizentrale im Dezember 1989: Schnur als Verhandlungsführer auf dem Tor

bisher zusammengetragen habe, ein vorläufiges Porträt des DDR-Anwalts geben. Das ist zum einen eine Sache einer ganz persönlichen Bewältigung und eine Vorarbeit für die, die in der damaligen Zeit von Schnur oder seinesgleichen verraten und verkauft wurden. Zum anderen glaube ich, daß es diesen Typ von Verräter auch in der neuen Gesellschaftsordnung gibt und daß dergleichen Gestalten wieder gediegene Einkünfte von den "freiheitlich demokratischen" Behörden beziehen. Und schließlich habe ich den bösen Verdacht, daß ich der, der ich bin, hauptsächlich durch eine Unzahl von Prägungen und Zufällen geworden bin und wollte wissen, auf welche Weise man zum Verräter wird. Letztere Frage wird zugegeben durch die dürftigen Angaben, die ich über Wolfgang Schnur habe, kaum beantwortet werden können.

"S.", wie ich Wolfgang Schnur im Folgenden nenne, ist am 8.6.1944 in Stettin geboren. Sein Vater soll in einem Krankenhaus in Stettin Arzt gewesen sein. Der Tod des Vaters ist unklar - nach Aussagen der Mutter soll er wegen "Einsatz für Verfolgte" umgekommen sein. S. wurde während der letzten Kriegstage von der Mutter getrennt, weil er wegen einer Kehlkopfdiphterie in ein Krankenhaus auf der Insel Rügen evakuiert wurde. Er wurde dann von Pflegeeltern in Naizewitz, Gemeinde Samtens auf Rügen aufgezogen. 1951 bis 1959 besuchte er die Grundschule in Samtens und Seedorf, Krs. Rügen, 1959 kam er zur EOS, mußte aber wegen schlechter Leistungen 1960 abgehen und eine Schlosserlehre beginnen. Die brach er ebenfalls ab, als er 1961 kurz vor dem Mauerbau ohne behördliche Genehmigung die DDR verließ. Er hatte vom Suchdienst des Roten Kreuzes in Westberlin den Aufenthalt seiner Mutter erfahren. Welche Erfahrungen er dort gemacht hat, schildert S. zu unterschiedlichsten Zeiten in den unterschiedlichsten Interpretationen. In Westdeutschland machte er den Realschulabschluß und begann im April 1962 als Pressemitarbeiter der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Im Oktober 1962 kehrt er in die DDR zurück. Auch dazu gibt er unterschiedliche Begründungen. Im Durchgangsheim in Eisenach sagte er natürlich aus, er habe sich von der Richtigkeit des sozialistischen Aufbaus in der DDR überzeugt. In einer Vernehmung gab er gegenüber dem MfS an, er sei wegen des abweisenden Verhaltens seiner Mutter in die DDR zurückgekehrt.

Nach seiner Wiedereinbürgerung war S. Gleisbauhelfer bei der Deutschen Reichsbahn in Bergen und Sachbearbeiter im Kreisbetrieb Industriewaren. Dort bekam er einen Abschluß als Handelskaufmann und machte in der FDJ Karriere, zuerst als FDJ-Sekretär, dann als Leiter des Bezirksjugendaktivs. Schließlich wurde er Anfang 1964 sogar in die Kreisleitung der FDJ Bergen aufgenommen und wurde am 16.3.65 Kandidat der SED. 1966 wurde S. von der FDJ zum Besuch der Jugendhochschule "W. Pieck" delegiert. Dort prahlte er unklugerweise 1966 mit seiner Tätigkeit im Jugendhilfswerk Unterkochheim während seiner Zeit in Westdeutschland. Sofort wurde er als Agent des in Unterkochheim ansässigen CIA verdächtigt und von der Jugendhochschule relegiert. Parteiverfahren und Parteiausschluß folgten auf dem Fuße.

Aber S. hatte schon seit einiger Zeit andere starke Freunde. Am 4.6.65 war S. von der Kreisdienststelle Rügen der Staatssicherheit als Inoffizieller Mitarbeiter "auf der Basis der Freiwilligkeit und der politischen Überzeugung" angeworben worden. Wie es in der Begründung der Werbung hieß, hatte S. ohne Verpflichtungserklärung schon zuvor Kontakte zum MfS und half bei der Liquidierung des OV "Bussard". Zunächst wurde er bei der Bespitzelung der Jungen Gemeinde Binz eingesetzt. Das schien ihm aber nicht auszureichen. Im April 1966 schrieb S. eine Eingabe an Stasichef Mielke persönlich, in der er sich beklagte, daß er seit drei Monaten keine Treffs mehr mit dem Führungsoffizier habe und sich ausgebootet fühle. Bei dieser Gelegenheit gab er an, Verbindungen zum Westberliner Verleger Springer und zur EURATOM zu haben und bat darum, auf dem Ost-West-Gebiet für die Stasi arbeiten zu dürfen, was, wie ein späterer Stasikommentator anmerkt, dann ja auch geschah.

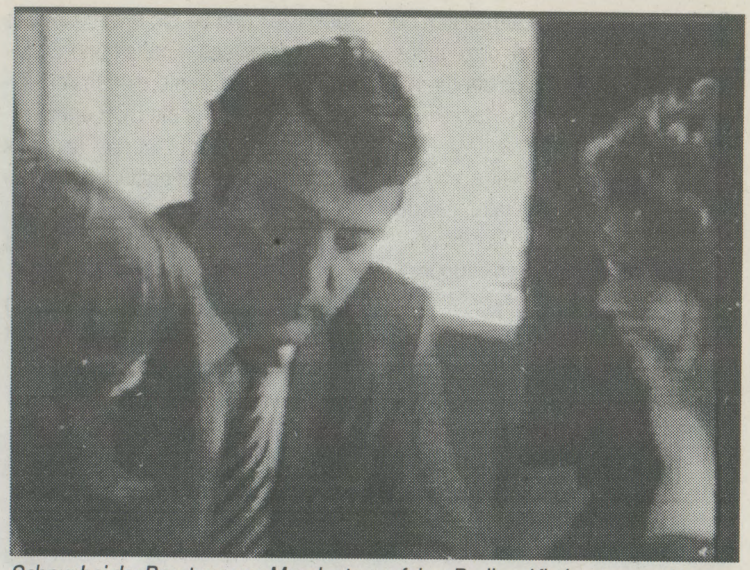
S. schloß 1967 ein Abendstudium mit dem Abitur ab. "Mit Unterstützung des MfS" konnte er, wie es heißt, 1967 ein juristisches Fernstudium beginnen. Allerdings bezog sich diese Unterstützung zunächst auf ein Journalistikstudium und in späterer Zeit wird von einem Untersuchungsbeamten des MfS Zweifel geäußert, ob das MfS dem Jurastudium zustimmte oder ob S. nicht vielmehr eigenständig das Fach wechselte.

Der weitere Lebensweg von S. macht wieder dürre Zahlen notwendig: 1967-1968 war er Material- und Vertragsarbeiter im VEB Fleischwirtschaft Rügen, 1968-1969 Justitiar der Kooperationsgemeinschaft Samtow, 1969 Justitiar des VEB Holzbaukombinats Nord und 1969-1972 Justitiar im Bezirkskomitee für Landtechnik und materiell-technische Versorgung des Bezirks Rostock. 1972 begann er dann als Praktikant im Kollegium der Rechtsanwälte des Bezirks Rostock und wurde 1973 als Rechtsanwalt im Kollegium der Rechtsanwälte Rostock zugelassen.

Fest steht, daß S. bei der Zulassung vom MfS unterstützt wurde. Tadelnd notieren die Stasioffiziere, daß S. die "Genossen im Kollegium" ablehnte und eine private Rechtsanwaltspraxis gründen wollte. Das war für DDR-Verhältnisse ein ehrgeiziger Berufsplan, der nur durch Hilfe von ganz oben zu verwirklichen war.

Die Haupteinsatzrichtung von S. im Auftrag des MfS bestand, "in der Aufklärung der Pläne und Absichten reaktionärer Kräfte im Konsistorium... Die Zielstellung für die Perspektive war, den Sch. systematisch aufzubauen und zu qualifizieren, um ihn zu Wahlfunktionen der Landeskirche wirkungsvoll einsetzen zu können." Und S. machte in der Tat auch in der Kirche Karriere. Er wurde Mitglied des Gemeindekirchenrats Binz, Kreissynodalältester im Kirchenkreis Binz, Synodalältester der Landessynode Greifswald, Präsidiumsmitglied der Konferenz der Kirchenleitungausschüsse des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR und Vizepräsident der Synode der Evangelischen Kirchen der Union.

Und mit Hilfe der Kirchenkarriere und der Stasikontakte gelang es S. auch richtig, sein Ziel zu erreichen. Beantragt wurde die Zulassung als Einzelanwalt für den Bund der Evangelischen Kirchen der DDR beim Ministerium für Justiz vom damaligen Oberkirchenrat Manfred Stolpe. Das klingt wahrscheinlich recht interessant für alle, die auf den Spuren der Weltverschwörung sind. Aber die Weltverschwörung ist jedenfalls etwas komplizierter strukturiert: Recherchen des MfS besagten, daß die Behauptung von S., er sei von Oberkirchenrat Stolpe zur Einzelanwaltschaft bewegt worden, jedenfalls nicht richtig ist. Vielmehr sei Bischof Schönherr sein Förderer. Stolpe habe, klatscht ein Kirchen-IM,



Schnur bei der Beratung von Mandanten auf dem Berliner Kirchentag von Untern 1987

gegen seine Überzeugung im Auftrag Schönherrs gehandelt. Die ursprüngliche Vorstellung Schönherrs, Schnur als Justitiar beim Bund einzustellen sei von Stolpe torpediert worden. Stolpe nennt Schnur in Privatgesprächen einen "klettigen Menschen". Richtig ist aber jedenfalls, daß die Zulassung Schnurs als Einzelanwalt der Intention der Stasi entsprach. Mit Unterstützung der Stasi wird Wolfgang Schnur ab 1.1.78 einer der wenigen Einzelanwälte der größten DDR der Welt.

Aber hier gab es wieder mal einen bösen Stolperstein in seiner Karriere. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte Verdacht geschöpft, daß S. Verbindungen zum MfS zum Ausbau einer Monopolstellung als Anwalt im Bereich der Evangelischen Kirchen der DDR mibrauche. Überdies argwöhnten die Paranoiker des MfS, S. arbeite mit westlichen Geheimdiensten zusammen. Ein Operativer Vorgang "Heuchler" wurde am 14.10.1980 von der Bezirksverwaltung Rostock eingeleitet, mit dem die "Ehrlichkeit" von S. als Spitzel überprüft werden solte. Ich habe allerdings den Eindruck gewonnen, daß es hinter den Kulissen eher um Rivalitäten in der Bezirksverwaltung Rostock ging. Darüber hinaus soll es laut den Aussagen beim gegenwärtigen Prozeß Rivalitäten zwischen Abteilungen des Mfs in Berlin und Rostock gegeben haben.

Nachdem S. zunächst wegen konspirativ gehaltener Kontakte zur ständigen Vertretung und sogar illegaler DDR-Flucht verdächtigt wurde, gab es nach intensiven Vernehmungen im März 1983 eine überraschende Neuinterpretation: S. habe vielmehr in hervorragendem Maße seine Vertrauensbasis zu kirchenleitenden Stellen und zur Ständigen Vertretung genutzt, um höchst wichtige Informationen abzuschöpfen. Im Abschlußbericht vom 28. September 83 heißt es, S. sei "in hohem Maße loyal und wertvoll für das MfS". Besonders "...muß sein Einsatz in Zusammenhang mit der sogenannten Jenaer Szene genannt werden. Durch Einflußnahme des Verdächtigen auf leitende kirchliche Persönlichkeiten und durch klares, juristisch fundiertes Auftreten gegenüber in der

DDR akkreditierten Journalisten der BRD hat er maßgeblich dazu beigetragen, einen Mißbrauch der Kirchen und eine Konfrontation Staat-Kirche vorbeugend zu verhinden."

Es gibt eine Reihe von Berichten von Bezirksverwaltungen des DDR-Geheimdienstes über Schnurs Tätigkeit. Ausgesprochen mißgünstig sind darunter die Berichte der BV Gera. Aber wie der ehemalige Vernehmer der Staatssicherheit, Joachim Groth seinerzeit dem "telegraph" sagte, war selbst in der Stasizentrale klar, daß im Süden der DDR noch ganz eigene Gesetze, "die sächsische Halsgerichtsordnung" herrschten. Im Verfahren gegen die im Rahmen der Biermann-Affäre verhafteten Jenenser Auerbach, Markowsky und Kirstein wurde S. von der BV Gera vorgeworfen, er habe Auerbach und Markowsky dazu gebracht, provokatorisch aufzutreten, habe bei Besuchen seiner Mandanten durch seine Orientierungen die Beweisführung des MfS erschwert und habe mit Hinweisen auf Helsinki und die UNO auf die Untersuchungsabteilung des MfS Druck ausgeübt. Im Übrigen bestände der Verdacht, daß S. im Auftrag der Abteilung Egon Franke von der Bundesregierung als Rechtsanwalt beauftragt worden sei.

Zu der Frage, welchen Auftrag hier Schnur hatte, habe ich noch keine genaueren Informationen gefunden. Aus dem Kontext der mir bekannten Papiere geht hervor, daß es wohl angesichts der unliebsamen westlichen Öffentlichkeit für die Verhafteten um deren rasche Abdrängung in den Westen ging. Daß Schnur dabei seine ganz eigenen Methoden hatte, ist weiter unten ersichtlich. Jedenfalls mußte er dazu erst einmal das Vertrauen seiner Mandanten erwerben. Klar ist aber, daß Schnur im Auftrag des MfS die Jenenser betreute und daß es in dessen Sinn war, daß er seine Mandanten auch in Westberlin bespitzelt und so die Mitarbeiter des Schutzkomitees "Freiheit und Sozialismus" kennenlernte, die ihm Verteidigungsaufträge für die DDR erteilten.

Interessant ist hier übrigens mal wieder die Konfrontation der Aktenwahrheit mit der Realität. Angeblich lehnte S. einen Versuch von Thomas Auerbach ab, ihn zum Bleiben in Westberlin zu bewegen um bei der Leitung des Schutzkomitees zu helfen. S. teilt dem MfS mit, er habe Auerbach gesagt, "er sehe seinen Auftrag in der Begleitung der Betroffenen in der DDR". Thomas Auerbach erinnert sich heute an einen völlig anderen Sachverhalt. Vielmehr habe S. die Absicht geäußert, im Westen zu bleiben und Auerbach habe ihn gebeten, sich in der DDR um die Verfolgten zu kümmern

Ebenso wie in der Staatssicherheit ist Schnurs Position auch in der Kirche nie unumstritten gewesen. Nachdem er zunächst vom MfS zur Verteidigung des Mecklenburger Bischofs Gienke gegen "reaktionäre Würdenträger", insbesondere einen Vizepräsidenten Woehlke eingesetzt wurde, wuchs in den siebziger Jahren bei Gienke und seinen Anhängern die Abneigung gegen Schnur. Dies mag übrigens, weil Gienkes Verhältnis zur Staatssicherheit nicht ganz klar ist (er wurde als IM "Orion" geführt und von seiner Landeskirche Mitte 1989 wegen unerträglicher Staatshörigkeit abgesetzt), ein Ablenkungsmanöver zum eigenen Schutz gewesen sein. Weil S. so oft in den Westen fahren konnte, unterstellte Gienke Kontakte zum MfS. Offiziell wurde die Abservierung freilich damit begründet, daß S. in zunehmendem Maße Wehrdienstverweigerer, Antragsteller und andere republikfeindliche Bürger vertrete und dabei die Autorität der Landeskirche mißbrauche. Dehalb habe Bischof Gienke 1981 darauf Einfluß genommen, daß S. nicht in die Kirchenleitung gewählt wurde und auch nicht zum Präses der EKU-Synode. In einem Bericht eines IM über eine Aussprache mit einem Oberkonsistorialrat H. vom 17. September 1982 berichtet dieser, man habe seitens der Kirchenleitung S. eine Frau mit fingiertem Ausreiseantrag zugeschickt und S. habe diese an ein Berliner Rechtsanwaltsbüro weitergeschickt - offenbar Verbrechen genug. Als anmaßend und frech wird auch die Rolle von S. als Seelsorger für die Verhafteten bezeichnet. Dies sei nicht seine Aufgabe, meinten die eifersüchtigen Geistlichen.

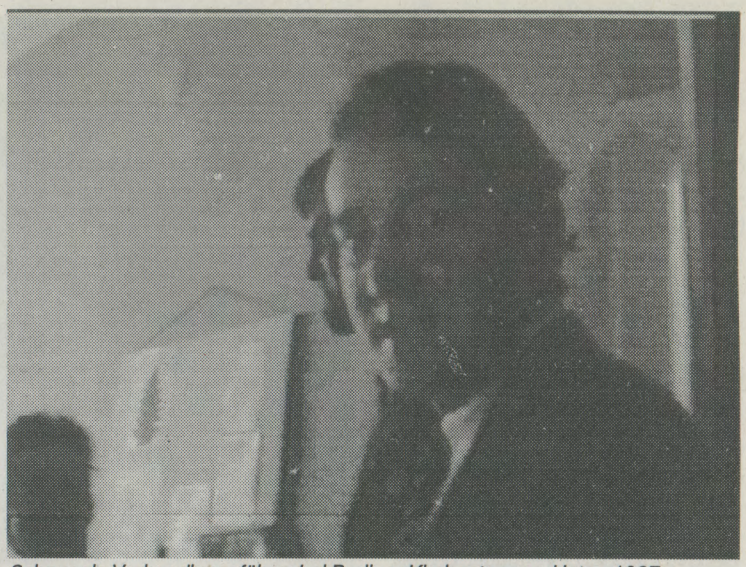
Aber das ist ein Thema, das sich durch viele Papiere hindurchzieht - die Feigheit dieser evangelischen Kirchenmänner, die sich heute nicht genug auf ihre Leistungen um die Wende zugute halten können. S. wird in diesem Zusammenhang bei einer Absprache mit Berliner Stasigrößen in der BV Rostock am 3. Oktober 1979 über seine künftige Einsatzrichtung die Herauslösung aus dem Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus befohlen. In den Evangelischen Kirche gehöre es zwar zum guten Ton, hochrangige Kontakte nach dem Westen zu haben, aber man enthalte sich direkter Kontakte zu Feinden der DDR. Daher würden solche Kontakte ihn in leitenden Kirchenkreisen kompromittieren und in seiner eigentlichen Einsatzrichtung, einer Kirchenkarriere bremsen.

Und S. brauchte im Schutz der Evangelische Kirche nicht zu darben. 1981 war mal wieder ein neues Westauto fällig, diesmal ein Fiat, ein Geschenk der Kirche, das aus dem persönlichen Sonderfond (?!) des Westberliner Bischofs Scharf bezahlt wurde. 1981 schlug der mittlerweile offenbar versöhnte Stolpe S. vor, seinen Sitz nach Potsdam zu verlegen. Außerdem wurde eine intensivere Mitarbeit von S. in Grundsatzfragen in

Aussicht genommen. Vom Oberlinhaus Potsdam, einer großen kirchlichen Einrichtung, sollte ein entsprechender Wohnraum, wenn möglich ein eigenes Haus zur Verfügung gestellt werden. Merkwürdigerweise lehnte das Ministerium für Justiz ab. Aber das hatte man sicher aus den Gerüchten um die Westreisen von S. gelernt. Wenn es in der DDR allzu glatt ging, entstand rasch ein böser Verdacht.

1981 beginnt der Einsatz von S. in der Angelegenheit des Diakons Rochau und seiner Freunde, die in Halle eine freiere Art von Jugendarbeit gewagt hatten. Während des Verfahrens gegen Rochau & Freunde sollte Schnur im Auftrag im Auftrag der Abt. XX der BV Rostock die Verteidigung übernehmen und Hinweise und Beweise über die Gruppe um Rochau liefern. Ebenfalls sollte er über Aktivitäten der Sächsischen Landeskirche in dieser Angelegenheiten berichten und abwiegeln, um Konfrontationen zwischen Staat und Kirche zu vermeiden.

Letzteres fiel ihm nicht allzu schwer, weil die Hallenser Kirchenleitung sehr unfroh war, daß Rochau noch nicht eingesperrt war. "Dadurch läge der Schwarze Peter auf ihrem Tisch", sie sollte nämlich für die Staatsorgane die Drecksarbeit erledigen. Und die Landeskirche versprach tatsächlich staatlichen Stellen, alle Informationen an die westliche Öffentlichkeit oder westdeutsche Behörden zu vermeiden. In einer Stellungnahme für die Staatsanwaltschaft distanzierte sich die Kirchenleitung auch von Rochaus Arbeit, die nicht im Rahmen der Friedensarbeit liege. Der Forderung des Staates allerdings, Rochau zu kündigen, wollte sich Bischof Krusche, wie er S. anvertraute, nicht sofort beugen, weil er sonst in Verruf kommt, ein Sprachrohr des Staates zu sein. Er bereite aber eine Versetzung von Rochau vor und bat S., Einfluß zu



Schnur als Verhandlungsführer bei Berliner Kirchentag von Unten 1987

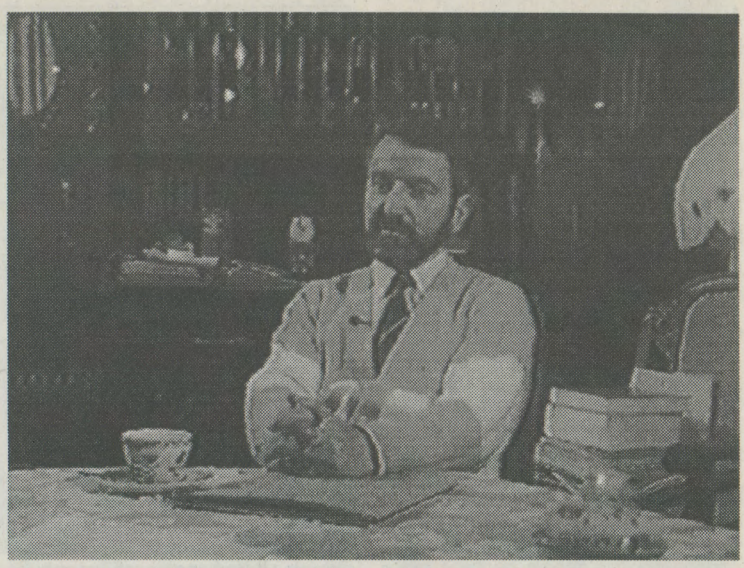
nehmen, daß dieser freiwillig um Versetzung aus Halle ersuche. Zum 1.3.83 wurde auch richtig Rochau gekündigt - mit der mündlichen Absprache, daß er in einer anderen Hallenser Gemeinde angestellt werden könne. Dazu kam es nicht - stattdessen wurde Rochau nach Ablauf seiner Anstellung verhaftet. In einem Aktenvermerk der BV Halle vom 5.9.83 heißt es, Schnur habe sich durch Ausnutzung seines Vertrauenverhältnisses zu feindlich-negativen und kirchenleitenden Personen bei der Abwiegelung der Proteste gegen die Verhaftung der prominenten Mitarbeiter der Offenen Arbeit Rochau und Funke verdient gemacht. Er habe auch Verdienste bei deren Abschiebung in den Westen, indem er seine Umgebung auf ein hohes Haftmaß einstimmte. Und es ist schon ein wenig traurig: Rochau wurde während seiner Haftzeit von Schnur so knieweich geredet, daß er sich beim Prozeß für die "Fairnis von Untersuchung und Prozeßführung" bedankte und auch richtig zum Lohn drei Jahre Knast erhielt.

Die Methoden sind denkbar mies. S. konnte ganz besonders in der bösen U-Haft-Situation, in der man dankbar für jedes freundliche Wort war, seinen Mandanten suggerieren, er sei ihr wahrer und einziger Freund, der übrigens auch über das Know-How verfüge, sie möglichst bald frei zu bekommen. Er flüsterte mit den Häftlingen, betete mit ihnen und schmuggelte Kassiber, - was natürlich nicht ohne Billigung, Auftrag und Kenntnisnahme der Staatssicherheit geschehen konnte. (Man lese mal diese Abhörprotokolle...!). Anschließend an die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Prozesse unterrichtete S. "streng intern" Freunde der Verurteilten, wobei er klar machte, wie sehr er dem Gericht seine Meinung gesagt habe. "Nimm Schnur!", pflegte der Exiljenenser Roland Jahn politischen Freunden im Osten zu raten: "Im DDR-Knast brauchst Du keinen Anwalt, sondern einen Seelsorger." Aber S. wußte den Oppositionellen auch den Eindruck zu vermitteln, daß er ihre Interessen gegen die Kirchenfürsten und den Staat vertrete. Hohen Kirchenleuten gab er sich als gutherziger und selbstloser Helfer für verwirrte junge Leute, die er gern in ihrem Auftrag zu zügeln bereit war.

Was allein aus den mir be-

kannten wenigen Akten an schamlosem und miesen Verrat an seinen Mandanten ersichtlich wird, ist abscheulich. Bei einem Gespräch mit Dietmar Fünke am 15. Dezember 1982 in Halle beispielsweise informierte Funke S., daß er zwei Paßfotos in die Bundesrepublik geschickt habe, um seine Ausreise aus der DDR zu beschleunigen. S. in seinem Bericht an die BV vom 6.1.83 dazu: "Ich gehe davon aus, daß es sich hierbei um eine Kontaktaufnahme im Sinne des §100 StGB handelt." In einem Gespräch vom 10.3.82 mit Rochau, Funk, Niederehe und Anja Schmidt, das von S. in einem Tonbandprotokoll vom 15.3.82 der BV Rostock zur Verfügung gestellt wird, gab er u.a. detaillierte Angaben zu Unterzeichnern des Berliner Appells - zum großen Teil seine Mandanten. In einem Bericht vom 20. September 82 über Rochau, Funke, Niederehe und Frank Eigenfeld am 26.9. petzte S., daß Eppelmann Rochau Westbücher zur Verbreitung gegeben habe, die auch offen im Arbeitszimmer von Rochau herumlägen (die Verbreitung von sogenannter "Schmutz und Schundliteratur" und erst recht "staatsfeindlichen" Schriften war strafbar). In einem Bericht über die Beratung von Axel Sakarus verriet er dessen Beziehungen zu einem "Spiegel"-Mitarbeiter Helmut, die, wie S. selbst kommentierte, auf staaatsfeindliche Verbindungsaufnahme hinauslief.

Besonders hart fand ich ein Tonbandprotokoll vom 26. Februar 1982. Aber vielleicht sollte vorher eingefügt werden, daß S. Verwaltungsmitglied des Jungmännerwerkes war, eine Funktion, die es, wie Führungsoffizier Unfahl bemerkte, "möglich machte, den gesamten internen Schriftverkehr dieser Einrichtung zu beschaffen und zu fotokopieren." Aber zurück zu den Fakten: Demnach traf sich S. am 19.2.82 im Jungmännerwerk in Berlin mit dem Erfurter Lothar König,



Beim Interview im Fernsehen: "Ich habe Schuld auf mich geladen."

der ihm über den Fall Thomas Kretschmar berichtete, gegen den zu dieser Zeit ein Ermittlungsverfahren wegen § 220 (Wehrdienstverweigerung) beim Militärstaatsanwalt lief. König vertraute S. an, daß er wichtige persönliche Schriften und ein Vervielfältigungsgerät von Kretschmar auf dem Boden seiner ehemaligen Wohnung in Erfurt versteckt hätte, jetzt aber nicht mehr an das Material herankomme, weil die Hauseigentümerin am Boden ein neues Schoß angebracht habe. Er vertraue, sagt König, diese Information nur S. an.

In einer handschriftlichen Notiz auf dem Tonbandprotokoll heißt es: "Inhalt der Information wurde an den Leiter der HA IX übermittelt", also der Untersuchungsabteilung der Stasizentrale, die für die Vorbereitung politischer Prozesse zuständig war. Laut U-Vorgang Kretschmar, Bd. 2, S. 676/205 wurde das Vervielfältigungsgerät während einer angeblichen Brandschutzkontrolle am 1.4.82 gefunden und dann an die Stasi übergeben. Natürlich taucht das Gerät dann unter den Beweismitteln auf und trug zur Verurteilung Kretschmars bei. Speziell dieser Fall von Mandantenverrat sollte demnächst vielleicht doch von einer breiteren Öffentlichkeit gewürdigt werden.

Nach dieser Großtat ist es vielleicht kleinkrämerisch auf die Rolle von S. im Zusammenhang mit der Ausbürgerung seines Jenenser Mandanten Roland Jahn einzugehen. Er ging im Auftrag der Staatssicherheit sogar so weit, in einem Interview, das der NDR am 17. Juli 1983 ausstrahlte, zu behaupten, Roland Jahn habe seinen Ausreiseantrag nicht zurückgezogen und habe ihn im DDR-Knast auch nicht unter Druck gestellt. Vor die Frage gestellt, ob die Kirchenleitung die Jenenser in Stich gelassen habe, stellte er sich auf Seite der Kirchenleitung, wenn er sich auch, wie in solchen Fällen bewährt, sehr verschwommen ausdrückte. Damals wurde das Interview von DDR- und Exiloppositionellen einschließlich Jahns damit entschuldigt, daß S. Angst um seine berufliche Existenz gehabt habe.

Aber gibt es denn kein gutes Haar an S.? Aus dem Ruder lief S., als er ohne das Wissen des MfS Verbindung zu einem Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik

aufnahm. Er liefert diesem Berichte über Strafverteidigung in der DDR und die innerkirchliche Situation. Nachher lieferte er freilich um so bessere Berichte aus dem Umkreis der westdeutschen Vertretung an die Staatssicherheit. Aus der Rolle fiel er in den Augen des MfS auch, wenn er "zielgerichtet Untersuchungsgefangene nach ihren Mitgefangenen abfragt", obwohl es sich nicht um seine Mandanten handelt und er auch an solche Leute Mitteilungen schmuggeln ließ. Er lerne, heißt es, ohne Erlaubnis des MfS Leute kennen, mache Rechtsberatung für Wehrdienstverweigerer, Verteidigung von Strafsachen gemäß §§ 106, 220 und 254 StGB und Beratung von Ausreisewilligen. Diese Leute würden ihm in der Regel von kirchlichen Amtsträgern vermittelt. Das MfS informiere er oft erst nachträglich und gebe nur auf Befragen über seine Kontakte Informationen.

Dies klingt ganz gut und fast wie die Selbstdarstellung Schnurs. Ja, sagte er immer wieder nach der Wende, er habe Schuld auf sich geladen. Aber, so beispielsweise gegenüber der Zeitschrift "Stern", für die Bedrängten habe er wie Daniel in der Löwengrube gekämpft. Jeder Tag Knast, betonte er immer wieder, sei ein Tag zu viel. Diese Aussage ist freilich kein Kunststück, denn in den meisten hochrangigen politischen Fällen, die Schnur seit Ende der siebziger Jahre bearbeitete, lautete sein Sasiauftrag, die Leute zum Stellen des Ausreiseantrags zu veranlassen. Hier ließ sich offenbar Auftrag, Beruf und Mitleid ganz gut unter einen Hut bringen. Daß er andere Bedrängte und Mandanten ohne jegliche Skrupel ans Messer lieferte, ist nur die andere Seite der gleichen Sache. Und wenn S. zuweilen aus dem Ruder lief, so ging es ihm doch nur darum, noch mehr Renommee zu bekommen, noch mehr Informationen zu verkaufen und dadurch seine Karriere zu fördern. "Seine materielle Interessiertheit und das Streben nach Erfolg", heißt es in den Stasipapieren, "haben sich in der Zusammenarbeit oft in der Form negativ ausgewirkt, daß er über die festgelegte Verhaltenslinie hinaus aktiv wurde." Und immer wieder ist davon die Rede, S. habe eine "stark ausgeprägte finananzielle und materielle Interessiertheit sowie fast krankhaftes Geltungsbedürfnis". Aber offenbar wogen die hochkarätigen Informationen, die S. seinen Führungsoffizieren geben konnte, mancherlei Bedenken auf.

S. betrieb, das wird aus den Ablagen der Staatssicherheit ersichtlich, seine Karriere unter Ausnützung aller in der DDR einander entgegenstehender Kräfte, seiner Kontakte zum MfS, der Beziehungen zu hohen kirchenleitenden Stellen, von oppositionierenden Pfarrern und seiner Mandanten. Und schließlich war er auch durchaus geneigt, Vertretern der westdeutschen Macht seine Referenz zu machen, denn man wußte ja nie, was kommen würde. Durch seine einzigartige Stellung konnte er sonst niemandem zugängliche Informationen sammeln, die er gegen entsprechende Leistungen den unterschiedlichsten Interessenten zugänglich machte. Er hat alle mit allen verraten. Am niederträchtigsten verhielt er sich gegenüber seinen Mandanten, am aufgeschlossensten war er denen gegenüber, die in der jeweiligen Situation die größte Macht hatten oder seine Dienste am besten bezahlen konnten.

Bleibt noch die Frage, welche Wünsche man für den weiteren Lebensweg dieses gigantischen Schweins hegen soll. In jedem Fall erscheint es mir sinnvoll, seinem niedrigen Erwerbstrieb gelegentlich diesen oder jenen Stein in den Weg zu legen. Zu diesem Zwecke sollten sich vielleicht doch eines Tages seine ehemaligen Mandanten zusammensetzen und ihre persönlichen Akten und Erinnerungen zusammenlegen. Noch ist es möglich, aus der Gauck-Behörde bei genügender Beharrlichkeit zusätzliche Dokumente zu erhalten. Natürlich sind die Sachbearbeiter recht bequem und weisen nicht darauf hin, daß man laut Stasiaktengesetz zum persönlichen OV auch die IM-Akten und andere Ablagen über diejenigen beantragen kann, von denen man bespitzelt wurde (in diesem Fall die Akten des IMB "Torsten" und des "IMB "Dr. Ralf Schirmer", AIM 3275/90). Dort befinden sich zusätzliche Informationen, die nicht im Operativen Vorgang enthalten sind. Wichtig sind auch die sogenannten Zentralen Materialablagen (ZMA), die vollständig auf der (persönlichen) Kerblochkartei verzeichnet sind, die man anfordern kann und sollte. Im speziellen Fall Schnur sollte man wohl noch den Operativen Vorgang (OV "Heuchler", Reg.-Nr. I/974/80) anfordern, der, wie schon aus den mir bisher zugänglichen Papieren ersichtlich wird, keine Opferakte ist, aber wichtige Sachverhalte über Schnurs Mandanten enthalten muß.

Ich will es mal zugeben: bei all meinen Abneigungen gegen das Gefängnissystem würde ich doch einen höheren Akt der Gerechtigkeit darin sehen, Schnur in der Notsituation zu sehen, in der er seine Mandanten immer ganz besonders widerlich einwikkeln, belügen und betrügen konnte. Wäre es nicht weit besser, wenn der Mann irgendwo hinter Gittern auf Staatskosten die Gefängnissuppe löffeln würde, die übrigens seit den DDR-Zeiten besser geworden sein soll, statt wie jetzt mit einem Kleinflugzeug die Luft über dem Land zu verpesten und mit Waffenhandel und Grundstückspekulation seine Brötchen zu verdienen?

W. Rüddenklau

DER ANARCHOSYNDIKALISMUS IN POLEN

Ein Gespräch mit dem polnischen Syndikalisten Karol Golinski

Über die Situation in Osteuropa ist aus den bundesdeutschen Medien nur selten etwas zu erfahren, wenn es nicht um gerade grassierende Krisen geht. Erst recht gibt es kaum Bericherstattung über die außerparlamentarischen Gruppen oder die Stimmung bei den breiten Massen. Am besten ist hier immer noch die deutsche FAU informiert, die eine Reihe von Osteuropa-Kontakten unterhält. Obwohl diese Informationen auch nicht gerade die Frischesten sind, entnehmen wir aus dem anarchosyndikalistischen Osteuropa-Blatt "A.-S.-Info" das folgende Interview, das vor einem halben Jahr, am 12.9.95 der Moskauer Igor Mangasejew am 12.09.95 in Warschau führte. Und ach ja, für, die die nicht wissen, was Anarchosyndikalismus ist: Das sind Leute, die die Organisation einer egalitären Gesellschaft über freie Gewerkschaftsstrukturen versuchen wollen.

?: Karol, wir wissen wenig über den polnischen Anarchosyndikalismus.

K.G.: Die anarchistische Bewegung in Polen erlebt seit 1992 einen Rückgang. Vor allem wegen Finanzproblemen. Damals gaben wir eine große Zeitung (Nr. 7 von "Syndykalista") heraus und vertrieben sie über die Kioske, bekamen den Erlös davon aber nicht zurück, so daß wir die Zeitung nicht weiter machen konnten. Die Zeitung hatte viel gebracht, sie hat einen ersten Impuls gegeben. 1990 entstand eine starke Bewegung gegen die Bourgeoisie, gegen Balcerowicz (Autor der polnischen "Schocktherapie"), gegen die polnische Form des Kapitalismus, der von außen durch westliche Gönner erzwungen wurde. Die polnischen Regierungen, die angeblich aus "Solidarnosc" hervorgingen, begannen dem internationalen Kapital und der katholischen Kirche zu dienen. Dabei spielte die Kirche eine sehr negative Rolle, weil sie von Anfang an die Balcerowicz-Reformen unterstützte.

Syndikalistische Ideen populär

?: Wie ist der Stand der syndikalistischen Bewegung heute?

K.G.: Im diesem Jahr hat sich die ArbeiterInnenbewegung aktiviert. Die Leute zogen den Schluß, daß man der fortschreitender Verarmung, den Fabrikschließungen und dem Ausverkauf polnischer Reichtümer an Wucherer aus dem Westen ein Ende setzen muß. Die Leute gingen auf die Straße. Eine wichtige Rolle in Polen heute spielen die AktivistInnen der Gewerkschaftsvereinigung "Solidarnosc-80" (eine Abspaltung von "Solidarnosc"). Sie sagenb zwar nicht, daß sie SyndikalistInnen sind, aber ihre Forderungen sind denen der AnarchosyndikalistInnen identisch. Unser syndikalistisches Programm "Solidarnosc-80" ist praktisch das der anarchistischen Internationale. Dieses anarchosyndikalistische Programm hat ein Volkswirt ausgearbeitet, der "Solidarnosc-80" berät. Der Vorsitzende des Verbandes ist Marian Jurczyk, der seinerzeit (1980) ein Abkommen im Namen der streikenden ArbeiterInnen in Szczecin unterschrieb. Man kann auch sagen, daß unsere Ideen von den "Freien Gewerkschaften" übernommen worden sind.

Hauptsache auf die Straße gehen!

?: Sind das die Gewerkschaften, die nicht offiziell registriert sind?

K.G.: Nein, das ist eine Vereinigung von Leuten wie Anna Walentynowicz und Andrzej Gwiazda ("Solidarnosc"-AktivistInnen der 1980-81 Streiks). Sie arbeiten in Gdansk, Gdynia und Sopot, wo sie enge Kontakte mit den AnarchistInnen haben*.

?: Habt Ihr internationale Kontakte? Irgendwelche Publikationen? Habt Ihr Beziehungen mit den AnarchistInnen aus Krakow um Marek Kurzyniec?

K.G.: Wir haben keine Publikationen. Ich gebe nichts heraus. In Krakow sind das eher TrotzkistInnen als AnarchistInnen. Und unsere internationalen Kontakte sind unregelmäßig.

Heute ist wichtig, daß die Leute kein Interesse mehr für die offizielle Politik aufbringen, daß sie an ihr nicht mehr teilnehmen. Die Politik ist eine Sache für die expansive Mittelschicht, für sie ist die Politik wie Wasser für den Fisch. Die ArbeiterInnen insgesamt vertrauen keinen politischen Führern mehr. All diese FührerInnen sind VertreterInnen der Nationalbourgeoisie und der Mittelschicht, die in Polen auf Kosten der ArbeiterInnenklasse geschaffen wird.

?: Was wollt Ihr tun?

K.G.: Am 5. November finden Präsidentschaftswahlen statt. Wichtig ist, daß die Leute nicht noch einmal nachgeben, sondern konsequent streiken, und zwar permanent, ununterbrochen. Hauptsache ist aber, daß die Leute auf die Straße gehen, schon in diesem Jahr. Mit ökonomischen und ähnlichen Streiks allein ist das Problem nicht zu lösen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Leute auf die Stra-

ße gehen, wie es in diesem Jahr war. Leider versuchen die korrupten Führer von "Solidarnosc" diese Laufburschen der Kirche das mit Hilfe der Kirche zu verhindern. Die (ex-"kommunistischen") Behörden und "Solidarnosc" trafen diese Abmachung unter Vermittlung der Kirche.

Basisgewerkschaft kampfkräftiger

Außer dieser Aufgabe der Organisation der Straßenproteste hat die Gewerkschaft die Aufgabe der internen Demokratisierung, um ihre Arbeit effektiv zu machen. Weder kann noch darf ein einziger Vorsitzender alles machen, und die Menschen nichts! Man muß "Solidarnosc" dezentralisieren, denn sonst gelingt es den Menschen trotz aller Verzweifelung nicht, die Sache bis zum Ende zu führen und diesen Straßenkampf zu gewinnen. Das zeigten die Erfahrungen diesen Jahres. In diesem Jahr war die ArbeiterInnenrevolution nahe. (1995 fanden Massenmanifestationen der ArbeiterInnen statt. Als Anlaß diente eine erneute Steigerung der Energiepreise ohne Kompensation für die ArbeiterInnen und RentnerInnen.)
Es gelang uns, die besten Betriebe des Landes vor der Schließung zu retten. Vor allem die, die für den Export produzieren. Diese Betriebe sind weltbekannt. Wirtschaftlich überlebt das Land nur noch dank diesen Betrieben wie "Ursus" (Traktorenfabrik) und "Diora" (Audio- und Videotechnik).
Die Dezentralisierung der Gewerkschaften muß durch eine Kontrolle ihrer Führer, Leiter und Vorsitzenden stattfinden. Die Demokratie muß von unten beginnen. Oben gibt es keine Demokratie, dort wirken nur die dunklen "Schatteninteressen". Der, der oben steht, trifft Abmachungen mit den Machthabern; so wird jede Protestbewegung beerdigt.

?: Wie alt bist Du, Karol? Wo arbeitest Du?

K.G.: Ich bin 22 Jahre alt. Ich bin Arbeiter. Früher arbeitete ich in der "Warynski"-Fabrik, das war ein großes Kombinat. Heute ist es in die "Spulki" (GmbH) zerteilt. Unsere Filiale geriet unter die Leitung der "Spulki".

?: Ist es so eine Art Genossenschaft?

K.G.: Nein, die "Spulki" wurden gegründet, um jede ArbeiterInnenbewegung in unserer Fabrik zu vernichten. Damit die Leute kein Sagen haben, damit mehr Bürokratie entsteht. Meine Fabrikfiliale ging pleite, weil jeder Arbeiter drei Bürokraten unterhalten mußte. Jetzt befinden sich die Leute in einer schweren Lage; sie müssen illegal arbeiten, um ihre Familien zu ernähren. Ich arbeite jetzt als Schweißer, privat. Ich bin verheiratet, mein Kind ist 6 Monate alt.

?: Was ist Deinem Gesicht passiert?

K.G.: Nichts. Die Nase hat einfach ein bißchen was abgekriegt während der Zusammenstöße mit den Bullen.

?: Warst Du bei der Armee? Oder bist Du aus Prinzip nicht hingegangen?

K.G.: Ich habe mir so eine medizinische Befreiung von der Armee arrangiert. Ich wollte natürlich nicht zum Militär.

?: Na klar, bei uns in Rußland machen viele so? Karol, willst Du Beziehungen zur Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation herstellen?

K.G.: Ein Erfahrungsaustausch wäre für uns nützlich.
Die Adresse von Karol Golinski und Gruppe ist über die Redaktion erhältlich.

* von "engen" Kontakten war im September 1994 keine Spur: Zwei Mitglieder der FAU-IAA wollten sich mit dem besagten Andrzej Gwiazda in Gdansk treffen. Bereits am Vortag hatten wir einen Termin mit ihm vereinbart, aber er wimmelte uns auf dämlichste ab, indem er so tat, als wäre er nicht zu Hause, obwohl das Telefon ständig besetzt war. Tatsächlich hat Gwiazda eine Weile mit den AnarchistInnen zusammengearbeitet, entschied sich aber später, aufs Karussell der großen Politik zu steigen. So nahm er an den Präsidentschaftswahlen (1994?) teil und scheiterte kläglich. Gdansker Anarchos meinten, er hätte den Termin mit uns platzen lassen, weil er Schiß hätte, ein Treffen mit ausländischen AnarchosyndikalistInnen könnte benutzt werden, um ihn zu "diskreditieren".
Aus "A.-S.-INFO"

Grenzgängerinnen
Migrantinnen im Frauenknast

Eine Broschüre zur Situation von Migrantinnen im Frauenknast Plötzensee (Berlin)

Die Frauen des LAZ (Lateinamerikazentrum)-Frauenplenums besuchen seit 1991 Frauen ohne deutschen Paß im Frauenknast Plötzensee. In dieser Broschüre werden ihre Erfahrungen und Informationen über Ursachen und Ausmaß weltweiter Migrationsbewegungen, die Folgen des Ausländer- und Asylgesetzes, die Haftbedingungen in Plötzensee, die Berliner Abschiebepraxis sowie über (rassistische) Drogenpolitik und den Mythos der "organisierten Kriminalität" veröffentlicht.

Erscheinungsdatum Okt. '95, 72 S. (DIN A4), 10,- (zzgl. Versand)
Wiederverkäufer/innen (ab 5 Ex.) erhalten 30% Rabatt!

ANARES Nord · Postfach 2011 · 31315 Sehnde

Mediales

Das Erste, was einem zu Jahresbeginn in einen Buch- oder Infoladen treibt, ist meistens die Tatsache, daß bisher versäumt wurde, einen Kalender zu kaufen.
Mit einiger Verspätung, die wahren Fans kennen das bereits, erschien jetzt der **Kalenda - Anarchistischer Taschenkalender (Schwarzrotbuch Verlag Ralf Landmesser, Berlin / 15,—DM)** in bekannter Ausstattung. Der Kalenda, der jetzt bereits zum 14. Male erscheint, und somit der traditionsreichste unter den linksradikalen Tageszählern ist, hat diesmal u.a. folgende Schwerpunktthemen: über die BI Freie Heide (Kyritz, Wittstock, Rupin), Kronstadt, Die Geschichte der Anarchie in Tschechien u. Slowakien (richtig langer Artikel), F. Kafkas Anarchismus, umfassende Zeitschriftenschau, über Tauschringe u.v.a.
Für die Spezis aus der Dada- und Anarchoszene: im Dezember erschien zum 19. Mal der **Hugo Ball Almanach 1995 erschienen (181 S. / 12,—DM (!) Bezug: Stadtbücherei Pirmasens, Dankelsbachstr. 19, 66953 Pirmasens)** U.a. enthält der Band diesmal einen Beitrag von Hubert van den Berg „Gustav Landauer und Hugo Ball. Anarchismus, Sprachkritik und die Genese des Lautgedichts".
Die **Edition ID-Archiv** wagt sich schon wieder auf ein neues Gebiet innerhalb des Verlagswesens. Diesmal veröffentlichten sie ein Fotobuch: **R. Maro; Kurdistan (mit Texten von R. Ofteringer. 127 S. / 28,—DM).** Eindringliche Bilder geben einen Einblick in den Alltag dieses geschundenen Volkes. Außerdem erschien in der Ed. ID-Archiv pünktlich die Vierteljahresschrift **Die Beute Nr. 4/95 (144 Seiten/Buchformat/14,—DM)** mit dem Schwerpunkt: Black Panther, Foucault, Hippies. Außerdem Interviews mit Mario van Peebles und Paco I. Taibo II.
Außerdem sind an Zeitschriften noch erschienen: **Der Schwarze Faden Nr. 56 (67 S. / 7,—DM)** mit Artikel über Flüchtlingspolitik, Chiapas, Subkultur, „Jud" Süss Oppenheimer u.m. Die **radikal Nr. 153 Teil 1 + 2 (54 + 43 S. / zus. 6,—DM)** mit den Themen: Balkan, Kurdistan, K.O.M.I.T.E.E., AIZ, O.L.G.A.
Im **Verlag der Buchläden Schwarze Risse - Rote Straße, Berlin/Göttingen** ist ganz frisch erschienen: **Paco Ignacio Taibo II; Vier Hände (416 S. / 39,80).** Für alle die dicke, unterhaltsame und intelligente Bücher lieben, ist das eine empfohlener Ausklang für den Winter. Der wohl bekannteste Krimiautor und Journalist Lateinamerikas geleitet seine Leserschaft „durch unsere Zeit voller Mörder, Heiliger, Zauberer und Clowns" in einer Collage aus verschiedenen Revolutionsgeschichten. Taibo II erhielt für seinen Roman „Vier Hände" den internationalen Dashill Hemmett Preis.
So ausgerüstet müßte man/frau schon gut über die grauen Wintertage kommen.

Bis dann...Knobi

Nazimord in Brandenburg

Die Welle von neonazistischen Aktivitäten in und um Brandenburg fand im Februar einen neuen Höhepunkt. In Brandenburg wurde der 23-jährige Sven Beuter am 15. Februar von dem Neonazi Sascha L. schwer verletzt und starb wenige Tage später im Krankenhaus. Sven Beuter, der vor Jahren schon einmal Opfer eines Überfalls wurde, war von seiner Kleidung her als Linker erkennbar. Der Neonazi wurde nach einer vorübergehenden Festnahme wegen „schwerer Körperverletzung" erst nach dem Tod von Sven Beuter wieder verhaftet. Er ist aber nur wegen „schwerer Körperverletzung mit Todesfolge" angeklagt.
Von Jan Kellermann

Meldungen

Autonome Antifa (M) im Internet

In einer Presseerklärung teilte die Autonome Antifa (M) mit, daß sie jetzt im Internet unter der Adresse „http://www.nadir.org/Gruppen/aam/" zu erreichen ist. „Das sich zunehmend verschärfende politische Klima in der BRD", heißt es weiter, schränkt die Möglichkeiten der Autonomen Antifa (M), durch die etablierten Medien oder öffentlichkeitswirksamen Aktionen am politischen Diskurs teilzunehmen, weiter ein." Hingewiesen wird auf eine Reihe von verbotenen Demonstrationen und Aktionen und sogar die Inkriminierung einer Demonstrationsrede. Damit steige der Stellenwert des weitgehend zensurfreien Internets. „Die aktuelle Diskussion um staatliche Zensurmöglichkeiten im Internet zeigt, daß auch dieses Medium polizeilich verstärkt kontrolliert werden soll, um es der political correctness eines Manfred Kanther anzupassen. Gegenüber den bisher praktizierten Holzhammermethoden deutscher Staatsanwaltschaften hat sich das Internet aufgrund seiner technischen Struktur als auf lange Zeit nicht einnehmbare Bastion erwiesen. Wachsamkeit ist allerdings geboten; wenn sich die deutsche Justiz erst einmal ein Instrumentarium zur Strafverfolgung im Internet geschaffen hat, so wird sie davon auch ausgiebig Gebrauch machen - und dies wahrscheinlich nicht gegen Nazis und Pornographie wie derzeit publikumswirksam behauptet wird, sondern primär gegenüber einer linken und kritischen Opposition. Der Internet-Provider der Autonomen Antifa (M) befindet sich in Holland und unterliegt damit nicht dem Zugriff deutscher Behörden - solange das EU-Recht nicht entspr. geändert wird.

German-Indonesia News

Bei einem Prozeß in Djakarta gegen den ehemaligen Parlamentsabgeordneten Sri Bintang Pamungkas ist dieser angeklagt, den indonesischen Staatspräsidenten Suharto während eines Vortrages an der

Technischen Universität Berlin am 9. April 1995 absichtlich beleidigt zu haben. Dies zeige sich insbesondere dadurch, so der Staatsanwalt bei seinem Plädoyer am 13. März, daß Sri Bintang Pamungkas diese Äußerungen im Ausland getätigt habe, so daß sie von einem internationalen Publikum vernommen werden konnten. Auch aufgrund von Beweismaterialien wie Tonbandaufnahmen, Vortragsmanuskript und Fotos von den Demonstrantionen gegen Präsident Suharto in Deutschland hielt der Staatsanwalt Sri Bintang Pamungkas für schuldig und hielt ihm beispielsweise das Verbrechen vor, eine andere Meinung als der indonesische Präsident zu haben. Der Staatsanwalt forderte das Gericht auf, den Angeklagten zu vier Jahren Gefängnisstrafe zu verurteilen.

Der endlose deutsche Rechtsstreit nach einer Demonstration gegen den Verkauf von indonesischen Kriegsschiffen nach Indonesien in Peenemünde im Jahre 1993 scheint sich jetzt fortzusetzen. Die Klage gegen Ulf Thämelt und Holm Vogel wegen Sachbeschädigung und schwerer Behinderung der Schiffahrtswege war am 10. Oktober vorigen Jahres mit einem von der Staatsanwaltschaft Wolgast selbst beantragten Freispruch zu Ende gegangen. Jetzt ist die Staatsanwaltschaft in Berufung gegangen. Ein neuer Prozeßtermin ist noch nicht bekannt.

Ein anderer Prozeß findet wahrscheinlich ohne Beteiligung des Angeklagten demnächst in Stade statt. Vom Dresdner Verein Conni e.V. war der indonesische Technologieminister Habibie Anfang auf Wiederruf und Unterlassung von herabwürdigenden Äußerungen verklagt worden. Habibie hatte in öffentlichen Reden behauptet, daß die Dresdner für ihre Demonstration gegen den Besuch des indonesischen Staatschefs Suharto mit mehr als 50.000 Dollar bezahlt worden wären und überdies noch Freibier bekommen hätten. Habibie kann, weil er neben der indonesischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, vor deutsche Gerichte zitiert werden. Weil Habibie bisher auf die Klage nicht reagiert hat, wird ihm jetzt vom Amtsgericht Stade ein Versäumnisurteil angedroht.

Presseerklärung

Razzia in ehemaligen besetzten Häusern Leipzig/ Wohnungen auch ohne Durchsuchungsbefehl betreten und durchsucht

Am 29.02.1996 fand in der Stöckartstrasse Leipzig in mehreren Häusern eine Razzia statt. In der Stöckartstrasse befinden sich 8 ehemals besetzte Häuser, von denen der überwiegende Teil mittlerweile Mietverträge von der Stadt bekommen hat.

Um 6.30 Uhr riegelten 3/4 Hundertschaften zum Teil auswärtiger PolizistInnen die Straße von zwei Seiten hermetisch ab. Es lagen Durchsuchungsbefehle gegen vier Häuser vor, zusätzlich gegen Wohnungen in zwei anderen Häusern. Diese Durchsuchungsbefehle wurden auch nach mehrmaligen Aufforderungen nicht gezeigt, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Verschlossene Wohnungstüren wurden einfach aufgebrochen oder durch einen Schlüsseldienst geöffnet. Die Wohnungen wurden von der Polizei teilweise ohne ZeugInnen betreten, was ebenfalls rechtswidrig ist. Es wurden willkürlich Gegenstände beschlagnahmt. Darunter befinden sich ausgewiesene Arbeitsmaterialien wie Computer und Werkzeug bzw. alle Gegenstände, die nicht eindeutig durch die Polizei einem/r Besitzer/In zugeordnet werden konnten. Dadurch kommt die Polizei zu einem sachlich falschen Ergebnis von Diebesgut im Wert von ca. 60.000 DM.

In einem Haus, gegen das kein Durchsuchungsbefehl vorlag, wurden trotzdem zwei Wohnungen geöffnet und eine davon durchsucht. Nur das energische Auftreten der BewohnerInnen verhinderte die illegale Durchsuchung der anderen Wohnung. Auf der Pressekonferenz leugnete der Pressesprecher der Polizei, Herr Pusch, daß es überhaupt eine Durchsuchung in dem betreffenden Haus gegeben habe.

Es wurden zehn Personen, zum Teil ohne Angaben von Gründen, festgenommen. Lediglich gegen einen von ihnen lag ein Haftbefehl vor. vier Personen wurden zur Identitätsfeststellung mitgenommen. Die anderen sechs sind weiterhin in Gewahrsam [Stand: 29.02].

Drei Stunden lang wurden alle BewohnerInnen der Stöckartstrasse und Angestellte des dort ansässigen Eine/Welt/ Ladens am Betreten oder Verlassen der Straße gehindert. Danach war der Zugang nur nach Feststellung der Personalien und Abgleichung mit einer Fahndungsliste möglich. Die BewohnerInnen der Häuser, in denen die Durchsuchungen stattfanden, wurden kurzerhand auf die Straße gesetzt und mußten in der Kälte mehrere Stunden ausharren, ohne ihre Wohnungen betreten zu können. Die ganze Zeit über wurde von der Polizei alles gefilmt und fotografiert. Gegen 12.00 Uhr rückte die Polizei wieder ab.

Wir protestieren gegen diese völlig grundlose und überzogene Polizeiaktion.

In einer Presseerklärung der Polizei werden mehrere Vorfälle erwähnt, die die Razzia legitimieren sollen. Diese Vorfälle liegen zum einen schon lange zurück und stehen teilweise in keinem Zusammenhang mit der Stöckartstrasse.

Aus unserer Sicht bildet diese Razzia den vorläufigen Höhepunkt von Kriminalisierungversuchen gegen selbstbestimmtes Leben in Leipzig. Die Razzia und die dazugehörige Presseerklärung der Polizei erweckt den Anschein, daß imaginäre Verschwörungstheorien eine Bestätigung finden sollen. Ziel ist es, die Stöckartstrasse als Hort der Kriminalität darzustellen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, daß dem Stadtrat in nächster Zeit eine Vorlage über den Verkauf der Häuser an die Genossenschaft der Bewohnerinnen vorgelegt werden soll. Dies ist wiederum der Landesregierung Sachsens ein Dorn im Auge, die kein Beispiel selbstverwalteter und billiger Wohnungspolitik dulden will. Die AG Connewitz, in der Vertreter aus Stadt und Land sitzen, nimmt eine Schlüsselrolle bei diesem Vorgehen gegen die BewohnerInnen ein.

Einige BewohnerInnen der Stöckartstrasse

Neuer Castor-Transport

Ein CASTOR soll vom AKW Gundremmingen ins Zwischenlager Gorleben transportiert werden. Voraussichtlicher Transporttermin ist laut der Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH Anfang Mai '96. Nach Angaben aus dem Wendland bereitet sich auch die Polizei auf die 19. Kalenderwoche (6.-10. Mai) vor. Die AKW-Betreiber haben bereits eine redaktionell aufbereitete Werbeseite in der Südwest Presse schalten, einen Bericht im bayerischen Fernsehen über die Sicherheit des AKWs zeigen und 3minütige Spots in den Kinos der Umgebung (u.a. Ulm) vorführen lassen. Mehr sowie eine Karte mit den Transportwegen per Bahn steht in der anti atom aktuell Nr. 68 (Helgenstockstr. 15, 35394 Gießen).

Strafanzeige gegen den Kurdistan-Rundbrief vor Kölner Gericht gescheitert

Bundesinnenminister Kanther ist mit seiner im Sommer vergangenen Jahres eingereichten Strafanzeige gegen den „Kurdistan-Rundbrief" vor der Staatsschutzkammer des Kölner Landgerichts gescheitert. Der Minister bzw. seine Behörde hatten den presserechtlich Verantwortlichen des „Rundbriefs" angezeigt, weil in einer Ausgabe der Zeitschrift im Sommer 1995 eine Grußadresse des PKK-Generalsekretärs Acalan an eine Bonner Großdemonstration „für eine politische Lösung in Kurdistan" und eine Erklärung der ERNK veröffentlicht worden waren.

Dies, so das Bundesinnenministerium, sei ein Verstoß gegen die Verbote, die Kanther gegen die PKK und ERNK im November 1993 verhängt hatte, und damit gegen § 20 des Vereinsgesetzes („Werbung für eine verbotene Vereinigung"). Mehrere Zeitungen, darunter die „Junge

Welt" und die Zeitung „M" der IG Medien, hatten über diese Strafanzeige berichtet, die IG Medien hatte die Anzeige als „Zensur" verurteilt.

Die Kölner Staatsschutzkammer unter Richter Kaiser entschied nun am 28. Februar, das Verfahren „aus Rechtsgründen" gar nicht erst zu eröffnen.

Da vor zahlreichen deutschen Gerichten inzwischen Strafverfahren gegen kurdische Zeitungen und Zeitschriften, aber auch gegen deutsche „Unterstützer" wegen angeblichem Verstoß gegen das Vereinsgesetz laufen, dürfte das Kölner Urteil von größerem Interesse sein.

Die Kölner Richter entschieden, der Abdruck der Erklärungen der PKK und der ERNK in der Zeitschrift „Kurdistan-Rundbrief" sei durch die Pressefreiheit gedeckt. „Die hier in Rede stehenden Veröffentlichungen sind Teil ... eines Presseorgans, das unter dem Schutz der in Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG gewährleisteten Pressefreiheit steht". Diese Pressefreiheit könne nur durch allgemeine Gesetze eingeschränkt werden. Ob das Vereinsgesetz zu solchen allgemeinen Gesetzen zu rechnen sei, sei zumindest zweifelhaft, da nur solche Gesetze dazu zu rechnen seien, deren Zweck der Schutz eines bestimmten Individual- oder Gemeinschaftsrechts sei. Die Strafnorm des Vereinsgesetzes sei kein solches Gesetz, so daß - auch aus Gründen der Güterabwägung - die Veröffentlichungen ohne Einschränkung durch die Pressefreiheit gedeckt seien. Zwar schütze der § 20 Vereinsgesetz die Sicherheit der Bundesrepublik: „Dies bedeutet aber noch nicht, daß die Pressefreiheit zurücktreten muß". Zudem sei der „Gefährdungseffekt" solcher Veröffentlichungen für die staatliche Sicherheit zweifelhaft, zumal Interviews mit dem PKK-Generalsekretär Acalan in sehr viel auflagenstärkeren Zeitungen wie „Stern" oder „Focus" ohne strafrechtliche Folgen geblieben seien.

Das Kölner Urteil ist ein Erfolg für die Pressefreiheit. Es ist zudem die vierte Strafanzeige von Polizei und Behörden gegen den „Kurdistan-Rundbrief", mit denen die Anzeiger gescheitert sind. Auch in den vorhergehenden Fällen hatten die Gerichte stets abgelehnt, das Verfahren überhaupt zu eröffnen. Die Kölner Staatsanwälte können jetzt noch beim OLG Köln Widerspruch gegen die Entscheidung der Staatsschutzkammer einlegen. Das aber hatte vor einiger Zeit - beim damals dritten Versuch einer Strafanzeige gegen den „Kurdistan-Rundbrief" - am Ende ebenfalls die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt.

Rüdiger Lütze, Presserechtlich Verantwortlicher des „Kurdistan-Rundbriefs"

Berliner unabhängige Radionächte '96 - „BURN"/ Pi-Radio

Die Berliner und Brandenburger Freien Radio Aktivisten werden nicht müde mit Ihrem Anliegen, der Zulassung nichtkommerziellen Rundfunks im zukünftigen gemeinsamen Bundesland, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Wie schon letztes Jahr wird es auch 1996 in Berlin ein Freies Radio Festival - die „Berliner unabhängigen Radio Nächte" kurz „BURN!" geben.

Veranstaltet vom märkischen „Landesverband Freier Radios B./B." und dem Projekt „Pi-Radio". Und zwar vom 15.6. bis 17.6.! In etlichen Clubs und Kneipen der Hauptstadt finden Konzerte und Parties statt, das Ganze natürlich als Benefiz. Wie schon 1995 versucht Pi-Radio eine Veranstaltungsfrequenz anzumieten. So die Medienanstalt Berlin/Brandenburg es auch dieses Jahr gestattet, besteht zumindest für die Berliner und Potsdamer die Chance sich drei Tage lang anzuhören was sich „Pi-Radio" unter Freiem Radio vorstellt. Die Anträge sind jedenfalls dem Vernehmen nach alle raus.

Gesendet werden soll dabei nicht nur aus dem Studio im Prenzlauer Berg, auch von einem großen Straßenfest im Berliner Friedrichshain, und aus Potsdam. Liveschaltungen wird es natürlich auch in die Pi-Radio Party im Kulturzentrum Pfefferberg geben. Einen großen Teil des Programms werden, wie schon beim letzten „BURN", politische Basisgruppen, Stadtteilinitiativen u.ä. gestalten.

Anders als im Vorjahr, wo parallel ein bundesweites Treffen Freier Radios in Berlin stattfand, das Festival jedoch auf die Stadt beschränkt blieb, soll dieses Mal die Region Brandenburg stärker einbezogen werden. In etlichen Städten Brandenburgs laufen Gespräche mit den örtlichen Kulturhäusern und Jugendclubs. Als CoVeranstalter tritt der Studiengang Kulturmanagement der FH Potsdam auf.

Eine weitere Veranstaltungsfrequenz hat Pi-Radio für den 1.Mai beantragt. Als Programmschwerpunkt steht die Auseinandersetzung mit dem Tag der Arbeit, seiner Geschichte, den verschiedenen Instrumentalisierungsversuchen und seiner heutigen Bedeutung. Abends gibts dann eine Radio Mai Feier auf dem Prenzlauer Berg'er Pfefferberg mit verschiedenen Bands und Überraschungen.

Schliwowiza

In der Region um Tuzla (Nordost-Bosien), wo serbisch-nationalistische Kampfverbände seit drei Jahren die Stadt von drei Seiten belagerten, herrschten Zustände eines Stellungskriegs. Es gab viele Zwangssoldaten. Und wenn nicht gerade Offiziere in der Nähe waren, kam es vor, daß Soldaten sich mit den Soldaten im nächsten Schützengraben unterhielten.

Zu weiteren Annäherungen, die man fast schon Verbrüderung nennen könnte, ist es mehrmals im Spätsommer gekommen, als in den Obstgärten in den sporadisch umkämpften Hügeln um Tuzla die Zwetschgen herabfiellen. Eine örtliche Feuerpause wurde vereinbart und von beiden Seiten wurden Trupps abgeordnet, um die reifen Zwetschgen aufzusammeln. Eimerweise wurden die gärenden Früchte zusammengetragen und in einer improvisierten Brennerei im „Niemandsland" zu Schliwowiza (Zwetschgenschnapps) gebrannt. Nach einigen Tagen verzogen sich die Soldaten wieder. Aus „A.-S.-INFO"

*** Termine ****

In der ersten April-Woche, vom 5. bis 13., finden in Berlin die zweiten (diesmal internationalen) Besetzertage dieses Jahr statt, die ersten waren bereits im Januar. Parallel dazu finden auch die Wagenburg-Tage, ebenfalls in Berlin, statt. Soweit wir das verstanden haben wird es am Samstag dem 13. eine gemeinsame Demo mit anschließendem Hoffest in einem der verbliebenen B-Häuser geben.
Zu den B-Tagen wird Ende März noch ein genaueres Programm und ein Reader erscheinen.
Kontakt: HäuserMob c/o Infoladen Daneben, Liebigstraße 34, 10247 Berlin

Nachmeldung zu "Bulle im Bürgerrock"

Auf dem Treffen des Festkomittes in der letzten Woche zeigte die Polizei nun, wo der Hammer hängt. Nicht 100, sondern 150 Zivilpolizisten werden unter der Menge verteilt sein. Ob sie nun wirklich Armbinden tragen, werde die Polizeiführung entscheiden. Über den Einsatz der Polizei wird nicht vom Festkomitee oder gemeinsam, sondern einzig von der Einsatzführung entschieden. "Sicherheitspartnerschaft" sei im übrigen nicht möglich. Dies sei ein historischer Begriff aus der DDR-Zeit vor der Einheit. Die Veranstalter schluckten die neuen Konditionen ohne Murren.

Aktionen gefragt

Das Hüttendorfs gegen die A20 meldet Handlungsbedarf. "Die Rodungen und Bohrungen unweit des Hüttendorfes bei Jarmen", heißt es in einem Flugblatt, "haben Anfang März 96 begonnen. Mit den ruhigen Zeiten hier ist es vorbei! Aktionen wie Blockaden etc. und Verteidigung des Hüttendorfes sind angesagt. Bitte kommt!"

Das Hüttendorf gegen die A20

* telegraph-Abonement
Ich bestelle den telegraph im Abonnement ab: _____für
___ 1 Jahr (45,- DM)
___ 1/2 Jahr (23,- DM
Das Abonnement verlängert sich automatisch, sofern es nicht spätestens 6 Wochen vor Ablauf des alten Abbos gekündigt wird. Der Auftrag kann inerhalb von 10 Tagen widerrufen werden.
____ auf Probe (2 Hefte für 6,- DM)
Das Probeabo verlängert sich nicht automatisch!
Probeabo nur gegen Vorkasse (bar oder Briefmarken!)

_____
Datum/Unterschrift

An

Redaktion telegraph
Schliemannstr. 22
10437 Berlin

* telegraph - das Geschenk
Ich verschenke den telegraph als Abo für 1 Jahr (45,- DM) an:
Name:_____
Str./Nr.:_____
O R T / P L Z

_____
Das Geschenkabo verlängert sich nicht automatisch!
Der Auftrag kann innerhalb von 10 Tagen widerrufen werden

Datum/Unterschrift

Name: _____
Str./Nr.: _____
ORT/PLZ: _____
Zahlungsweise:
____Rechnung ____bar ____per Abbuchung

_____
Konto-Nr. Bankleitzahl

_____
Name der Bank/ORT

Ausschneiden oder kopieren und uns im Brief oder frankiert als Postkarte zuschicken

liegt an der B96 in der Nähe von Greifswald, gleich hinter dem Dorf Jarmen. Adresse:
Hüttendorf, Peenestraße,
17506 Breechen

Nachmeldung:
Neuer Rüstungsexport nach Indonesien genehmigt!

Nachdem unter starken Protesten bereits 39 angeblich demilitarisierte NVA-Marineschiffe nach Indonesien exportiert wurden, plant die Bundesregierung einen neuen Waffenhandel. Es geht diesmal um sieben so-genannte Versuchsmuster des "Wiesels". Das sind lufttrans-portfähige Panzer, die von der MaK Systemgesellschaft mbH Kiel, einer Tochter der Rheinmetall Düsseldorf, gebaut werden. Insgesamt soll es sich um 35 Stück handeln, doch davon ist vorerst keine Rede. Trotz intensiver Nachfragen hielten sich die zuständigen Ministerien bedeckt - die Entscheidung würde vom geheim tagenden Bundessicherheitsrat gefällt. Nun polterte Verteidigungsausschußmitglied Koppelin (FDP) versehentlich in der Ö ffentlichkeit: Die Entscheidung sei jetzt durch, und das Thema deshalb vom Tisch. Bisher hieß es, Außen-minister Kinkel (er sitzt auch im Bundessicherheitsrat) hätte noch Menschenrechtsprobleme; also Schwierigkeiten, das Projekt in der Öffentlichkeit zu vertreten. Zudem verstößt die Entscheidung gegen eine auch von Deutschland unterzeichnete Empfehlung der WEU-Versammlung aus dem Jahre 1993, in der die Einstellung des Exportes von Rüstungs"gütern" nach Indonesien beschlossen wurde. Nun scheint Kinkel umgefallen zu sein. Durch ihre flexible Einsetzbarkeit durch Luftlandeverbände sind die "Wiesel" besonders gut für die Bekämpfung von Aufständischen im besetzten Ost-Timor und Irlan Jaya geeignet.
Ekki

Impressum:

Der "telegraph" erscheint monatlich, Einzelhandelspreis 4,00, WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt, Abonnementbedingungen siehe 3. Umschlagseite

V.i.S.d.P.:
Wolfgang Rüddenklau
Redaktionsschluß: 19.395

Herausgeberin:
Gemeinnütziger Verein Umwelt-Bibliothek Berlin, Schliemannstr. 22, 10437 Berlin,
Tel. 4455714, Fax: 4445623
(unbedingt Hinweis "für "telegraph" hinzufügen)

E-Mail:
telegraph@vlberlin.comlink.de

Konto:
Berliner Bank
Kto.-Nr. 7189250800,
BLZ 10020000

2A 11143 E
(10183) (1)
Intoladen
(im Conne Island)
Koburger Str. 3
O-04277 Leipzig

Pressepost
GEBÜHR BEZAHLT

der telegraph, Schliemannstrasse 22, 10437 Berlin